



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

bmb+f

Das anti-demokratische und rechtsextreme Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland

Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

BMBF PUBLIK



Impressum**Herausgeber**

Bundesministerium
für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Öffentlichkeitsarbeit
53170 Bonn

Bestellungen

Schriftlich an den Herausgeber
oder telefonisch unter der
Rufnummer 01805-BMBF02 bzw. 01805-262302
Fax 01805-BMBF03 bzw. 01805-262303
0,24 DM/Min
E-Mail: books@bmbf.bund.de
Internet: <http://www.bmbf.de>

Autoren

Michael Bromba
(Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin)
Wolfgang Edelstein
(Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin)
Die Autoren tragen die Verantwortung für den
Inhalt der Broschüre.

Gestaltung

BSMG Worldwide Deutschland, München

Druckerei

Hudak Druck GmbH, München

Stand

September 2001

Gedruckt auf Recyclingpapier

Bildnachweis

Photodisc

Das anti-demokratische und rechtsextreme Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland

Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Zielsetzung	4
1.2	Methode und Datenbasis	5
2	Demokratiebewertung, Nationalstolz, Verhältnis zu Ausländern und Links-Rechts-Einstufung	6
2.1	Demokratie-Bewertung	6
2.2	Nationalstolz	10
2.3	Haltung gegenüber Ausländern	12
2.4	„Linke“ und „rechte“ Orientierungen	16
3	Der Extremismus-Indikator	18
4	Die Ursachen von Politikverdrossenheit, Fremdenfeindlichkeit und Ethnozentrismus unter Jugendlichen in Deutschland	25
4.1	Die Kohorten-These: Die Anfälligkeit der Wende-Generation für extreme Einstellungen	26
4.2	Der generationale Transfer extremer Einstellungen	30
4.3	Die Autoritarismus-These	31
4.4	Sozialpsychologische Erklärungsmodelle: Individualisierung und Modernisierung als Prozesse psychologischer Destabilisierung	33
4.5	Relative Deprivation als Entstehungsbedingung extremer Einstellungen	36
4.6	Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus	37
4.7	Rechtsextreme Gewalt als Gruppenphänomen	39
5	Die multifaktorielle Darstellung der Einflussfaktoren der Entstehung von Ethnozentrismus	41
5.1	Die Ergebnisse für ostdeutsche Jugendliche	42
5.2	Die Ergebnisse für westdeutsche Jugendliche	46
6	Zusammenfassung	48
7	Nachtrag: Stellungnahmen zur Expertise von externen Sachverständigen und Ausblick	51
	Literaturverzeichnis	53

1 Einleitung

1

1.1 Zielsetzung

¹ Der Begriff „Generation“ wird häufig nach KARL MANNHEIM (1928) verwendet, der eine angebbare und von der betreffenden Generation auch subjektiv geteilte „besondere“ und auch nachhaltige Prägung verlangt. Kohorten dagegen sind begründete Abgrenzungen nach dem Alter innerhalb der hier verwendeten Datenbasis. Andere Kohorten beziehen sich z. B. auf Berufseintrittskohorten.

² Wir definieren eine Prägekohorte als die Gesamtheit aller 10- bis 14-Jährigen zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt. Aus der politischen Sozialisationsforschung (PAWELKA 1977) ist bekannt, dass gerade diese (vor-)pubertäre Phase entscheidend für die Ausprägung „politischer“ Einstellungen im weitesten Sinne ist. In der Literatur wird auch mit anderen Abgrenzungen (wie den 16- bis 29-Jährigen) gearbeitet. Allerdings lässt sich dann nicht mehr die Adoleszenzphase von der Phase des jungen Erwachsenenalters unterscheiden.

³ Vgl. die Langzeitstudie GLEN ELDERS „The Children of the Great Depression“ (1974). Dort wurde der nachhaltige Effekt eines historischen Ereignisses (Weltwirtschaftskrise 1929) auf die Kinder von Arbeitslosigkeit betroffener Familien in den USA nachgezeichnet, wobei – je nach deren Einstiegsalter in die Krise – unterschiedliche, den Lebensverlauf prägende Wirkungen (zum Beispiel hinsichtlich beruflichem

Ziel der vorliegenden Expertise ist die Beschreibung des Potenzials demokratiekritischer, politisch extremer, ausländerfeindlicher und nationalistischer Einstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland im Zeitverlauf zwischen 1991 und 1998. Zusätzlich wird die Frage untersucht, ob sich ein Syndrom geschlossen rechtsextremer Orientierungen bei jungen Menschen zwischen 16 und 29 Jahren ausgebildet hat, das sich unter anderem durch antidemokratische Einstellungen hervorhebt.

Bei der Analyse des politischen Extremismus müssen Handlungsebene und Einstellungsebene unterschieden werden. Mit unseren Analysen bewegen wir uns nicht auf der Handlungsebene, wenden uns nicht den durch extremistische Gewalttaten auffällig gewordenen Straftätern zu. Ansteigende Zahlen der als „rechtsextrem“ klassifizierten Gewalttaten (vgl. VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2000) sagen wenig über Motive und handlungsleitende Einstellungen aus. Aber auch andere Befunde auf der Handlungsebene wie sinkende Wahlergebnisse für extreme Parteien sind kein Indiz für einen Rückgang extremer Einstellungen, die sich in anderen Formen bzw. zu anderen Zeitpunkten wieder manifestieren können.

Zur Bestimmung des extremen Einstellungspotenzials wird ein Indikator „Ethnozentrismus“ gebildet, der durch die Verbindung von überhöhtem Nationalstolz und ablehnender Haltung gegenüber Ausländern charakterisiert ist. Zusätzlich wird der „harte“ Kern innerhalb des größeren Ethnozentrismus-Potenzials bestimmt, der mit dem politischen System der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland unzufrieden und politikverdrossen ist.

Eine Bestandsaufnahme der vorliegenden wissenschaftlichen Befunde und Hypothesen soll unsere Analysen dann in die bestehende Forschung zu Ursachen und Bedingungen des Entstehens rechtsextremer und ethnozentrischer Einstellungen einordnen. Die These, dass subjektiv wahrgenommene, vor allem ökonomische Benachteiligungen in Verbindung mit Unzufriedenheit mit der Demokratie als Folge empfundenen Versagens der Politiker, der Parteien und letztlich aller demokratischer Institutionen zu erhöhter Anfälligkeit für politischen Extremismus führen, soll abschließend durch eigene Analysen für Ost- und Westdeutschland getrennt überprüft werden.

In unserer Expertise stellen wir hinsichtlich politischer Einstellungen auf den Zusammenhang aufeinander folgender Prägekohorten (Generationenzusammenhang)¹ ab. Denn erst die Betrachtung des Altersgefüges und der Lagerung in der historischen Zeit lässt Besonderheiten bestimmter Altersgruppen erkennen. Die Untersuchung geht insbesondere der Frage nach, ob sich der Extremismus als jugendspezifisches Phänomen identifizieren lässt.

Die Unterscheidung zwischen Kohorten-, Perioden- und Alterseffekten dient dabei der Untersuchung der Stabilität politischer Einstellungen im Zeitverlauf. So werden Aussagen darüber möglich, ob sich die Kohorte der um das Wendejahr 1990 10- bis 14-Jährigen als solche verlässlich von anderen, älteren Kohorten abgrenzen lässt. Diese nachfolgend als „90er“ bezeichnete Prägekohorte² musste (a) den gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsdruck, (b) die diesem Alter eigene Suche nach Identität und (c) im Osten Deutschlands zusätzlich die Umstellungen des Systemwechsels verarbeiten³. Welche Besonderheiten weist diese extremen subjektiven Bewältigungsanforderungen ausgesetzte Kohorte im Vergleich zu anderen Kohorten auf? Wirken sich gesellschaftliche Veränderungen wie die Wiedervereinigung oder zunehmender Modernisierungsdruck auf individuelle Einstellungen zu Ausländern oder zur deutschen Nation aus? Und, sollten fremdenfeindliche oder nationalistische Einstellungen in einer Altersgruppe verstärkt auftreten, wie kommt es, dass eine solche (spezielle) Mentalität hervortritt und eine Weile durchhält in Absetzung von der übrigen Gesellschaft? Ein feststellbares, im Kohor-

tendurchlauf stabil bleibendes Muster antidemokratischer Einstellungen könnte eine längerfristige Gefährdung demokratischer Institutionen bedeuten, wenn diese Jahrgänge im Lebensverlauf durch ihre zunehmende, auch politische Gestaltungsmacht in wichtigen Funktionen der Gesellschaft ihre Haltungen manifestieren könnten. Sollten sich aber extremistische Einstellungen als lediglich altersabhängig erweisen, würden sie sich vermutlich durch bloßes Altern „auswachsen“.

Zentral ist daher die Frage, ob sich die zunehmende, brutale Gewalt⁴ gegen Fremde, Obdachlose und andere Randgruppen lediglich situativ erklären lässt oder ob dahinter klare politische Orientierungen und Einstellungen stecken: Sind tödliche Stiefeltritte auf schon wehrlose Opfer nur dem Zusammenspiel von Alkohol, Aggression und Langeweile geschuldet, oder müssen diese Gewalttaten vor dem Hintergrund nationalistischer und ausländerfeindlicher Einstellungen gesehen werden?

1.2 Methode und Datenbasis

Zur Analyse demokratiekritischer, ausländerfeindlicher und politisch extremer Einstellungen zwischen 1991 und 1998 wurden – soweit möglich – jeweils mehrere Datensätze aus der Umfrageforschung herangezogen. Durch dieses Vorgehen werden einerseits Stichprobenschwankungen ausgeglichen und andererseits genauere Schätzungen der jeweiligen Jahresmittelwerte möglich, da die betreffenden Studien häufig zu unterschiedlichen Zeitpunkten innerhalb eines Jahres erhoben wurden. Unterschiede in der Stichprobenziehung bzw. im Stichprobendesign werden durch eine fünfdimensionale Gewichtungszusatzprozedur⁵ näherungsweise ausgeglichen. Gewichtet wurde nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Familienstand sowie zusätzlich nach Region (Ost- bzw. Westdeutschland).

Die von uns verwendete Datenbasis (Tabelle 1) setzt sich aus mehreren repräsentativen Erhebungen zusammen: Für die Jahre 1991 bis 1995 wurden die IPOS-Studien („Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“ im Auftrag des Bundesministers des Inneren, IPOS Mannheim), für das Jahr 1996 der ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) und für das Jahr 1998 ebenfalls der ALLBUS und zusätzlich die Studien von FALTER/GABRIEL/RATTINGER (Deutsche nationale Wahlstudie zur Bundestagswahl 1998) sowie von STÖSS/NIEDERMAYER (Rechtsextremismus-Studie des Otto-Stammer-Zentrums Berlin) herangezogen. Für die Berechnung des Extremismus-Potenzials für 1998 wurde die Studie von

Erfolg) des makrosozialen Einschnitts auftraten.

⁴ *Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2000 stellt dazu fest: „Damit hält die seit 1995 zu beobachtende Zunahme der Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten weiter an“. Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten erhöhte sich von 1999 auf 2000 um 34 Prozent.*

⁵ *Es handelt sich hierbei um ein einfaches Redressement, das einer nachträglichen Schichtung entspricht. Zur Bestimmung der Gewichtungsfaktoren wurden dabei die Zellen der mehrdimensionalen Kreuztabellierung entsprechend den genannten Merkmalen aus der jeweils zeitlich nächstliegenden Mikrozensus-Erhebung (1%ige Stichprobe der Wohnbevölkerung in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland) durch die vergleichbaren Zellen der jeweiligen Datenbasis dividiert (Soll-durch-Ist-Verfahren).*

Tabelle 1: Übersicht über die verwendeten Studien, Anzahl der Befragten

Fallzahlen	1991 ¹	1992 ²	1993 ³	1995 ⁴	1996 ⁵	1997 ⁶	1998 ⁷	1998 ⁸	1998 ⁹
West (n)	1.571	1.546	1.534	1.514	2.361	4.426	2.012	2.004	1.633
Ost (n)	1.084	1.171	1.043	1.034	1.109	2.493	1.022	1.760	1.704

¹ IPOS 1991: „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1991“. Mannheim: IPOS.

² IPOS 1992: „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1992“. Mannheim: IPOS.

³ IPOS 1993: „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1993“. Mannheim: IPOS.

⁴ IPOS 1995: „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1995“. Mannheim: IPOS.

⁵ ALLBUS 96: Schwerpunkt: „Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen“ in Deutschland. Mit ISSP-Zusatzbefragung (International Social Survey Programme. Mannheim: Zentrum für Methoden und Umfragen (ZUMA).

⁶ DJI-JUGENDSURVEY 1997. München: Deutsches Jugendinstitut (DJI).

⁷ ALLBUS 98: Schwerpunkt: „Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System“. Mannheim: Zentrum für Methoden und Umfragen (ZUMA).

⁸ STÖSS, R./NIEDERMAYER, O.: Rechtsextremismus-Studie des Otto-Stammer-Zentrums. Berlin 1998.

⁹ FALTER, J.W./GABRIEL, O.W./RATTINGER, H.: „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“. Deutsche nationale Wahlstudie zur Bundestagswahl 1998.

FALTER/GABRIEL/RATTINGER verwendet; diese zeichnet sich durch hohe konzeptionelle Dichte und ein umfangreiches Befragungsprogramm aus, das vor und nach der Bundestagswahl 1998 erhoben wurde. Für eine analoge Berechnung des Extremismus-Potenzials für 1996 wurde auf den ALLBUS zurückgegriffen.

Grundgesamtheit für diese Studien ist jeweils die deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten im Alter von 14 bis 75 Jahren (wobei für die 14- bis 15-Jährigen nur Informationen für das Jahr 1998 vorliegen). Sie wird im Folgenden als „Bevölkerung“ bezeichnet.

Zusätzlich werden Berechnungen auf der Grundlage des neuesten Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (München) von 1997 herangezogen. Mit rund 7000 Befragten stellt der für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 29 Jahren repräsentative DJI-Jugendsurvey auch hinsichtlich der Vielfalt der erhobenen Information und der Vergleichbarkeit mit anderen Studien die zur Zeit hochwertigste Datenbasis dar. Die Auswahl der verwendeten Datenbasen orientierte sich unter anderem an der Repräsentativität (Stichprobengröße und -ziehung), der Qualität der Erhebung und der Vergleichbarkeit mit anderen Studien.

Die verwendeten Daten wurden uns zum größten Teil vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA), Universität zu Köln, zugänglich gemacht. Sie wurden vom ZA für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die Primärerheber noch das ZA tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse und Interpretation der Daten in dieser Expertise.

Die vorliegende Expertise wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegeben und finanziert. Wir danken der Freudenberg Stiftung, Weinheim, für die Unterstützung bei den vorbereitenden Arbeiten.

2 Demokratie-Bewertung, Nationalstolz, Verhältnis zu Ausländern und Links-Rechts-Einstufung

Folgende Fragen sollen durch die Darstellung im Generationenvergleich hinsichtlich der Demokratie-Unzufriedenheit, der Einstellung zu Ausländern, des Nationalstolzes und der „rechten“ politischen Selbsteinstufung beantwortet werden:

- Ist die Wendegeneration (die zur Wende in der Prägephase befindlichen etwa 10- bis 14-Jährigen, heute 21- bis 25-Jährigen) besonders auffällig? Und ist ihre eventuell herausgehobene Stellung im Generationenvergleich auch von Dauer (*Kohorteneffekt*)?
- Oder zeigt sich im Zeitreihenvergleich eine altersabhängige Entwicklung demokratie-kritischer, ausländerfeindlicher, nationalistischer und rechtsgerichteter Einstellungen (*Alters-effekt*)? Ist beispielsweise der Hass gegen Fremde nur während einer bestimmten Zeit im Leben Jugendlicher entwicklungs-spezifisch relevant?
- Lässt sich eine alle Kohorten gleichermaßen betreffende Entwicklung entsprechender Einstellungen feststellen, die auf einen *Periodeneffekt* schließen lässt? Schlagen beispielsweise Turbulenzen der unmittelbaren Nachwende-Zeit in Ostdeutschland als verminderte Demokratie-Akzeptanz und Ausländerfeindlichkeit durch?
- Kann ein *Ost-West-Unterschied* in den betrachteten Einstellungen festgestellt werden? Oder gibt es Anzeichen für eine Konvergenz zwischen den beiden Teilen Deutschlands?

2.1 Demokratie-Bewertung

Zentrales Anliegen der Expertise ist die Einschätzung des demokratiekritischen Potenzials unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Als Grundlage für unsere Berechnungen dienen

mehrere voneinander unabhängige Bevölkerungsumfragen des Zeitraums 1991 bis 1998. Da diese Surveys nicht in allen Fällen identische Frageformulierungen und Antwortvorgaben zur Bewertung des demokratischen Systems verwendeten und die geschätzten Anteilswerte demokratiekritischer Einstellungen im Zeitverlauf daher nicht durchgängig vergleichbar sind, wählen wir als Maßstab Generationen-Profile für die entsprechenden Einstellungen. Durch den Vergleich der Anteilswerte zwischen verschiedenen Generationen kann eine mögliche Sonderstellung der jungen Generation bei ihrer Bewertung des politischen Systems erkannt werden.

Die Messung der *demokratiekritischen* Einstellung stützt sich dabei auf die erfragte Unzufriedenheit mit der Demokratie, das heißt mit dem politischen System insgesamt. Die Ablehnung der Idee der Demokratie wird als *antidemokratisch* bezeichnet und geht in die Berechnung des Rechtsextremismus-Potenzials in Kapitel 3 mit ein.

Im Sinne einer Hierarchie der politischen Unterstützung⁶ wird angenommen, dass – je nach dem Grad der Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems – zuerst den verantwortlichen Politikern, dann den unmittelbar in den politischen Entscheidungsprozess eingebundenen Institutionen (den Parteien, der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat), sodann Verwaltungsinstitutionen und Gerichten, schließlich dem gesamten politischen System und zuletzt der Demokratie als Staatsform die Legitimation abgesprochen wird. Die Bewertung der Demokratie steht dabei weit oben in der Hierarchie der Unterstützung. Daher indiziert „Unzufriedenheit mit der Demokratie“ einen hohen Grad von Abwendung von der Politik („Politikverdrossenheit“) und gilt als Bedingung für das Entstehen „extremer“ Verarbeitungsformen wahrgenommenen Versagens oder empfundenen Misstrauens gegenüber Politikern oder Parteien.

Wie stellt sich die Entwicklung der Unzufriedenheit mit der Demokratie in Ost und West zwischen 1991 und 1998 in der Generationenabfolge dar?

Eingetragen ist in den Abbildungen 1 und 2 die als „Generationenabfolge“⁷ benannte Kohorteneinteilung nach Prägephasen. So sind von links gesehen die heute 71- bis 75-Jährigen zu erkennen (die 40er-Kohorte), die zwischen 1926 und 1930 geboren sind und ihre Prägephase im Alter von 10 bis 14 Jahren um 1940 in der Zeit des Nationalsozialismus erlebt haben. Die nächst folgende Kohorte sind die heute 66- bis 70-Jährigen, die als 45er-Kohorte bezeichnet werden, weil sie 1945 bei Kriegsende im Alter von 10 bis 14 Jahren waren. Von den Kohorten-Bezeichnungen müssen daher lediglich 10 bis 14 Jahre subtrahiert werden, um auf die Geburtsjahre zu kommen.

Unser spezielles Interesse gilt dabei der „90er“-Kohorte (heute 21-25 Jahre alt) sowie der dieser folgenden Kohorte (den 95ern), den heute 16- bis 20-Jährigen (rechts in der Abbildung eingetragen)⁸. Die Verlaufskurven stellen die vier Messzeitpunkte, die Zeitpunkte der Datenerhebung, für 1991, 1995, 1997 und 1998 dar⁹.

Für Westdeutschland gilt: Die Verschiebung der Kurven nach oben zeigt einen mittleren Anstieg demokratiekritischer Einstellungen von 1991 auf 1995. Im Zeitraum von 1995 bis 1998 sinken die mittleren Werte dann wieder auf das Niveau von 1991. Das gilt indessen nicht für die Kohorten der 40er bis zu den 60ern, die heute 51- bis 75-Jährigen verharren auf einem höheren Stand als 1991.

Zu allen drei Zeitpunkten 1991, 1995 und 1998 ist im Wesentlichen der gleiche Kurvenverlauf auszumachen. Auffällig ist die niedrigere Unzufriedenheit mit der Demokratie in der 60er-Kohorte (die heute 51- bis 55-Jährigen), die die sechziger Jahre als Jugendliche begannen. Deren um etwa 5 Prozent niedrigeren Werte lassen sich in allen Kurven nachvollziehen und markieren somit einen historischen Einschnitt. Die sogenannte „68er“-Generation ist folglich auffallend weniger demokratiekritisch als der Durchschnitt der Kohorten¹⁰. Die 90er-Kohorte ist nicht auffällig und bleibt stabil auf dem Bevölkerungsdurchschnitt von knapp 30 Prozent für 1998¹¹. Die Berechnungen für die 16- bis 29-Jährigen auf der Grundlage des DJI-Jugendsurveys

⁶ Der Begriff der Politischen Unterstützung als Bestandteil der politischen Kultur wurde von DAVID EASTON (1975) eingeführt.

⁷ Dieser Begriff dient der Verständlichkeit, da der Begriff „Kohorte“ außerhalb der Sozialwissenschaften eher unüblich ist. Die Begriffe Generation und Kohorte werden im Folgenden synonym verwendet.

⁸ Dabei ist zu beachten, dass für die 90er-Generation lediglich 1995, 1996 und 1998 Information bereitsteht und dass für die 95er – also die heute 15- bis 19-Jährigen – erstmals 1997 Messungen vorliegen.

⁹ Für die Jahre ab 1998 lagen uns keine vergleichbaren Daten vor.

¹⁰ Obwohl die niedrigeren Werte der 60er-Kohorte im Vergleich zu der vorgehenden 55er-Kohorte bzw. der nachfolgenden 65er-Kohorte statistisch nicht signifikant sind, ist das ähnliche Verlaufsmuster für die Jahre 1991, 1995 und 1998 bemerkenswert.

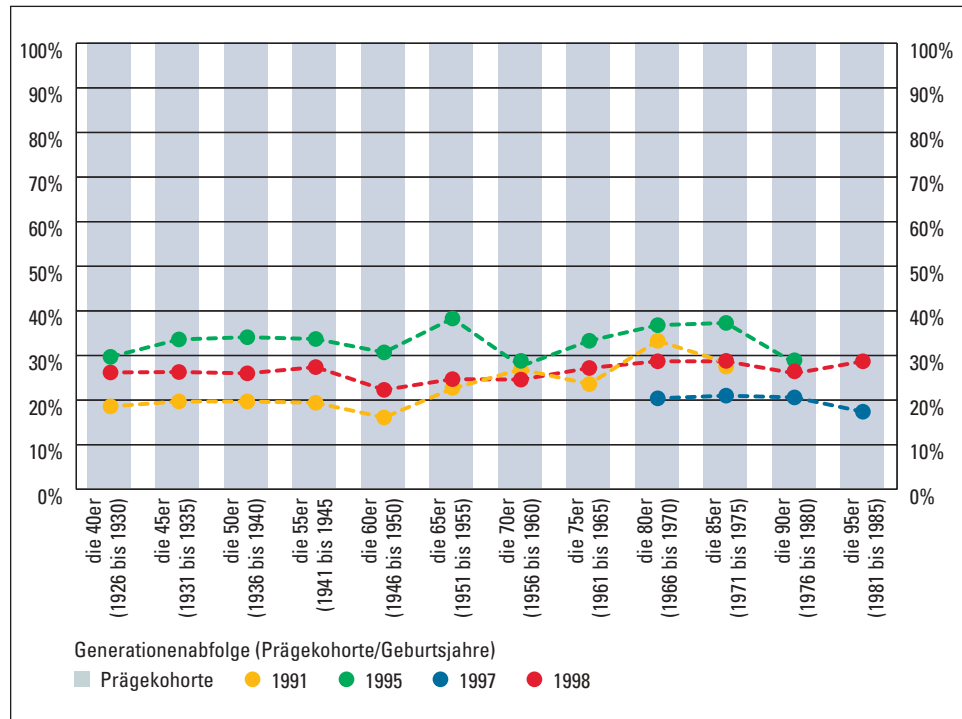
¹¹ Bei Berechnung der Durchschnittswerte wurden Kohortenmittelwerte verwendet, bei denen alle Kohorten gleichgewichtig eingehen. Im Unterschied zu einer demographischen Definition, in der die zahlenmäßig stärkeren Altersgruppen entsprechend stärker den Durchschnitt beeinflussen, soll unsere Definition die gesamtgesellschaftliche Lage um demographische Effekte bereinigt abbilden.

¹² Das kann mit den unterschiedlichen Abfragen und Antwortkategorien der verwendeten Items zusammenhängen. Somit sind die Profile nicht ohne weiteres vergleichbar. Lediglich die Kurven für 1991 und 1995 lassen sich direkt als Veränderungen in der Zeit interpretieren (horizontale Verschiebung nach oben oder unten). Vergleichbar sind jedoch für alle Zeitpunkte die Generationenabfolgen. Stabile Muster zwischen den Generationen deuten auf eine besondere Generationenlagerung hin.

¹³ Da in den neuen Bundesländern (ähnlich wie in der ehemaligen DDR) dem Staat höhere Verantwortung bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen und anderen Versorgungsleistungen zugeschrieben wird, gibt die erfragte Unzufriedenheit mit der Demokratie unter Ostdeutschen vermutlich stärker als unter Westdeutschen auch eine Bewertung der wirtschaftlichen Lage an und nicht nur Einschätzungen über die Demokratie als Staatsform.

1997 zeigen etwas niedrigere Werte¹². Allerdings steigt 1998 die ablehnende Haltung bei der jüngsten Generation – den heute 15- bis 19-Jährigen – leicht an, was bedenklich ist, weil Jugendliche sich normalerweise weniger kritisch äußern, da sie noch wenige Berührungspunkte mit der Politik kennen (zum Beispiel sind sie erst mit 18 Jahren bei Bundestagswahlen wahlberechtigt und sind von Entscheidungen über Steuern, sofern sie noch nicht erwerbstätig sind, nur mittelbar betroffen). Ihr Interesse an Politik bildet sich normalerweise erst später aus.

Abbildung 1: Anteil der Westdeutschen, die unzufrieden sind mit der Demokratie (Politikverdrossenheit), nach Prägekohorten in den Jahren 1991, 1995, 1997 und 1998 (in Prozent)

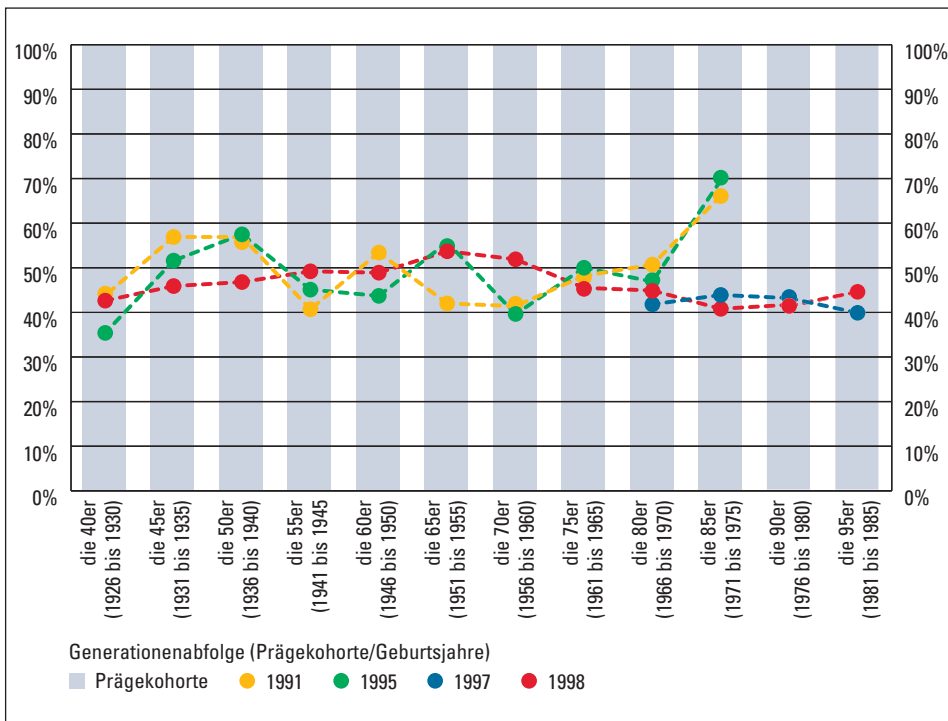


Quelle: IPOS 1991, 1995; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 DJI-JUGENDSURVEY 1997; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 ALLBUS 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 FALTER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 STÖSS/NIEDERMAYER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland

In Ostdeutschland ergibt sich ein ähnliches Bild (Abbildung 2), jedoch auf einem erheblich höheren Niveau der Unzufriedenheit mit der Demokratie¹³. Beinahe die Hälfte der befragten (deutschen) Bevölkerung in den neuen Ländern (Tabelle 2) kann sich mit der neuen politischen Landschaft wenig anfreunden, und dies schon ein Jahr nach der Wiedervereinigung.

Auffällig sind auch die jüngeren Kohorten und besonders diejenigen, die das Jahr 1990 als 15- bis 19-Jährige erlebt haben (die 85er): Sie scheinen die Wende besonders kritisch verfolgt zu haben und „normalisieren“ sich erst zwischen 1996 und 1998. Die Angehörigen der 90er-Kohorte (die heute 21- bis 25-Jährigen) und die heute 16- bis 20-Jährigen liegen im Trend weitverbreiteten Unmuts über die Demokratie und das gesamte politische System.

Abbildung 2: Anteil der Ostdeutschen, die unzufrieden sind mit der Demokratie (Politikverdrossenheit), nach Prägekohorten in den Jahren 1991, 1995, 1997 und 1998 (in Prozent)



Quelle: IPOS 1991, 1995; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 DJI-JUGENDSURVEY 1997; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 ALLBUS 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 FALTER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 STÖSS/NIEDERMAYER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland

Im Vergleich der Durchschnittswerte für die Gesamtbevölkerung fällt auf, wie stabil die Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands sind: Im Osten liegt das Niveau der politischen Unzufriedenheit erheblich höher. Ohne dass eine nachhaltige Annäherung an das Westniveau erreicht wurde, vergrößerten sich im Gegenteil 1998 die Unterschiede wieder (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Durchschnittswerte „unzufrieden mit der Demokratie“ in Prozent der Gesamtbevölkerung

	1991	1995	1998
West	21,9	33,3	26,4
Ost	48,7	45,9	46,5

Quelle: IPOS 1991, 1995, Falter 1998, eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ost- und Westdeutschland

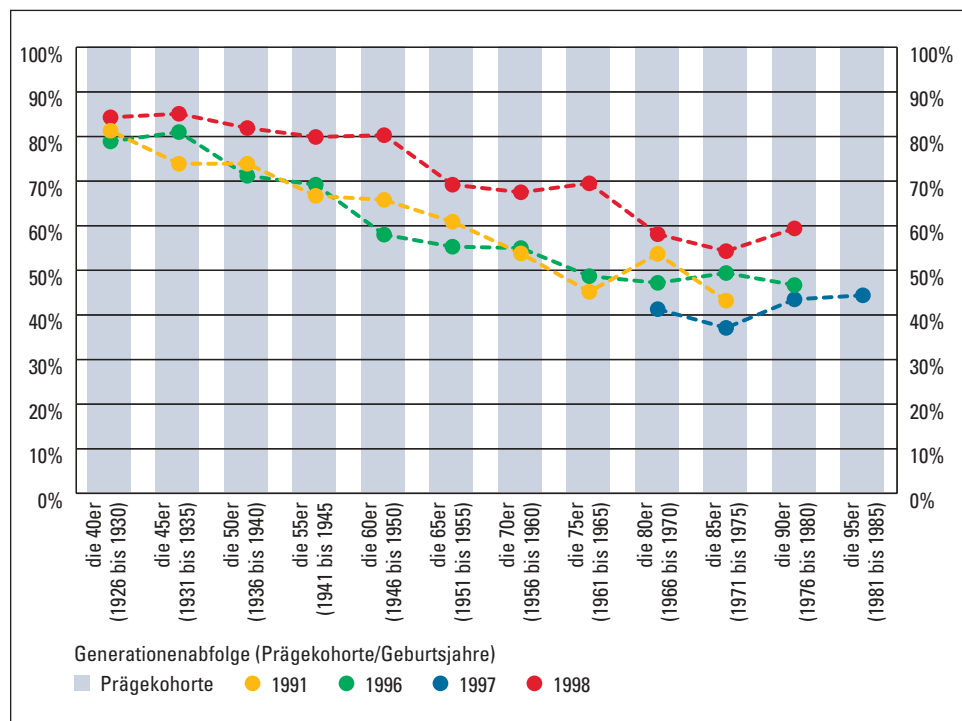
Es kann festgehalten werden, dass Jugendliche und junge Erwachsene in Ost- und Westdeutschland nicht häufiger politikverdrossen sind als ältere Jahrgänge. Das Ausmaß an Unzufriedenheit ist jedoch hoch, insbesondere in der ostdeutschen Bevölkerung liegt die Unzufriedenheit mit der Demokratie nach westlichem Vorbild zu allen betrachteten Zeitpunkten stets höher als 40 Prozent.

2.2 Nationalstolz

Wir betrachten hier das allgemeine, nicht auf bestimmte Bereiche – wie Kultur, Sprache, Wirtschaftskraft – abzielende Nationalgefühl, „stolz, ein Deutscher bzw. eine Deutsche zu sein“. Einerseits kann dem Nationalgefühl die Funktion einer Unterstützungsleistung für das politische System zukommen, wenn an den institutionellen Trägern der Demokratie, an den politischen Parteien und an ihren Akteuren gezweifelt wird und sich die Frage stellt, ob diese ihren Aufgaben noch gerecht werden können. Im Sinne einer „Hierarchie der politischen Unterstützung“ (vgl. EASTON 1975) kann der „Stolz, ein Deutscher zu sein“ als Integrationsmodus dienen, bevor politische und kulturelle Entfremdung dazu führt, dass sich Menschen zum Ausstieg aus der Gesellschaft entschließen.

Andererseits können sich Verachtung von Meinungsvielfalt und Kompromissen sowie eine misstrauische Haltung gegenüber der Politik insgesamt („Politikverdrossenheit“) in übersteigertem Nationalstolz Ausdruck verschaffen, wenn den etablierten Politikern und Parteien die Fähigkeit abgesprochen wird, auf gesellschaftliche Probleme, etwa auf ökonomische Krisen oder Einwanderungsdruck, angemessen zu reagieren. Der Bezug auf die eigene Nation scheint insbesondere in einem Umfeld aktualisierbar, das von Hoffnungslosigkeit und mangelnden eigenen Perspektiven in marginalisierten, vor allem ländlichen Gemeinden geprägt ist. Wenn zusätzlich Ausstiegsoptionen und Wegzug durch Bildungsbarrieren und fehlende Beschäftigungschancen blockiert werden, müssen sich die zwangsweise immobilen Teile der Bevölkerung an andere Begründungen binden, um ihr Dableiben vor sich selbst zu rechtfertigen (vgl. KUPFERBERG 2000). Der Stolz auf die eigene Nation kann unter diesen Voraussetzungen dem Erhalt der Selbstachtung dienlich sein.

Abbildung 3: Anteil der Westdeutschen, die „stolz sind, ein Deutscher zu sein“, nach Prägekohorten in den Jahren 1991, 1996, 1997 und 1998 (in Prozent)



Quelle: IPOS 1991; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 ALLBUS 1996, 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 FALTER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland

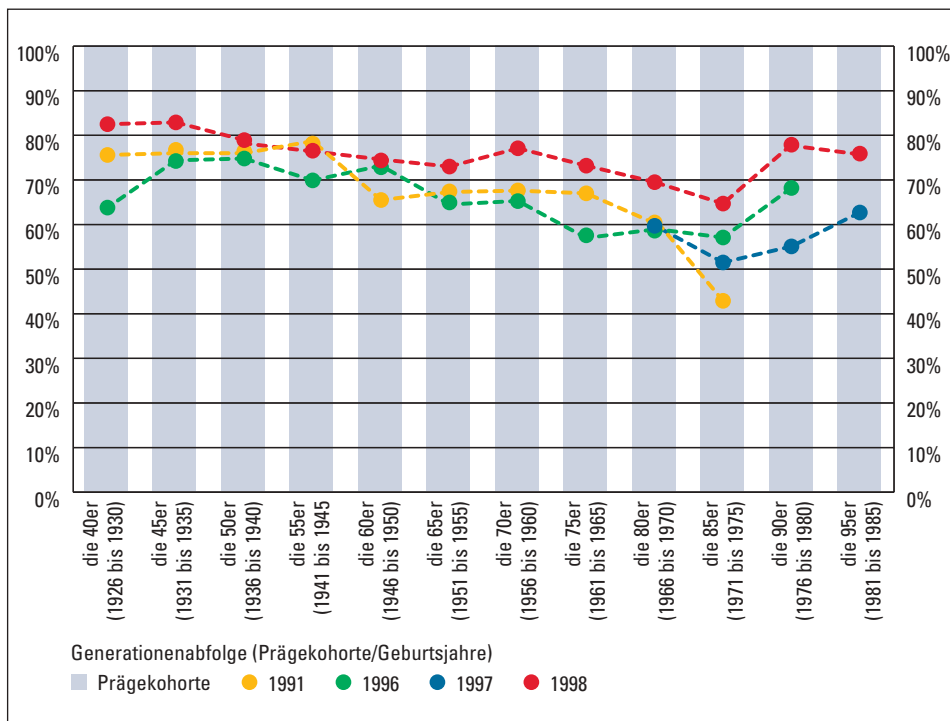
Die Abbildungen 3 und 4 zeigen die Entwicklung der Variablen „Nationalstolz“ getrennt nach Ost und West von 1991 bis 1998. Die Berechnung folgt einer erweiterten Definition und bezieht Befragte, die sich als „sehr stolz“ bezeichnen, als auch weniger extreme Angaben („eher stolz“) mit ein.

Eingetragen ist wieder die als „Generationenabfolge“ benannte Kohorteneinteilung nach Prägephasen. So sind links die „Ältesten“ (die 40er), die zwischen 1926 und 1930 geboren sind und ihre Prägephase im Alter von 10 bis 14 Jahren um 1940 (in der Zeit des Nationalsozialismus) erlebt haben. Unser spezielles Interesse gilt dabei der „90er“-Generation und der nachfolgenden Altersgruppe der heute 16- bis 20-Jährigen (in Abbildung 3 rechts eingetragen).

In Westdeutschland ist ein eindeutig altersabhängiger Verlauf zu erkennen: Mit zunehmenden Alter steigen die Zustimmungsraten zu der Frage nach dem Stolz über die Zugehörigkeit zur eigenen Nation. Die Anteile der beiden jüngsten Kohorten zeigen indessen, dass sich das bei jüngerem Alter tendenziell abschwächende Nationalgefühl wieder deutlich verstärkt und etwa bei 45 Prozent aller 16- bis 21-Jährigen im Jahr 1997 ausgeprägt ist. Im Durchschnitt sind zwei Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung „stolz“ auf ihre Nationalität (vgl. Tabelle 3). Die Zahlen für 1998 liegen über alle Generationen hinweg höher. Das darf jedoch nur bedingt als Steigerung interpretiert werden, da die Datenbasen für die beiden Jahre 1997 und 1998 aufgrund veränderter Antwortformulierungen nicht direkt vergleichbar sind. Jedoch bestätigt sich der Anstieg des Nationalgefühls bei den jüngeren Kohorten im Vergleich mit den älteren Jahrgängen¹⁴.

¹⁴ Der höhere Anteil der 95er/90er-Kohorte im Vergleich zur 85er-Kohorte im Jahr 1997 kann mit einer Vertrauenswahrscheinlichkeit von 95 Prozent als statistisch abgesichert gelten.

Abbildung 4: Anteil der Ostdeutschen, die „stolz sind, ein Deutscher zu sein“, nach Prägekohorten in den Jahren 1991, 1996, 1997 und 1998 (in Prozent)



Quelle: IPOS 1991; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 ALLBUS 1996, 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 DJI-JUGENDSURVEY 1997; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 FALTER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland

¹⁵ Die Daten zeigen zeitliche Entwicklungen im Aggregat (Kohortenebene) an, nicht aber individuelle Veränderungen über die Zeit, da nicht die gleichen Personen zu jedem Zeitpunkt erneut befragt wurden.

¹⁶ Die erhöhten Anteile für die Wendegeneration der 90er- im Vergleich zur 85er-Kohorte sind jedoch nur für das Jahr 1998 mit einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 Prozent statistisch signifikant.

¹⁷ Bekannt wurde der Ausspruch: „Das sind keine Nazis oder Kriminelle, das sind unsere Kinder“ anlässlich der ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992.

¹⁸ Es gibt jedoch Argumente für deren Vergleichbarkeit. Denn gegenüber einer globalen Abfrage, die unterschiedliche Motive für die Haltung gegenüber Ausländern messen dürfte und daher extreme Bewertungen erleichtert, sind die Fragen nach kultureller „Bereicherung“ bzw. nach „Überfremdung“ thematisch eingegrenzt und dürften ausländerkritische Bewertungen erschweren. Daher unterschätzen die Trends für 1996 bzw. 1998 den „wahren“ Verlauf; der Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren 1991-95 stellt folglich die untere Grenze dar.

¹⁹ Genau genommen, lässt sich aufgrund des schmalen Beobachtungsfensters von 8 Jahren eine sichere Entscheidung über das Vorliegen von Alters- oder Kohorteneffekten nicht treffen, dafür wären längere Zeitreihen erforderlich.

Für Ostdeutschland zeigt sich größere Homogenität zwischen den Kohorten. Das ist in Abbildung 4 an den von links nach rechts nur leicht abfallenden Profilen zu sehen. In Hinblick auf den zeitlichen Verlauf (Vergleich zwischen den drei Kurven) verändern besonders die Kohorten der 50er bis 65er (die heute 46- bis 65-Jährigen) die Einstellungen zur Nation kaum¹⁵. Bei der „Wende-Generation“ – den 90ern – zeichnet sich eine Besonderheit ab. In der Wende-Generation liegt die Zustimmung, „Stolz, ein Deutscher bzw. eine Deutsche“ zu sein, um etwa 5 bis 10 Prozent höher als in der um fünf Jahre älteren Kohorte. Diese Sonderstellung der Wende-Generation bleibt nach unseren Berechnungen (mindestens) über drei Zeitpunkte – 1996, 1997 und 1998 – erhalten¹⁶. Das ist ein weiterer Hinweis auf eine durch die Ereignisse der Jahre 1989/90 bedingte anhaltende Prägung, die möglicherweise als Kohorteneffekt interpretiert werden kann.

Tabelle 3: Durchschnittswerte „Stolz, ein Deutscher zu sein“ in Prozent der Gesamtbevölkerung

	1991	1996	1998
West	65,1	62,2	71,8
Ost	69,5	66,8	76,3

Quelle: IPOS 1991, ALLBUS 1996, Falter 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ost- und Westdeutschland

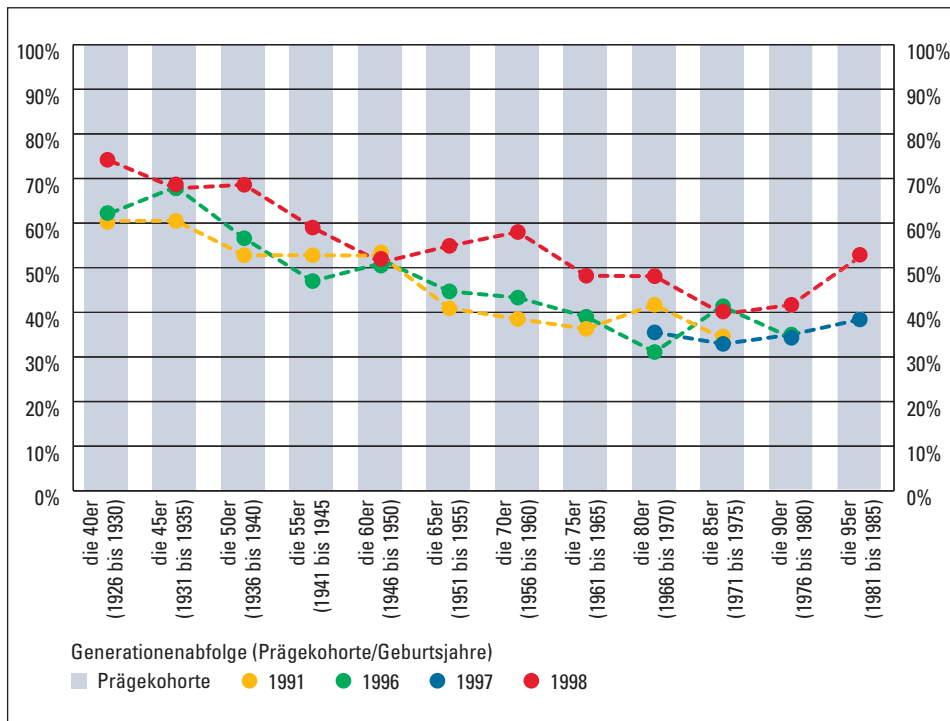
Trotz unterschiedlicher Kurvenverläufe in Ost und West liegt der Bevölkerungsdurchschnitt für das Jahr 1998 mit 76 Prozent, die angaben, stolz, ein Deutscher zu sein, etwas über dem West-Niveau (vgl. Tabelle 3). Das leicht erhöhte Nationalgefühl bei Ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Bevölkerung zeigt sich konstant auch für die Jahre 1991 und 1996.

2.3 Haltung gegenüber Ausländern

Die Betrachtung der Einstellungen gegenüber dem oder den „Fremden“ gewinnt in Zeiten sich verschärfender Kontroversen über das Verhältnis der Deutschen zu Migranten und Asylbewerbern an Bedeutung. Beinahe täglich sehen sich Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe Übergriffen ausgesetzt. Geklärt werden soll, ob sich die durch fremdenfeindliche Gewalttaten auffällige Jugend in beiden Teilen Deutschlands auch in ihrer Grundhaltung gegenüber Ausländern von anderen Kohorten unterscheidet oder ob diese Jugendlichen eine gesamtgesellschaftliche und daher über alle Altersgruppen gleichermaßen vorhandene, latente Ausländerfeindlichkeit lediglich aktiv manifestieren, wie es die These vom Extremismus aus der „Mitte der Gesellschaft“ suggeriert¹⁷.

Für die Berechnung der Abbildungen 5 und 6 wurde für das Jahr 1991 die Frage eingesetzt, ob man „die vielen Ausländer, die in Deutschland leben, in Ordnung finde, ja oder nein?“. Eindeutiger kann sie kaum formuliert werden. Sie scheint allgemeinverständlich genug zu sein und ruft eindeutige Bekenntnisse ab. Für 1996, 1997 und 1998 wurden in den Surveys etwas andere Formulierungen gewählt. Gefragt wurde, ob „Ausländer eine Bereicherung für unsere Kultur“ darstellen (1996 und 1997), und für 1998 wurde die Zustimmung zu dem Statement „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ gemessen. Aufgrund ihrer inhaltlichen Verschiedenheit sollen in den folgenden Interpretationen weniger die absoluten Differenzen der Werte zwischen den Zeitpunkten eine Rolle spielen¹⁸ als stabile Muster in der Generationenabfolge. Wenn sich über verschiedene Zeitpunkte ähnliche Anteils-werte für eine bestimmte Kohorte ergeben, kann von Prägungen ausgegangen werden, die – wenn sie einmal erworben sind – nicht mehr leicht zu verändern sind und dann eine „Generation“ ausmachen können¹⁹.

Abbildung 5: Anteil der Westdeutschen, die Ausländer ablehnen, nach Prägekohorten in den Jahren 1991, 1996, 1997 und 1998 (in Prozent)



Quelle: IPOS 1991; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 ALLBUS 1996; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 FALTER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland

Bemerkenswert sind erkennbare Verläufe wie altersabhängige Kurven, in denen sich für die älteren Kohorten höhere Werte zeigen und die für die Jüngeren abfallen, wie es Abbildung 5 für Westdeutschland nahelegt²⁰.

Die Analyse der Generationenabfolge zeigt in Westdeutschland, dass die höchsten Anteile ablehnender Haltungen gegenüber Ausländern stets bei den ältesten Kohorten (die noch vor 1940 Geborenen der 50er-Prägekohorte und Ältere) vorzufinden sind.

In Abbildung 5 für Westdeutschland bleiben die Anteile für die 60er-Kohorte in den Jahren 1991, 1995 und 1998 erkennbar unverändert bei rund 50 Prozent. Auch für die 85er-Kohorte bleiben die entsprechenden Werte im Zeitverlauf weitgehend stabil und liegen fast immer auf dem niedrigsten Stand im Vergleich aller Kohorten.

Bemerkenswert ist der klar erkennbare Anstieg bei den Jüngeren im Alter von heute 16 bis 25 Jahren (die 90er- und die 95er-Generation in den Kurven für 1997 und 1998, vgl. Abbildung 5): Die 16- bis 25-Jährigen zeigen einen deutlichen Anstieg ablehnender Haltungen gegenüber Ausländern im Vergleich zu den heute 26- bis 30-Jährigen (der 85er-Kohorte). Der zunächst altersabhängige Kurvenverlauf mit den höchsten Anteilen an ausländerkritischen Einstellungen bei den Älteren und deren Abschwächung bei jüngeren Menschen wird durch den historischen Einschnitt der Wiedervereinigung, das heißt mit der 90er-Kohorte, durchbrochen und setzt sich massiv bei den heute 16- bis 20-Jährigen fort. Dies ist die beunruhigende Erkenntnis aus den vorliegenden Daten, die mit dem Anstieg fremdenfeindlicher Gewaltakte auch in der alten Bundesrepublik zu korrespondieren scheint (vgl. VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2000).

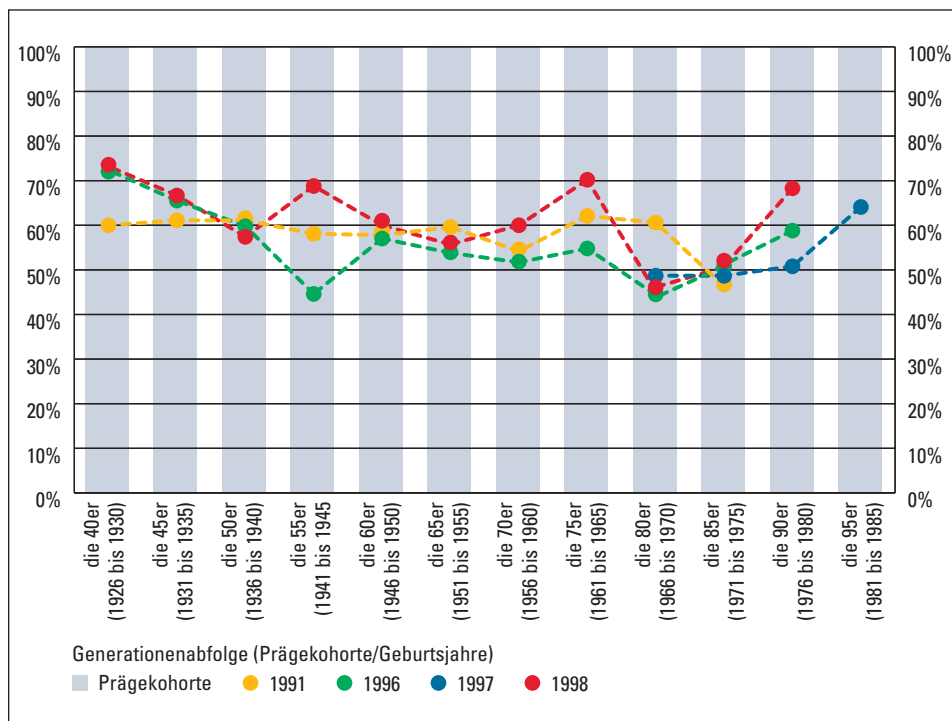
²⁰ Andere Muster sind ebenfalls denkbar: So müsste sich im Kontext einer „Lebenszyklus-Hypothese“ zur Erklärung einer „sozialen Tatsache“ ein U-förmiger Zusammenhang nachweisen lassen. Die These besagt unter anderem, dass bei erwerbstätigen Personen, nach Familiengründung und Mutterschaft aufgrund der Einbindung in die Gesellschaft und ihre Anforderungen extreme Standpunkte häufig vermieden werden und dass es bei denjenigen, die zunächst noch und später wieder ohne Bindungen sind, zu größeren Ausschlägen kommt. Ein solcher Lebenszykluseffekt wurde unter anderem für das Interesse an Politik nachgewiesen.

²¹ Im Vergleich mit der 85er/80er-Kohorte sind diese höheren Werte mit einer Vertrauenswahrscheinlichkeit von 95 Prozent statistisch signifikant.

²² Da die Frageformulierungen bzw. Antwortvorgaben für die Jahre 1991-95 identisch waren und kompositionelle Effekte durch die Gewichtungszusammenfassung abgeschwächt werden, können die Kurven direkt miteinander verglichen werden.

²³ Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 1999.

Abbildung 6: Anteil der Ostdeutschen, die Ausländer ablehnen, nach Prägekohorten in den Jahren 1991, 1996, 1997 und 1998 (in Prozent)



Quelle: IPOS 1991; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 ALLBUS 1996; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 FALTER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland

Für Ostdeutschland zeichnet sich ebenfalls eine herausgehobene Stellung der jüngeren Jahrgänge ab (vgl. Abbildung 6); hier ist es die „Wende“-Generation, die in hohem Maß ausländerkritisch eingestellt ist (68 Prozent im Jahr 1998). Das gilt auch für die heute 16- bis 20-Jährigen, bei denen die entsprechenden Anteile nach Berechnungen auf der Grundlage des DJI-Jugendsurveys 1997 bei 65 Prozent liegen²¹.

Bemerkenswert sind auch die extrem hohen Werte für die 75er-Kohorte (heute im Alter von 36 bis 40 Jahre) und die unterdurchschnittlichen Werte bei den heute 31- bis 35-jährigen Ostdeutschen (der 80er-Kohorte), die in den Kurvenverläufen der Jahre 1991 bis 1998 sichtbar sind.

Für Ostdeutschland können zusätzlich Periodeneffekte nachgewiesen werden. Denn die Jahre 1992/93 markieren für fast alle Generationen einen „Tiefpunkt“ mit den geringsten Ausprägungen ausländerfeindlicher Haltungen (vgl. Tabelle 4)²². Interessant wird dies vor dem Hintergrund, dass die Jahre 1992/93 als die bislang schwierigsten Jahre der Transformation der DDR in eine marktwirtschaftlich orientierte Demokratie nach westlichem Muster gelten. Durch den Wegfall der Märkte im vormaligen „Ostblock“, durch Betriebsschließungen und Übernahmen von Betrieben durch Investoren aus dem Westen und anschließende "Modernisierung" (Rationalisierung) sowie durch konjunkturelle Probleme kam es zu steigender Arbeitslosigkeit von rund 10 Prozent (1991) auf 16 Prozent (1993). Im Jahre 1995 sanken die Quoten dann leicht auf rund 15 Prozent ab²³. Vorsichtig interpretiert verhielten sich bis 1995 die Arbeitslosigkeitsquoten und der Anteil ablehnender Einstellungen gegenüber Ausländern reziprok zueinander. Das steht zunächst im Widerspruch zu einem gängigen Erklärungsversuch für die Entstehung von „Ausländerfeindlichkeit“. Nach der sogenannten „Sündenbock“-These wird die eigene wirtschaftliche Misere durch den Hass auf Fremde psychisch kompensiert. Möglich ist indessen auch eine zeitliche Verschiebung, da individuelle Verarbeitungen psychischer Belastungen Zeit

brauchen, um sich in veränderten Einstellungen (gegenüber Ausländern) auszuwirken. Jedoch sind aus aggregierten Daten wie den Arbeitslosenstatistiken auf der Makroebene keine Aussagen über die individuelle Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zu treffen. Zudem ist auch die wahrgenommene Arbeitslosigkeit im persönlichen oder regionalen Umfeld möglicherweise von Bedeutung.

²⁴ Quelle: SICHERHEITSBERICHT 2000, BUNDESKRIMINALAMT 2001.

²⁵ Aufgrund der recht niedrigen Fallzahlen können stichprobenbedingte Schwankungen auftreten.

Tabelle 4: Durchschnittswerte an Ablehnung von Ausländern in Prozent der Gesamtbevölkerung

	1991	1992	1993	1995	1996 ¹	1998 ¹
West	50,1	53,4	52,7	48,7	50,3	55,3
Ost	59,8	51,5	49,1	55,3	56,3	61,5

¹ Wie im Text beschrieben, sind die Angaben für diese beiden Jahre nur bedingt mit den Vorjahren zu vergleichen, da deren Berechnung auf etwas anderen Frageformulierungen beruht.

Quelle: IPOS 1991-1993, 1995; ALLBUS 1996, Falter 1998, eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ost- und Westdeutschland

Mit Blick auf die Entwicklung der fremdenfeindlichen Gewalttaten, die den Höhepunkt der Anzahl der Delikte etwa um das Jahr 1992/93 erreichten und damit recht eindeutig mit der höchsten Arbeitslosenquote bis Mitte der neunziger Jahre in Ostdeutschland korrespondierten²⁴, ist zu vermuten, dass ablehnende Einstellungen gegenüber Ausländern erst den entsprechenden Gewalthandlungen nachfolgten und sich daraufhin nach einer bestimmten Latenzzeit ausprägten.

Erklärungsbedürftig sind die extremen Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Ausländern zwischen aufeinander folgenden Kohorten in Ostdeutschland, etwa zwischen den 1961 bis 1965 Geborenen und der darauf folgenden Kohorte, den 1966 bis 1970 Geborenen (Abbildung 6). Das deutet möglicherweise auf spezifische Verarbeitungsmechanismen hin, die in den Durchschnittswerten für die Gesamtbevölkerung nicht sichtbar werden (vgl. Tabelle 4)²⁵.

Insgesamt ist eine ablehnende Haltung bis hin zu Ausländerfeindlichkeit sehr häufig anzutreffen, und zwar in West wie Ost. Einerseits sind es die heute über 66-Jährigen, die noch den letzten Krieg bewusst erlebt haben und zu großen Teilen offen ihre Ressentiments gegenüber Ausländern bekunden. Andererseits werden diese von jungen Erwachsenen und Jugendlichen mit Empfindungen, die sie gegen Fremde, Gastarbeiter und Asylbewerber hegen, nahezu „eingeholt“.

Aus den Generationenabfolgen ist die starke Ablehnung gegenüber Ausländern bei der 90er-Kohorte, die ihre Prägephase in der historischen Zäsur der Wiedervereinigung erlebten, ersichtlich. Dies gilt für beide Teile Deutschlands, wobei die heute 16- bis 20-Jährigen die beunruhigende Entwicklung der um fünf Jahre älteren Kohorte, der eigentlichen „Wende-Generation“, hinsichtlich ihrer ablehnenden Einstellungen zu Ausländern nicht etwa umkehren, sondern sogar verstärkt fortsetzen. Diese Entwicklung könnte sich durch Reifung bzw. durch Älterwerden wieder ändern, jedoch ist Fremdenfeindlichkeit bei ganz jungen Menschen eher untypisch und entspricht nicht den entwicklungspezifischen Erwartungen an diese Altersgruppe. Die normativen Entwicklungsverläufe in der Adoleszenz lassen zunehmende Bindung an die Gruppensolidarität zugleich mit zunehmender Differenzierung der sozial-kognitiven Rationalität und moralischer Normen wie Fairness und Gerechtigkeit erwarten. In den rechtsextremen Gruppierungen scheint die Gruppenkohäsion zu Lasten der sozial-kognitiven Differenzierung mit einer Hemmung der sozio-moralischen Entwicklung einherzugehen. Die sich daraus ergebenden Erziehungsaufgaben in den Schulen sind noch kaum erkannt, geschweige denn in Angriff genommen worden (vgl. EDELSTEIN 2001).

2.4 „Linke“ und „rechte“ Orientierungen

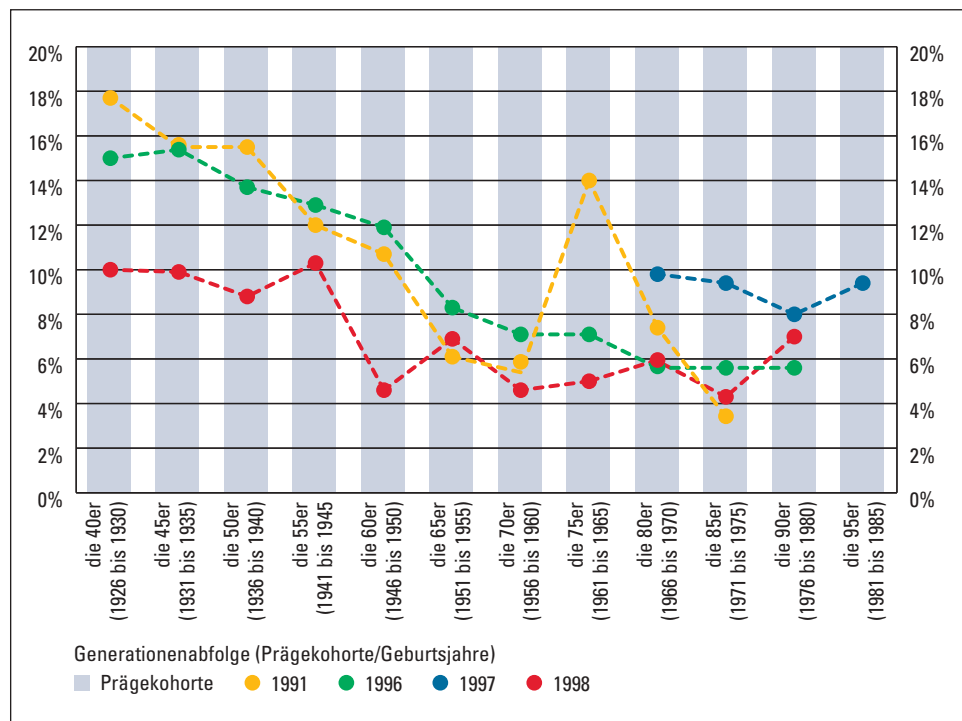
²⁶ Auf einer 10- bzw. 11-stufigen Skala von „links“ bis „rechts“ wurden politisch rechte Orientierungen durch die oberen drei Skalenwerte der Selbsteinstufung gemessen. Wir beschränken uns auf die Darstellung der eindeutigen Orientierung hin zu politisch rechts.

²⁷ Das stellt allerdings die untere Grenze dar, denn nicht jeder mit „rechtem“ Gedankengut wird dies auch offen zugeben.

Zunächst scheint es, als hätten Unterteilungen der politischen „Landkarte“ nach „linken“ oder „rechten“ Orientierungen keinen Sinn mehr, wenn sich überall im politischen Leben Positionen vermischen, Konfliktlinien nicht mehr klar erkennbar sind und Parteien und Politiker austauschbar erscheinen. Dagegen spricht, dass wer sich selbst als „links“ einordnet, auch die SPD oder die GRÜNEN wählt oder präferiert. Umkehrt gilt auch heute nach wie vor: Wer sich als „rechts“ einstuft, findet sich eher bei der CDU/CSU oder aber ganz am rechten Rand des Parteienspektrums (Republikaner, NPD, DVU) wieder. Dieser Zusammenhang ist belegbar, wie hier nicht dargestellte Analysen zeigen. Darüber hinaus spielt die Selbsteinstufung als „links“ oder als „rechts“ eine wichtige Rolle bei der Aufklärung der Frage, wodurch „Ethnozentrismus“ – also die Verbindung von überhöhtem Nationalstolz und ausländerfeindlichen Haltungen – in der Bevölkerung zustande kommt, der häufig bereits als „rechtsextrem“ etikettiert wird (vgl. Kapitel 5).

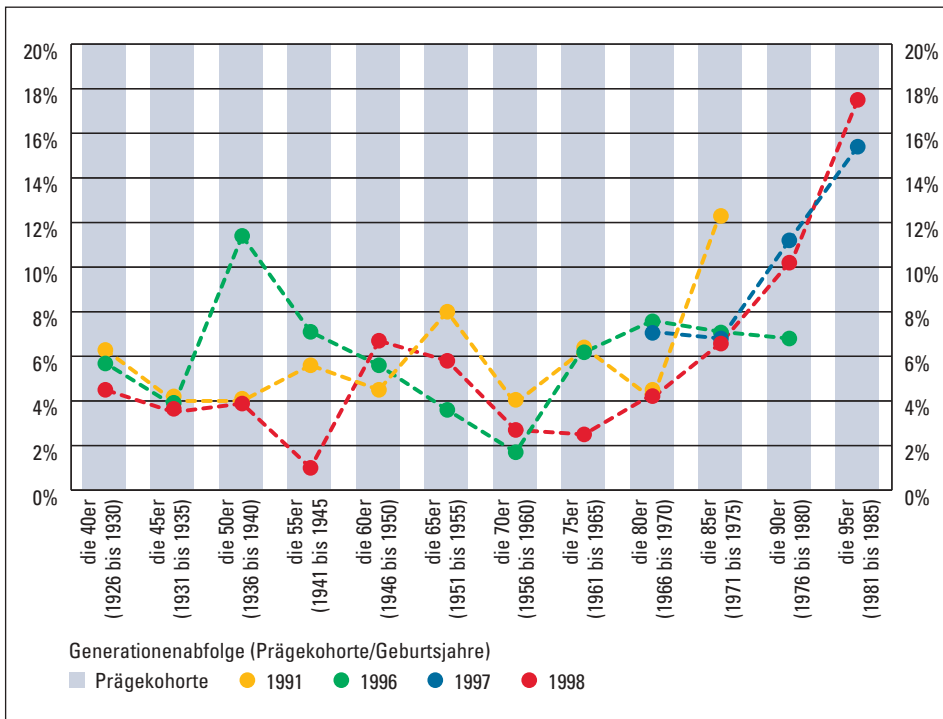
Wie die Kurven für Westdeutschland zeigen (Abbildung 7), sinkt der Anteil der Rechtsorientierten²⁶ mit abnehmendem Alter, um bei den heute 21- bis 25-Jährigen (den 90ern) wieder leicht auf 7 bis 8 Prozent anzusteigen. Die heute 16- bis 20-Jährigen liegen nach Berechnungen auf Basis des DJI-Jugendsurvey 1997 bei 9 Prozent. Wie aus Tabelle 5 ersichtlich ist, liegt das rechte Potenzial in der gesamten Bevölkerung in Westdeutschland im Jahr 1998 bei 7 Prozent²⁷.

Abbildung 7: Anteil der Westdeutschen, die sich als „rechtsorientiert“ einstufen, nach Prägekohorten in den Jahren 1991, 1996, 1997 und 1998 (in Prozent)



Quelle: IPOS 1991; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 ALLBUS 1996, 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland
 FALTER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Westdeutschland

Abbildung 8: Anteil der Ostdeutschen, die sich als „rechtsorientiert“ einstufen, nach Prägekohorten in den Jahren 1991, 1996, 1997 und 1998 (in Prozent)



Quelle: IPOS 1991; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 ALLBUS 1996, 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland
 FALTER 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ostdeutschland

Tabelle 5: Durchschnittswerte Selbsteinstufung als „rechtsorientiert“ in Prozent der Gesamtbevölkerung

	1991	1996	1998
West	11,6	11,2	6,7
Ost	6,1	6,1	5,8

Quelle: IPOS 1991, ALLBUS 1996, Falter 1998; eigene Berechnungen, gewichtete Daten für Ost- und Westdeutschland

Wie die Durchschnittswerte für die gesamte Bevölkerung in den neuen Bundesländern ausweisen (Tabelle 5), liegt das rechtsgerichtete Potenzial relativ konstant bei 6 Prozent. Die Berechnung des durchschnittlichen Anteilswertes über alle Kohorten verschleiert jedoch den für mehrere Zeitpunkte nachgewiesenen hohen Anteil an erklärten Rechtsorientierten unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Abbildung 8) auf über 15 Prozent²⁸. Abbildung 8 zeigt anschaulich den durch mehrere Erhebungen unabhängig voneinander bestätigten Generationenzusammenhang: Die Anteile Rechtsorientierter in Ostdeutschland erhöhen sich für die Kohorte der 70er und folgende Kohorten stetig. Der Verlauf ist dabei U-förmig mit dem Anfangspunkt bei der 60er-Kohorte, dem Tiefpunkt bei der 70er-Kohorte und dann einem stetigen Anstieg bei den jüngeren Kohorten²⁹.

²⁸ Die höheren Anteile an Rechtsorientierten für die Jahre 1997 und 1998 bei den heute 16- bis 25-Jährigen im Vergleich mit der 80er/85er-Kohorte sind mit der Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 Prozent statistisch signifikant (mit Ausnahme des Paarvergleichs der 90er/85-Kohorte im Jahre 1998). Für 1996 scheint es zu einem Abflachen bei der 90er-Generation zu kommen, jedoch sind hier Stichproben-Schwankungen nicht auszuschließen, da für dieses Jahr lediglich eine Messung vorliegt. Daher wird der Kurve für 1998 im Zweifel der Vorzug gegeben; deren Berechnung stützt sich auf mehrere Studien. Auch die Daten des DJI-Jugendsurveys 1997 bestätigen die hohen Anteile an Rechtsorientierten bei ostdeutschen Jugendlichen.

²⁹ Derartige Kurvenverläufe werden oft als Beleg für die sogenannte Lebenszyklus-These herangezogen. Diese besagt, dass in der Lebensmitte nach Eintritt in das Berufsleben und Familiengründung politisch extreme Standpunkte häufiger vermieden werden. Jugendliche sind dagegen noch nicht beruflich integriert, und ältere Menschen fallen aus dem Erwerbsleben wieder heraus. Zudem sind familiäre Bindungen in diesen beiden Altersgruppen schwächer ausgeprägt: Ältere Menschen können durch den Auszug ihrer Kinder oder den Verlust des Lebenspartners zunehmend sozial isoliert werden, und Jugendliche lösen sich im Verlauf der Adoleszenz entwicklungsbedingt von ihrem Elternhaus und wenden sich stärker gleichaltrigen Freundschaften zu. Somit stehen der Hinwendung zu politisch extremen Orientierungen weniger Korrektive durch Interaktionen in der Familie entgegen.

3 Der Extremismus-Indikator

³⁰ Es existieren mehrere Berechnungsgrundlagen für die Bestimmung des Potenzials des „Rechtsextremismus“. Das erschwert die Vergleichbarkeit. Wir schlagen die Verwendung additiver Indices vor.

Die ausländerfeindlichen Haltungen in breiten Bevölkerungsgruppen, die unsere bisherigen Ergebnisse belegen, erscheinen um so problematischer für die Demokratie, je stärker sie zugleich mit Überbewertungen der eigenen Nation einhergehen. Um von Rechtsextremismus zu sprechen, müssen indes noch weitere Bedingungen dazukommen, etwa die Affinität zu nationalsozialistischem Gedankengut, der Glaube an die Autorität von Führerpersönlichkeiten („eine starke Hand“) oder die Ablehnung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, Gewaltbereitschaft, Bereitschaft zur Unterordnung (Autoritarismus) und schließlich antisemitische Einstellungen. Die genaue Definition des Begriffes „Rechtsextremismus“ ist jedoch umstritten. Je nach Definition verändern sich die Anforderungen an die Operationalisierung, das heißt die empirische Bestimmung des Rechtsextremismus-Potenzials. Das bedeutet, dass sich die Ergebnisse der Einschätzung des rechtsextremen Potenzials je nach Messmethode etwas voneinander unterscheiden. Einige empirische Ergebnisse auf der Grundlage von Umfragen³⁰ sollen im folgenden Überblick (Tabelle 6) dargestellt werden.

Es fällt trotz der Verschiedenheit der Ergebnisse auf, dass diese einen deutlich erkennbaren Unterschied im Ausmaß des Extremismus für die neuen Bundesländer gegenüber der alten Bundesrepublik zeigen. In Ostdeutschland ist das rechtsextreme Potenzial etwa doppelt so hoch wie im Westen.

Jedoch ist unklar, wie stark verbreitet ein geschlossen rechtsextremes „Weltbild“ oder rechtsextremes Syndrom unter west- und ostdeutschen Jugendlichen ist. Die Verwendung des Begriffes (Einstellungs-)Syndrom impliziert die Forderung nach dem gleichzeitigen Vorhandensein sämtlicher oder zumindest einer Mehrzahl der Komponenten, das heißt eine additive Verknüpfung. Dieser Forderung trägt unsere Analyse Rechnung. So wird einer theoretischen Fundierung genuin rechtsextremer Einstellungen, die das Zusammenspiel autoritätsgläubiger, fremdenfeindlicher, nationalistischer und antidemokratischer Orientierungen als notwendige Bedingung fordert, auch durch die Definition additiver Indices empirisch entsprochen. Die Indikatoren sollen dabei diese Schnittmenge ausweisen, die einer anspruchsvollen Definition ent-

Tabelle 6: Zahlenvergleich: Komponenten des Rechtsextremismus in Ostdeutschland (in Klammern: Westdeutschland), in Prozent

Jahr	Grundgesamtheit, Quelle	Autoritätsgläubige Grundhaltung	Nationalismus	Ausländerfeindlichkeit	Pro-Nazistische Einstellungen	Antisemitismus	Rechtsextremismus Potenzial
1990	Jugendliche u. junge Erwachsene in Sachsen, SCHUBARTH/FRIEDRICH 1991	17	14		13		15-20
1992	Jugendliche und junge Erwachsene 16 bis 29 Jahre, HOFFMANN-LANGE 1996						13 (7)
1993	Schüler und Auszubildende in Brandenburg, 12 bis 18 Jahre, STURZBECHER 1997			44			27
1996	deutsche Bevölkerung in Privathaushalten ab 18 Jahre, AHLHEIM/HEGER 2000	17 (15)				17 (23)	
1996	Jugendliche in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, 14 bis 20 Jahre, STURZBECHER 1997; STURZBECHER/FREYTAG 2000		36		37 (17)	32 (15)	
1998	Bevölkerung ab 14 Jahre, STÖSS/NIEDERMAYER 1998	10 (11)	13 (13)	20 (14)	5 (6)	5 (6)	17 (12)

spricht und sich von Messungen unterscheiden, die aufgrund schwächerer Annahmen zustande gekommen sind³¹.

Im ersten Schritt wird die additive Verknüpfung ethnozentrischer, autoritärer, gewaltbereiter, politisch rechter und schließlich antidemokratischer Einstellungen gebildet. Auf der Grundlage des DJI-Jugendsurveys 1997 gingen in die nach Ost- und Westdeutschland getrennte Berechnung Zustimmungen bzw. Ablehnungen zu nachfolgenden Fragen und Aussagen ein:

- „Sagen Sie mir bitte, wie stolz Sie darauf sind, ein Deutscher (eine Deutsche) zu sein!“
- „Ich bin für die Anwesenheit von Ausländern, weil sie unsere Kultur bereichern“
- „Ich bin gegen eine Diktatur, aber eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“
- „Es gibt eine Reihe von politischen Handlungen und Situationen, die man unterschiedlich beurteilen kann. Sagen Sie mir, ob Sie es in Ordnung finden oder nicht in Ordnung finden, oder hängt dies von den Umständen ab, wenn man Asylanten handgreiflich klarmacht, dass sie in ihre Heimat zurückkehren sollen?“
- „Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen?“
- „Bitte sagen Sie mir, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind!“

³¹ Daher werden hier keine Durchschnittswerte verwendet, die den Nachteil haben, eine Gleichgewichtung und damit Gleichbehandlung zum Beispiel von Antisemitismus und Nationalismus vorzunehmen (etwa bei der Bestimmung des Rechtsextremismus-Potenzials bei STÖSS/NIEDERMAYER, 1998).

Tabelle 7: Die Komponenten des Rechtsextremismus in Westdeutschland (Angaben in Prozent)

Komponenten	Kohorten				Durchschnitt (vier Kohorten)
	die 95er	die 90er	die 85er	die 80er	
nicht ethnozentrisch	89,2	91,0	93,0	92,1	91,5
ausschließlich ethnozentrisch	4,6	4,6	2,4	3,7	3,8
ethnozentrisch und autoritär	1,7	2,0	1,9	2,1	1,9
ethnozentrisch, autoritär und gewaltbereit	2,1	1,1	1,2	1,0	1,2
ethnozentrisch, autoritär, gewaltbereit und rechts	2,2	1,1	1,4	1,1	1,4
ethnozentrisch, autoritär, gewaltbereit, rechts und antidemokratisch	0,2	0,2	0,2		0,2
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fallzahl	585	1.758	1.179	904	4.426

Quelle: DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, ungewichtet

Tabelle 8: Die Komponenten des Rechtsextremismus in Ostdeutschland (Angaben in Prozent)

Komponenten	Kohorten				Durchschnitt (vier Kohorten)
	die 95er	die 90er	die 85er	die 80er	
nicht ethnozentrisch	71,7	78,0	82,6	81,2	78,8
ausschließlich ethnozentrisch	13,9	9,6	5,8	7,5	8,9
ethnozentrisch und autoritär	4,7	4,0	5,3	5,3	4,7
ethnozentrisch, autoritär und gewaltbereit	4,4	3,6	3,8	4,3	3,9
ethnozentrisch, autoritär, gewaltbereit und rechts	4,2	4,0	2,1	1,7	3,1
ethnozentrisch, autoritär, gewaltbereit, rechts und antidemokratisch	1,1	0,8	0,3		0,6
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fallzahl	361	1.059	605	468	2.493

Quelle: DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, ungewichtet

³² *Nationalismus wird durch die Variable „Nationalstolz“ indiziert, wobei diejenigen, die sich als „sehr stolz“ bzw. „ziemlich stolz“ bezeichnen, in die Messung eingehen.*

³³ *Andere Kombinationen, wie zum Beispiel ausschließlich autoritäre und gewaltbereite Einstellungen in einer Person gleichzeitig, werden in den Tabellen als nicht-ethnozentrisch ausgewiesen.*

³⁴ *An dieser Stelle kann nicht geklärt werden, ob hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie eher als apathischer Rückzug vom politischen Leben oder aber politisch mobilisierend verarbeitet wird. Befunde aus der Wahlforschung lassen aber vermuten, dass ethnozentrische Haltungen bei bekennenden Anhängern rechtsextremer Parteien wie auch bei Nicht-Wählern weit verbreitet sind.*

Wie unsere Analysen (Tabellen 7 und 8) zeigen, sind ethnozentrische, autoritätsgläubige, gewaltbereite, rechtsgerichtete und antidemokratische Einstellungen selten in einer Person gleichzeitig vorhanden. Dieser Befund steht im Einklang mit anderen Untersuchungen. So schreibt URSULA HOFFMANN-LANGE: „Statt dessen haben wir es eher mit verschiedenen Facetten ‘rechter’ Einstellungen zu tun, die sich nicht zu einem einheitlichen Einstellungssyndrom zusammenfügen“ (1996, S. 126). Zwar ist eine Verbindung aller dieser Facetten zur Bestimmung des extremen Einstellungspotenzials nicht notwendig. Wir betrachten jedoch die Konjunktion demokratiekritischer, ausländerfeindlicher sowie nationalistischer Haltungen als den Kern des rechtsextremen Potenzials. Dabei bezeichnen wir die Verbindung von ausländerfeindlichen und nationalistischen Einstellungen³² als „ethnozentrisch“.

Aus den Tabellen 7 und 8 wird deutlich, dass ethnozentrische Einstellungen – für sich allein betrachtet – unter den beiden jüngsten Kohorten, den 90er- und 95er-Kohorten, im Vergleich zu den beiden älteren Kohorten, den 85er- bzw. 80er-Kohorten, im Jahre 1997 weiter verbreitet sind. Diese Entwicklung mit der Scheidelinie bei der 90er-Kohorte gilt für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen. Mit etwa 14 Prozent liegt dieser Anteil unter ostdeutschen Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren jedoch über den vergleichbaren Werten in Westdeutschland (rund 5%). Ethnozentrismus ohne die Verbindung mit anderen Elementen, wie Gewaltbereitschaft, Autoritarismus und politisch rechtsgerichteten Orientierungen, ist die quantitativ bedeutsamste Komponente bei der Bestimmung des modernen Rechtsextremismus-Syndroms³³.

Den Anteil gewaltbereiter Extremisten unter den 16- bis 25-Jährigen in Ostdeutschland, die sich dezidiert als politisch rechts einordnen, schätzen wir auf mindestens vier Prozent ein, in Westdeutschland liegt der entsprechende Anteil bei mindestens zwei Prozent bei den 16- bis 20-Jährigen und mindestens ein Prozent bei den 21- bis 25-Jährigen.

Bemerkenswert ist der Anteil der gewaltbereiten, autoritär und ethnozentrisch eingestellten Jugendlichen der beiden jüngsten Kohorten, die sich nicht politisch verorten wollen oder die sich nicht als politisch rechts verstehen. Wiederum liegen die entsprechenden Anteile in Ostdeutschland mit nochmals vier Prozent doppelt so hoch wie im Westen (1-2%). Auch diese Jugendlichen betrachten wir als „rechtsextrem“ eingestellt, wenn man die offen zugegebene Gewaltbereitschaft als Teil der Definition des politisch rechtsorientierten Extremismus akzeptiert. Somit ergibt sich ein Anteil von Rechtsextremen unter Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren von 8 Prozent in Ostdeutschland und 4 Prozent in Westdeutschland, der sich jeweils noch um mindestens ein Prozent erhöht, wenn anti-demokratische Einstellungen berücksichtigt werden (insgesamt 9% im Osten und 3-5% im Westen).

Um die mögliche Sonderstellung Jugendlicher und junger Erwachsener zu überprüfen, wurden ethnozentrische und demokratiekritische Einstellungen im Generationenzusammenhang für die gesamte Bevölkerung zwischen 16 und 75 Jahren berechnet. Ethnozentrismus wurde wie bisher als Verbindung zwischen Nationalstolz und Ablehnung von Ausländern definiert. Zusätzlich wurden demokratiekritische Einstellungen wie bisher durch die Bewertung der heutigen Demokratie gemessen. Als Datenbasis wurden für 1996 der ALLBUS, für 1997 der DJI-Jugend-survey und für 1998 die Daten der Deutschen Nationalen Wahlstudie zur Bundestagswahl 1998 (FALTER/GABRIEL/RATTINGER 1998) herangezogen (vgl. Tabelle 1).

Gelb eingefärbte Säulen in Abbildung 9 indizieren für das Jahr 1998 das größere Potenzial ethnozentrischer Einstellung ohne bedeutsame politische Entfremdung („Politikverdrossenheit“). Die blau gefärbten Säulen geben den „harten Kern“ potentiell politisch wirksamer³⁴ Abwertung von Ausländern im Verbund mit Überbewertung der eigenen Nation an.

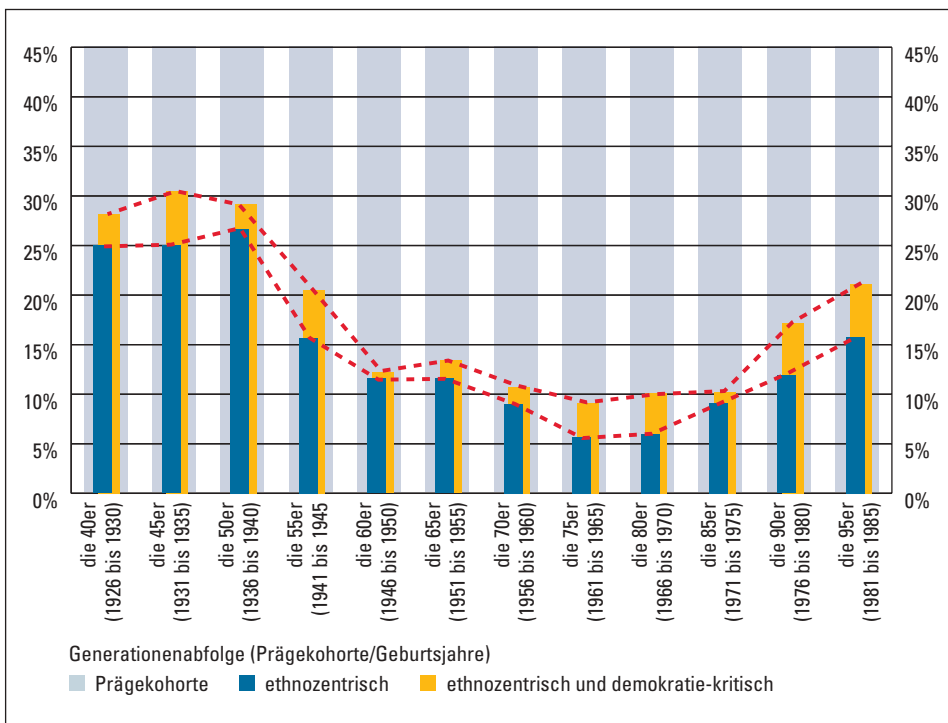
Abbildung 9 zeigt, dass in Westdeutschland die schon in der getrennten Darstellung ablehnender Einstellungen gegenüber Ausländern sowie des Nationalstolzes (vgl. Abbildungen 3 und 5) vorgefundene altersabhängige Generationenabfolge auch in Kombination beider Dimensionen, die wir als Ethnozentrismus bezeichnen, nachgewiesen werden kann, denn beide

Dimensionen treten häufig zusammen auf. Wir sehen dies als Bestätigung für die Vermutung, dass die Verbindung ausländerfeindlicher Einstellungen mit gesteigertem Nationalstolz bei denselben Personen den Kern des heutigen Rechtsextremismus darstellen.

Für die gesamte Bevölkerung in Westdeutschland schätzen wir den Anteil ethnozentrischer Einstellungen auf etwa 18 Prozent; mit einem geringen Anteil von 3 Prozent, die zugleich dediziert demokratiekritische Einstellungen zum Ausdruck bringen. Dabei sind die Generationen der bis 1945 Geborenen am häufigsten ethnozentrisch eingestellt.

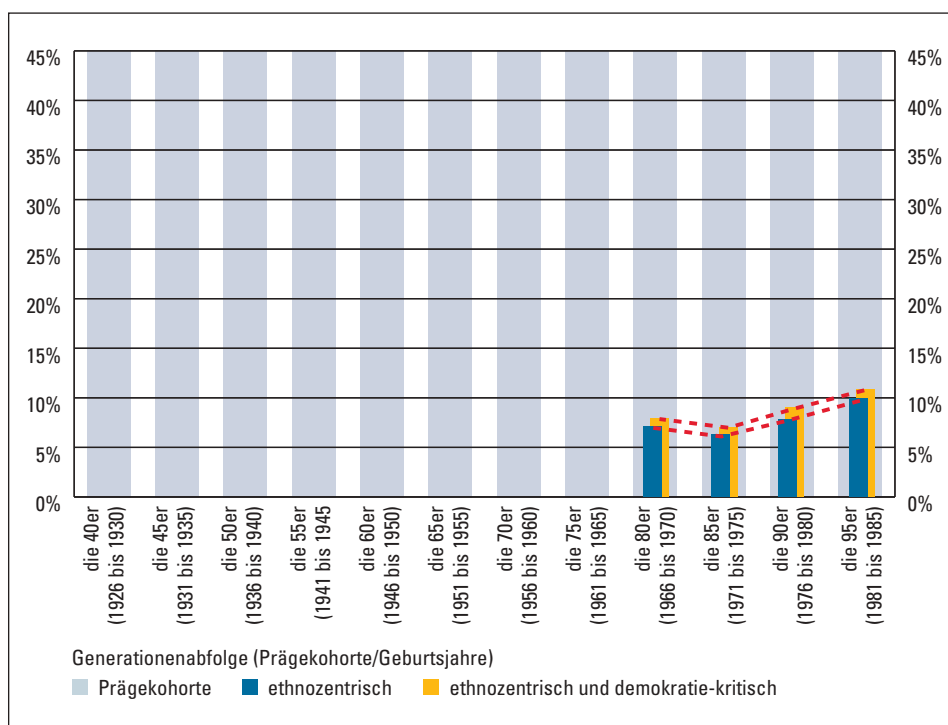
Im Generationenvergleich mit den mittleren Jahrgängen, den heute 26- bis 55-Jährigen, steigen die Ethnozentrismus-Potenziale der beiden jüngeren Altersgruppen jedoch stark an und liegen bei den heute 16- bis 25-Jährigen im Jahr 1998 zwischen 17 und 20 Prozent. Davon sind jeweils fünf Prozent dem „harten Kern“ zuzurechnen. Zu anderen Zahlen kommen Berechnungen mit dem DJI-Jugendsurvey 1997. Dort liegt das Ethnozentrismus-Potenzial bei den heute 16- bis 25-Jährigen etwa bei 10 Prozent (vgl. Abbildung 10). Diese Abweichungen sind wahrscheinlich den Unterschieden in der Messung der Komponenten des Indikators in den verwendeten Surveys geschuldet. Zum Vergleich haben wir identische Berechnungen auf Grundlage des ALLBUS 1996 durchgeführt, welche auf etwa 15 Prozent extremer Einstellungen bei westdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen kommen (vgl. Abbildung 11). Das entsprechende Potenzial liegt daher im Bereich zwischen 10 und 20 Prozent, wobei wir einen mittleren Wert von etwa 15 Prozent als realistisch einschätzen.

Abbildung 9: Extremismus-Indikator für Westdeutschland 1998



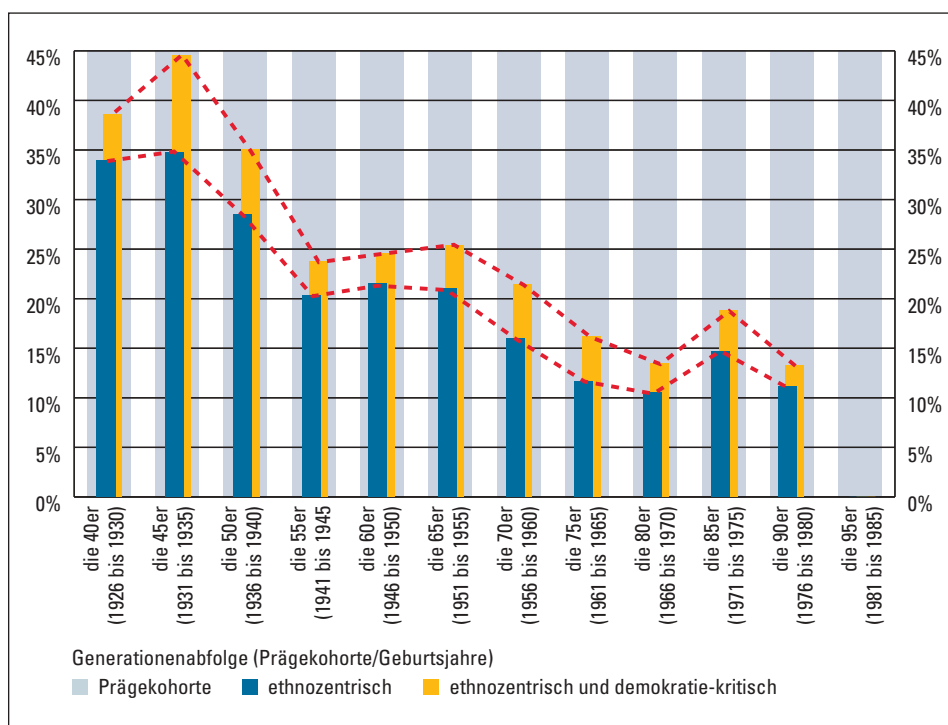
Quelle: eigene Berechnung nach FALTER/GABRIEL/RATTINGER 1998

Abbildung 10: Extremismus-Indikator für Westdeutschland 1997



Quelle: eigene Berechnung nach DJI-JUGENDSURVEY 1997

Abbildung 11: Extremismus-Indikator für Westdeutschland 1996



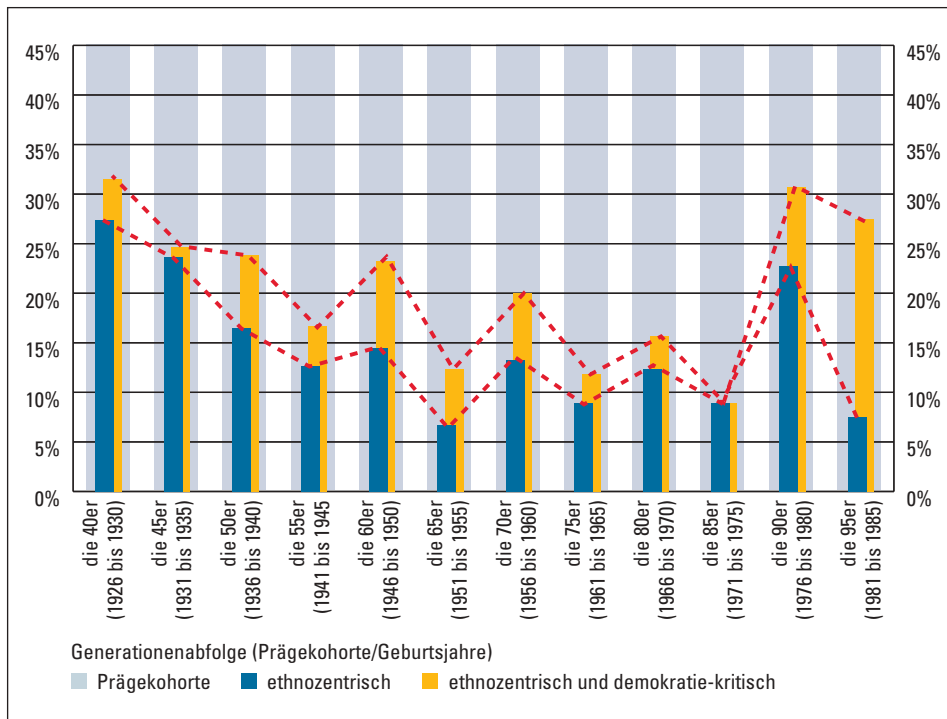
Quelle: eigene Berechnung nach NACH ALLBUS 1996

Zwei der verwendeten Datenbasen (der DJI-Jugendsurvey 97 und die Daten aus der Studie von FALTER/GABRIEL/RATTINGER 1998) geben übereinstimmend höhere Anteile bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vergleich zu den befragten Personen der Kohorten der 80er- und

85er-Kohorten wieder³⁵. Daher lässt sich ziemlich eindeutig auf erhöhten Ethnozentrismus in der westdeutschen Jugend schließen.

Auffälliger als in Westdeutschland verläuft der Anstieg bei den jüngsten Kohorten in den neuen Bundesländern (Abbildungen 12, 13 und 14); hier liegt das Ethnozentrismus-Potenzial zwischen 25 und 35 Prozent (und liegt damit an der oberen Grenze der Untersuchungsergebnisse anderer Studien³⁶). Alle drei verwendeten Datengrundlagen für 1996 (ALLBUS), 1997 (DJI-JUGENDSURVEY 1997) und 1998 (FALTER/GABRIEL/RATTINGER 1998) kommen dabei zu einem ähnlichen Ergebnis³⁷.

Abbildung 12: Extremismus-Indikator für Ostdeutschland 1998



Quelle: eigene Berechnung nach FALTER/GABRIEL/RATTINGER 1998

Verbreitet ist bei den heute 16- bis 25-Jährigen im Osten Deutschlands, die ausländerfeindlich und nationalistisch eingestellt sind, die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Hier beträgt der „harte Kern“ schon 8 Prozent in der 90er-Kohorte und bei den noch Jüngeren etwa 20 Prozent (1998). Jedoch sind hier die Berechnungen mit dem DJI-Jugendsurvey 1997 (vgl. Abbildung 14) aufgrund der wesentlich höheren Fallzahlen aussagekräftiger. Dort beträgt der Anteil des „harten Kerns“ jeweils etwa 6 Prozent in dem größeren, ethnozentrisch eingestellten Umfeld von 22 Prozent bei den heute 21- bis 25-Jährigen bzw. von 28 Prozent bei den heute 16- bis 20-Jährigen³⁸.

Das ethnozentrische Potenzial in Ostdeutschland schwankt vergleichsweise stark zwischen den Generationen und lässt daher weniger stabile Einstellungen vermuten. Dieser Befund wird auch durch eine analoge Berechnung mit den ALLBUS-Daten von 1996 gestützt. Die Schwankungen weisen auf höhere Unentschiedenheit bei Erwachsenen in Ostdeutschland hin; diese scheinen einerseits offen für politisch extreme Forderungen, andererseits vielleicht noch durch entsprechende Politik-Angebote in gemäßigte Bahnen gelenkt werden zu können.

Bemerkenswert ist der Befund, dass sich im Vergleich der ostdeutschen zur westdeutschen Gesamtbevölkerung hinsichtlich des Ethnozentrismus nur geringe quantitative Unterschiede zeigen (20 % zu 18 %).

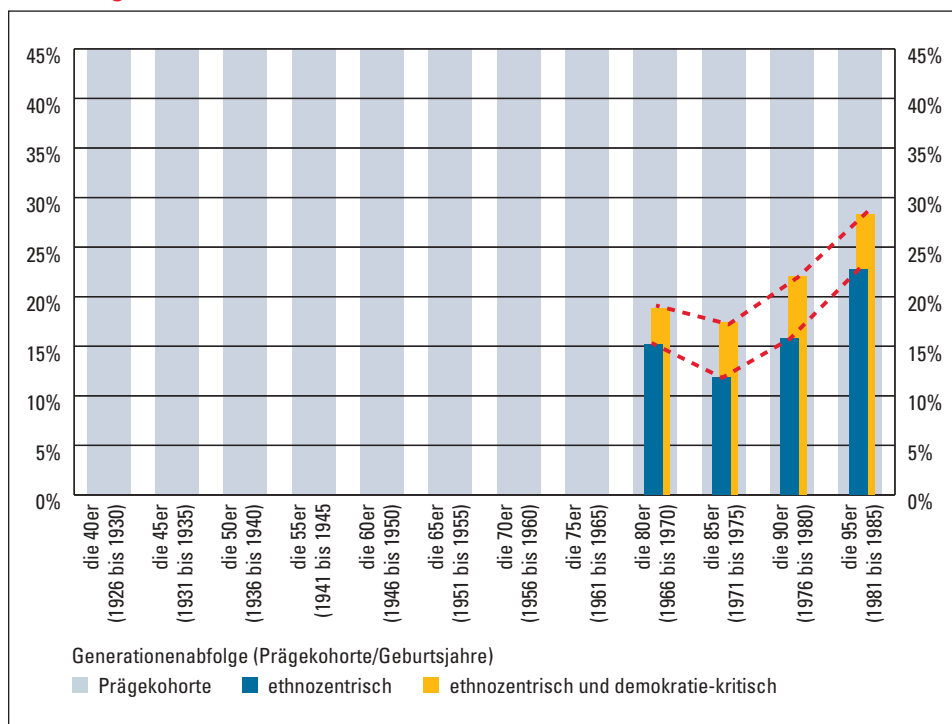
³⁵ Dieser Befund ist auf einem Niveau der Vertrauenswahrscheinlichkeit von 95 Prozent statistisch signifikant.

³⁶ Vgl. auch SCHERR 1996.

³⁷ Für die Jahre 1997 und 1998 sind die höheren Anteile bei der 90er- bzw. der 95er-Kohorte im Vergleich zu den vorhergehenden Kohorten der 80er bzw. der 85er als statistisch gesichert anzusehen (95 %-Niveau der Sicherheitswahrscheinlichkeit). Die Ausnahme bilden die Paar-Vergleiche zwischen der 90er- und der 80er-Kohorte in 1997 und zwischen der 95er- und der 80er-Kohorte für das Jahr 1998.

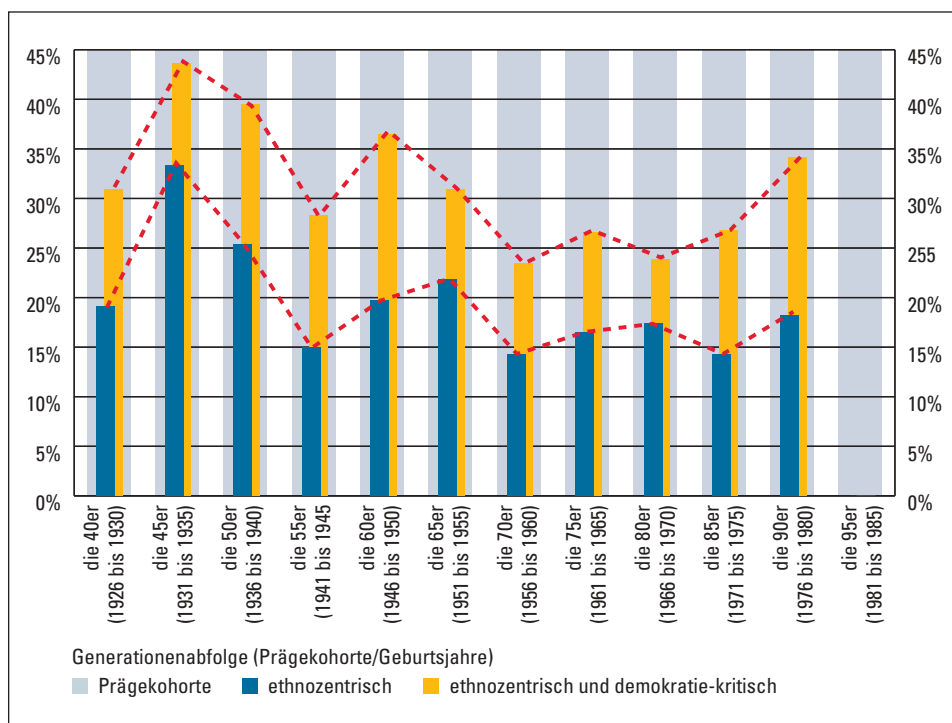
³⁸ Wie bisher gilt, dass die Prozentzahlen aufgrund der Unterschiedlichkeit der Itemformulierungen und Itemabfragen in den verwendeten Studien nicht ohne weiteres direkt vergleichbar sind. Vergleichbar sind jedoch die Generationenprofile, denn diese dürften sich auch in unterschiedlichen Abfragen wiederholen.

Abbildung 13: Extremismus-Indikator für Ostdeutschland 1997



Quelle: eigene Berechnung nach DJI-JUGENDSURVEY 1997

Abbildung 14: Extremismus-Indikator für Ostdeutschland 1996



Quelle: eigene Berechnung nach NACH ALLBUS 1996

Den eigentlichen Unterschied bilden tatsächlich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 25 Jahren in Ostdeutschland: Ihr Ethnozentrismus-Potenzial liegt im Vergleich zu ihren westdeutschen Altersgenossen um etwa 15 Prozentpunkte höher und ist mit rund 30 Prozent doppelt so hoch. Dies deckt sich mit den berichteten Befunden anderer Studien, die

ebenfalls große Differenzen zwischen den Landesteilen für die jüngeren Generationen ausmachen (vgl. Tabelle 6).

Die vorgestellten Befunde lassen den Schluss zu, dass das Ansteigen ausländerfeindlicher und rechtsextremer Straftaten (VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2000) vor dem Hintergrund ebenfalls höherer Ethnozentrismus-Potenziale bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sehen ist. Denn die Gewaltdelikte mit fremdenfeindlichem Hintergrund werden zum größten Teil durch jüngere Täter verübt, und besonders die 16- bis 25-Jährigen weisen auch die höchsten Anteile ethnozentrischer Einstellungen im Generationenzusammenhang auf (die älteren Jahrgänge der vor 1940 Geborenen ausgenommen). Die Statistiken des Bundesamtes für Verfassungsschutz spiegeln die Situation offensichtlich realistisch wider und sind keineswegs nur das Produkt höherer Sensibilisierung oder einer veränderten Bereitschaft, extremistische Straftaten anzudeuten, wie häufig angenommen wird.

4 Die Ursachen von Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit und Politikverdrossenheit unter Jugendlichen in Deutschland

Ein zentraler Befund der bisherigen Analysen ist der wesentlich höhere Anteil von Ethnozentrismus, aber auch der Unzufriedenheit mit der Demokratie unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. Ein besonderes Merkmal ist dabei die Ablehnung von Ausländern³⁹, insbesondere Asylbewerbern, die in allen Umfragen der letzten Jahre bei Ostdeutschen in dieser Altersgruppe übereinstimmend stets über 30 Prozent lag.

Die höheren Ausprägungen von Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit und Politikverdrossenheit in Ostdeutschland weisen dabei auf spezifische Bedingungen in den neuen Bundesländern hin. Die rechtsextremen bzw. ethnozentrischen Einstellungen auch bei jungen Westdeutschen hingegen verweisen möglicherweise auf gemeinsame Entstehungsbedingungen.

Die folgende Darstellung der Ursachenforschung zu Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit und Politikverdrossenheit sowie Rechtsextremismus beruht auf der Auswertung der umfangreichen Forschungsliteratur und zahlreicher empirischer Analysen aus Soziologie, Sozialpsychologie, Psychologie und Pädagogik. Im Literaturverzeichnis werden dabei nur Quellenverweise aufgeführt, soweit sie in der Expertise zitiert werden. Diese geben daher nur einen kleineren Teil der gesichteten und verwendeten Literatur wieder. Berücksichtigt wurden über 300 wissenschaftliche Publikationen. Zusätzlich wurden Recherchen in den internetbasierten Archiven größerer Tageszeitungen und Periodika (u.a. Der Spiegel, Die Zeit, FAZ, SZ, NZZ) durchgeführt.

Zunächst gehen wir in Abschnitt 4.1 auf die *Kohortenthese* einer besonderen Prägung Jugendlicher ein, die den gesellschaftlichen Umbruch von 1990 in einer schwierigen Phase ihrer Identitätsbildung im Alter von 10 bis 14 Jahren erlebten, und stellen die Analogie zu den Auswirkungen sozialer Krisensituationen auf Jugendliche aufgrund veränderter Familienkonstellationen und Rollenübernahmen her, wie sie für Familien in den USA nach der Weltwirtschaftskrise 1929 nachgewiesen werden konnten (ELDER 1974). Dabei gehen wir auf den besonderen Stellenwert der Arbeit in der ehemaligen DDR ein, um die Folgen der ökonomischen und politischen Veränderungen nach 1990 zu kontrastieren. Wenig beachtet wurde bislang die direkte *Weitergabe politischer Orientierungen über Generationen*. Wir beziehen in Abschnitt 4.2 daher die Analysen demokratiekritischer, ethnozentrischer und rechtsextremer Einstellungen im Generationenzusammenhang aus den Kapiteln 2 und 3 mit ein und ziehen empirische Belege heran,

³⁹ Dieser Sprachgebrauch wird auch hier verwendet, obwohl sich hinter dem Terminus „Ausländerfeindlichkeit“ eher die Bedeutung von Fremdenfeindlichkeit verbirgt. Überdies richtet sich die sogenannte Ausländerfeindlichkeit nicht gegen alle Ausländer, sondern vorwiegend gegen Menschen, die bereits äußerlich als Fremde zu erkennen sind, bzw. gegen Angehörige bestimmter Nationalitäten, gegen die eine tradierte Aversion besteht (zum Beispiel polnischer oder russischer Herkunft). Dazu gehört auch die Gruppe der als „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Scheinasylanten“ stigmatisierten Ausländer. ROMMELSPACHER (1993) weist darauf hin, dass es eine enge Korrelation zwischen Akzeptanz und (angenommener) wirtschaftlicher bzw. kultureller „Wichtigkeit“ oder „Mächtigkeit“ eines Landes bzw. einer Nationalität gibt (z. B. US-Amerikaner, die in Umfragen stets unter den

beliebtesten Nationalitäten rangieren – soweit sie nicht „farbig“ sind). Der Term „Ausländerfeindlichkeit“ wird hier beibehalten, weil sich die Daten, die den empirischen Analysen in den Kapiteln 2, 3 und 5 zugrunde liegen, explizit auf Einstellungen zu Ausländern beziehen.

⁴⁰ Definiert als Einkommseinbußen von mehr als 34 Prozent zwischen 1929 und 1933.

die auf die Übertragung rechtsextremer Einstellungen seitens der in der NS-Zeit geprägten Großeltern-Generation auf die Enkel-Generation hindeuten. Auf der Autoritarismus-Forschung aufbauend und diese weiterführend, werden in Abschnitt 4.3 *problematische Eltern-Kind-Beziehungen* hinsichtlich der Entstehung autoritär-unterwürfiger bzw. autoritär-aggressiver Dispositionen behandelt, die in engem Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen stehen. In Abschnitt 4.4 wenden wir uns den Folgen sozialer und ökonomischer Veränderungsprozesse zu, die im Rahmen der *Individualisierungsthese* für moderne Gesellschaften prognostiziert werden. Soziale Desintegration durch geschwächte Solidarbeziehungen in Familien, durch institutionelle Deregulierungen und durch den Wertewandel hin zu Selbstverwirklichung gilt als eine der Ursachen für Orientierungslosigkeit und Anomie (Normlosigkeit), so dass soziale Bindungskräfte abgebaut und durch entfesselten Individualismus und Konkurrenzdenken ersetzt werden. Wer zusätzlich soziale und wirtschaftliche Abstiegsprozesse durchlaufen oder antizipiert hat und sich im Vergleich mit anderen Gruppen und Schichten *relativer Deprivation* ausgesetzt sieht (Abschnitt 4.5), macht dafür häufig Politiker, die Parteien und sogar das gesamte demokratische System verantwortlich. *Unzufriedenheit mit der Demokratie* und antidemokratische Haltungen verbinden sich dann mit autoritären, fremdenfeindlichen und nationalistischen Dispositionen, die sich in der Bereitschaft zur Wahl politisch extremer Parteien oder auch in Selbstjustiz äußern können (vgl. Abschnitt 4.6). Gewalt und Aggression entladen sich unter anderem gegen Asylbewerber, denen „handgreiflich klargemacht werden soll, dass sie in ihr Land zurückkehren sollen“, und verweisen auf situationsspezifische und regionale Bedingungen. Fremdenfeindliche Gewalt wird dabei zum größten Teil im Gruppenkontext verübt. Das deutet besonders in Ostdeutschland auf den Wunsch vieler Jugendlicher nach Zugehörigkeit zu einer Clique hin und offenbart das *Fehlen von Kollektiverfahrungen* nach Wegfall der DDR-typischen Jugendorganisationen. Argumentiert wird in Abschnitt 4.7 mit der strukturellen Analogie einiger Forderungen der „neuen Rechten“ zur ehemaligen SED-Programmatik, etwa nach Abschaffung des Kapitalismus oder nach (Volks)Solidarität (vgl. VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2000 zur NPD). Der offen propagierte Kampfbegriff der „NAPO“, der Nationalen AußerParlamentarischen Opposition, ist nicht zufällig an die 68er-Bewegung angelehnt und steht möglicherweise für eine neue *soziale Bewegung der extremen Rechten*.

4.1 Die Kohorten-These: Die Anfälligkeit der Wende-Generation für extreme Einstellungen

In dem begrifflichen Rahmen der Lebensverlaufsforschung lassen sich die Auswirkungen gesellschaftlicher Veränderung als *Periodeneffekt* (etwa zunehmende Ausländerfeindlichkeit über alle Altersgruppen) bzw. als *Kohorteneffekt* (so die besondere und dauerhafte Ausprägung von Ausländerfeindlichkeit bei bestimmten Altersgruppen) fassen, denn ein historisches Ereignis (wie der Zusammenbruch der DDR und die Wiedervereinigung) trifft die Individuen zu jeweils unterschiedlichen Zeitpunkten in ihrem Lebensverlauf an. Damit wird der historische Umbruch je nach Kohortenlagerung (life-stage-principle, vgl. ELDER/CASPI 1990) unterschiedlich erfahren. Kumulierte Erfahrungsbestände als eine Funktion der Zeit, und damit der Kohortenzugehörigkeit wie auch des biologischen Alters, führen zu unterschiedlichen Fähigkeiten, mit einschneidenden Lebensereignissen umzugehen.

In Studien über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den USA („Children of the Great Depression“, 1974) und vor allem im Kohortenvergleich (der Jahrgänge 1920 und 1928) hat GLEN ELDER gezeigt, wie in Abhängigkeit von Schichtzugehörigkeit, Geschlecht und psychischen Ressourcen Arbeitslosigkeit und Verluste in der relativen Einkommensposition⁴⁰ an die nächste Generation „weitergegeben“ und lebenslang bearbeitet wurden. Dabei spielten unter anderem veränderte familiäre Beziehungskonstellationen wie etwa die geschlechts- und altersspezifische Verantwortungsübernahme der Kinder bei Erwerbslosigkeit eines oder beider

Elternteile und die Vorbildwirkung der Eltern unter Bedingungen der Arbeitslosigkeit dann eine Rolle, wenn sie in einen bestimmten biographischen Lebensabschnitt der Kinder fielen. Innerhalb eines bestimmten Zeitfensters, das wir in unseren Analysen als Prägephase beschrieben haben und die Altersspanne von 10 bis 14 Jahren umfasst, werden gegebenenfalls Prägungen erworben, die einen lebenslangen Einfluss beispielsweise auf politische Orientierungen und Selbstwertgefühl ausüben können.

Lässt sich die Umbruchsituation zur Zeit der Weltwirtschaftskrise von 1929 in den USA mit dem „Experiment Wiedervereinigung“ (GIESEN/LEGGEWIE 1991) vergleichen? Wie wahrscheinlich ist eine besondere Prägung jüngerer Generationen im Verlauf des einschneidenden Wandels?

Um sich diesen Fragen zu nähern, muss man auf die Situation in der DDR vor der „Wende“ eingehen: Die DDR war eine Arbeits- und Arbeitergesellschaft im umfassenden Sinne. Dafür spricht zum einen der hohe Arbeiteranteil, der nach offiziellen Angaben stets über 50 Prozent⁴¹ lag; dafür spricht auch die hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen (ca. 90%)⁴², wobei Kindertagesstätten und Hortplätze für die Kinder berufstätiger Mütter den Mehrbedarf an Arbeitskräften strukturell absicherten. Ferner war die Erziehung zur „sozialistischen Persönlichkeit“ durch Arbeit programmatisch. Arbeit hatte explizit eine Vergesellschaftungsfunktion: Sie sollte stets „sozialistisch“ ausgeübt werden. Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ war der Werkstätige als Typus des „neuen“ Menschen die Speerspitze im „Klassenkampf“.

Der Betrieb war dabei nicht nur Ort der Produktion, sondern auch Versorgungsinstanz und Ort der Kommunikation; er bündelte neben der Arbeit vielfältige Funktionen, die von der Kinderbetreuung über kulturelle Aktivitäten bis zu betriebseigenen Erholungseinrichtungen reichten („Betriebsbindung der Werkstätigen“): „Die soziale Landkarte der DDR war eher durch Betriebe als durch Wohnorte zusammengesetzt“ (KOHLI 1994, S. 43). Diese Kollektiverfahrung scheint ihre Spuren hinterlassen zu haben. Begriffe wie „Nestwärme“ oder Solidarität werden zitiert, um die zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb des Betriebs zu charakterisieren, die nicht an den Werkstoren endeten. Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit, niedrige Mieten und verbilligte Fürsorgeleistungen schafften ein geruhames Klima der materiellen Grundversorgung, die der Staat garantiert und für die er in Gewähr genommen wird („Versorgungsmentalität“).

Die Kehrseite wird als „drastische Reduktion sozialer und wirtschaftlicher Dynamik“ (HÜBNER 1994, S. 178) beschrieben. Weitere Kosten des Regimes fallen mit der „Psychologie des realen Sozialismus“ an: „In der Anpassung an die herrschenden Verkehrsformen fördern autoritäre Systeme die Entwicklung autoritärer Persönlichkeiten“ (SCHMITZ 1995, S. 21). Ähnlich impliziert der Begriff der „Herrschaft des Monosubjektes“ (BRIE 1990) die Ent-Subjektivierung der Individuen im Sozialismus. Mit anderen Worten: die monopolistische Machtkonzentration nötigt den Menschen Gefügigkeit und Unterordnung ab, die durch offene und verdeckte Repression der oppositionellen Gegenformierung durch die Organe der Staatssicherheit noch verstärkt wird. Das Fehlen einer Gegenöffentlichkeit fällt stark ins Gewicht: „Strukturell waren bereits die Chancen ... zur Ausprägung und Artikulation von Interessen ... begrenzt“ (ADLER 1991, S. 158).

Aus dem abgenötigten Bekenntnis zum Sozialismus und dem sichtbaren Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit entsteht „... das Bedürfnis einer vom Kollektiv nochmals abgeschotteten, sorgsam gehüteten Binnenwelt: der Nische, die ... implizit vor allem innerhalb der Familienbeziehungen zu vermuten ist“ (DIEWALD 1995, S. 232). So ergibt sich das Bild des DDR-typischen *Doppelcharakters*, der dauerhaften Differenzierung zwischen Öffentlichkeit und dem Rückzug ins Private.

Vor dem Hintergrund dieser Situation in der DDR führten die Veränderungen nach der Wende zu einer Art „Transformationsschock“, also zu Orientierungslosigkeit und Verhaltensunsicherheit. Die schnelle Einführung der Marktwirtschaft, das Entstehen eines Arbeitsmarktes, das neue Rechtssystem, die neuen föderalen Strukturen und andere Regelungen sollten zwar Sicherheit und Übersichtlichkeit garantieren. Jedoch: Mit dem raschen Institutionentransfer

⁴¹ P. HÜBNER weist darauf hin, dass der hohe Arbeiteranteil auch statistisch „erwünscht“ war, da auch Angestellten-Berufe teilweise mitzählten. So dürfte der reale Anteil der Arbeiterschaft etwas über 30 % gelegen haben (HÜBNER 1994).

⁴² Wobei diese zusätzlich bedingt wurde durch den geringen Automatisierungsgrad und damit den hohen Handarbeitsbedarf der ostdeutschen Industrie, den Arbeitskräfteverlust in Folge des Zweiten Weltkrieges einschließlich Demontage von Industrieanlagen durch die sowjetische Besatzungsmacht und nicht zuletzt die hohe Abwanderungsrate von Facharbeitern und Hochqualifizierten bis zum Bau der Mauer (vgl. HÜBNER 1994).

konnte die Akzeptanz und Einübung durch die individuellen Akteure nicht Schritt halten. Denn es wäre falsch, die „neuen Institutionen ... als ausgefüllte, für je bestimmte Handlungsbereiche klar definierte resp. festsitzende Regelwerke zu begreifen“ (KOLLMORGEN 1994, S. 390). Thematisiert werden müsse vielmehr „die normative Rückkopplung derselben an Lebensweltstrukturen, Weltbilder und ... Mentalitäten“ (ebd.). So wird auch das Tempo der Wiedervereinigung dafür verantwortlich gemacht, dass sich Ostdeutsche weiterhin in ihre „Nischen“ zurückzogen. Problematisch wird die „bloße Angliederung der DDR an die BRD, die möglicherweise zur Apathie beiträgt und endogene Entwicklungspotenziale verschüttet“ (ZAPF 1994).

Massiver Arbeitsplatzabbau, De-Industrialisierung und verschärfte weltweite Konkurrenz um Güter und Kapital widersprechen zudem optimistischen Erwartungen an eine rasche Gesundung der ostdeutschen Wirtschaft. Trotz Institutionentransfer und Transfermilliarden für den sozialverträglichen Umbau der Ökonomie äußern sich Unmut und Orientierungslosigkeit (nicht nur) im Beitrittsgebiet als „psychosoziale Kosten der Einheit“ (SCHMITZ 1995). Der Import westlicher Steuerungsinstrumente und westlicher Eliten (in der Privatwirtschaft wie den öffentlichen Institutionen) wird von vielen als „Kolonisierung“ gewertet, die Umverteilung von Finanzmitteln von West nach Ost – als Solidarbeitrag bezeichnet – macht in den Augen vieler Ostdeutscher die kollektive Ungleichheit nur noch deutlicher.

Vor diesem Hintergrund lässt sich eine doppelte Belastung der Ostdeutschen durch den Bruch mit der DDR-Gesellschaft und durch den „Schock“ der Vereinigung festhalten.

Für die Jahrgänge der heute 21- bis 25-jährigen Ostdeutschen (der „90er“-Prägekohorte) scheint das Zusammentreffen der schwierigen Phase der Pubertät bzw. Adoleszenz mit dem „kritischen Ereignis“ der Wende eine große Rolle gespielt zu haben. Probleme der Identitätsfindung bei jungen Menschen treffen in dieser Phase auf zuvor unbekannte eigene Arbeitslosigkeitsrisiken und Zukunftsängste. Diese Situation wird bei vielen durch den Verlust elterlicher Unterstützung und Orientierungshilfe noch verschärft, denn die Biographien der Eltern wurden durch die Wiedervereinigung und die damit notwendigen, nicht nur beruflichen Umorientierungen ebenfalls in Frage gestellt. Besonders die zur Wende etwa 50-Jährigen, die den längsten Teil ihres Lebens in der DDR verbracht hatten, hatten die größten Probleme, mit den veränderten Anforderungen zurecht zu kommen. Sie waren einerseits zu jung für Vorruhestandsregelungen, andererseits zu alt für eine neue berufliche Existenz (DIEWALD/SOLGA 1994). Für die vormals zu großen Teilen erwerbstätigen Mütter war die Wiedervereinigung oftmals gleichbedeutend mit dem Gang in die Arbeitslosigkeit.

Es ist wahrscheinlich, dass sich die vereinigungsbedingten Änderungen in familiäre Beziehungskonstellationen hinein auswirkten, die ähnlich den entwicklungsabhängigen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren (ELDER 1974) heranwachsende Jugendliche dauerhaft prägten. Die genauen Mechanismen der Herausbildung fremdenfeindlicher und ethnozentrischer Einstellungen durch veränderte Rollen und Verantwortlichkeiten im Familien- oder Haushaltskontext sind jedoch noch unklar. Da der gewalttätige Extremismus in den neuen Bundesländern ein vorwiegend „männliches“ Phänomen ist, könnte es zu einer „Ver-Männlichung“ als Reaktion auf die Aufweichung der Geschlechterrollen gekommen sein. War die DDR-Sozialisation hinsichtlich ihrer programmatischen Gleichstellungspolitik nur solange erfolgreich, wie sie konkurrenzlos und durch repressive Einforderung durchgesetzt werden konnte? (vgl. EISENBERG/GRONEMEYER 1993, S. 58ff.). Wenig erforscht sind bislang auch die Mutter-Sohn- bzw. Mutter-Tochter-Beziehungen bei der Herausbildung politischer Orientierungen.

Zusätzlich kann aufgestaute Unzufriedenheit der Eltern bei der jüngeren Generation fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungen motivieren, die sich dann unter Umständen *stellvertretend* in Hass und Gewalttätigkeit manifestieren. So scheinen ostdeutsche (männliche) Jugendliche denn auch auf eine von den Eltern berichtete verschlechterte ökonomische Situation der Familie mit stärkerer Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen zu reagieren (vgl. KRACKE et al. 1993). Weitere Erklärungsansätze beziehen sich auf den direkten Transfer poli-

tischer Einstellungen zwischen den Generationen sowie die veränderte Beziehungsqualität und das Binnenklima in den Familien. Diese Ansätze werden in den beiden folgenden Abschnitten 4.2 und 4.3 behandelt.

Wie unsere eigenen Analysen zeigen (vgl. Kapitel 2), sprechen für die „Kohorten-These“ die eindeutig höheren ethnozentrischen, politisch rechtsgerichteten und rechtsextremen Potenziale bei der sogenannten „90er“-Generation⁴³ (den heute 21- bis 25-Jährigen), wenn man sie im Generationenzusammenhang mit anderen Kohorten vergleicht. Die Sonderstellung dieser Kohorte bleibt über mehrere Zeitpunkte hin stabil⁴⁴.

Auch bei der Befürwortung nicht genehmigter Demonstrationen, der Beschädigung von Eigentum und der Gewalt gegen Personen scheint die Altersgruppe der zur „Wende“ 10- bis 14-Jährigen eine kohortentypische Prägung aufzuweisen (vgl. WATTS 1996). Beispielsweise fällt die Befürwortung nicht genehmigter Demonstrationen für die jeweils 13- bis 14-jährigen ostdeutschen Jugendlichen zwischen 1991 und 1996 stark ab (von 19 % auf 11 %), jedoch behalten die 1996 um fünf Jahre älteren, dann 18- bis 20-Jährigen ihre überdurchschnittlich hohe Zustimmung im Vergleich zu den 1991 damals 18- bis 20-Jährigen bei (25 % zu 21 %) und durchbrechen dergestalt den kohorten-übergreifenden Trend zu einer verminderten Befürwortung dieser Form politischer Partizipation. Die Stabilität der Befürwortung bei der 90er-Kohorte spiegelt wahrscheinlich eine kohortentypische Erfahrung der Wendezeit mit ihren Großkundgebungen in ostdeutschen Städten wider, die zum Zusammenbruch der ehemaligen DDR erheblich beigetragen haben.

Eine kohortentypische Prägung dieser Altersgruppe wird jedoch erst nachweisbar, wenn auch im Verlauf der nächsten Jahre und Jahrzehnte entsprechende Einstellungen weitgehend stabil bleiben. Unklar ist auch, ob sich fremdenfeindliche und nationalistische Potenziale ausschließlich durch den Verlauf der Transformation Ostdeutschlands herausbildeten oder bereits in der DDR vorhanden waren und dann erst ab dem Jahr 1990 „freigesetzt“ und verstärkt wurden.

Schon für 1988 ist Sympathie für nationalsozialistisches Gedankengut unter Jugendlichen in der damaligen DDR belegt (SCHUBARTH/SCHMIDT 1992). Andere Untersuchungen, die bereits 1989 oder kurz nach der Wiedervereinigung 1990 durchgeführt wurden (vgl. KRACKE et al. 1993, WATTS 1997), fanden bei ostdeutschen Jugendlichen im Vergleich zu Gleichaltrigen in Westdeutschland eine höhere Ablehnung von Ausländern. Berichtet werden auch Ressentiments gegenüber DDR-Vertragsarbeitern (etwa aus Angola oder Vietnam), deren augenfällige Privilegierung beim Erwerb ansonsten schwer erhältlicher Konsumartikel („Abkäufe“) Missmut in der Bevölkerung erzeugte. Hinsichtlich der Verhinderung antisemitischer Ressentiments scheint die DDR-Sozialisation indes partiell erfolgreich gewesen zu sein (vgl. BERGMANN/ERB 2000). Biographische Interviews belegen im Übrigen, dass die „zu beobachtende Fremdenfeindlichkeit nicht Bestandteil eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes“ (ebd., S. 124) war.

Den auch in der DDR vorhandenen Skin-Gruppierungen und der Hooligan-Szene⁴⁵ waren hinsichtlich offener Gewalttätigkeit gegenüber bestimmten Fremdgruppen durch polizeiliche Überwachung und repressives Vorgehen der Behörden enge Grenzen gesetzt. Skinheads und Hooligans standen in Opposition zu dem als „links“ wahrgenommenen DDR-Regime und setzten auf Provokation, wobei Auseinandersetzungen mit der Staatssicherheit an der Tagesordnung waren: eine „Verlaufskurvenentwicklung von Provokation, reaktiver Etikettierung bzw. Ausgrenzung und schließlich verstärkter Provokation“ (BOHNSACK et al. 1995, S. 192) im Rahmen von „Stereotypen kollektiver Zugehörigkeit“ (ebd., S. 203) zum Beispiel zur deutschen Nation. Denn auch die Deutsche Demokratische Republik hatte eine ausgeprägt nationale Identität. Die DDR-Bürger waren nicht nur stolz auf ihre wirtschaftlich führende Rolle unter den ehemaligen Warschauer-Vertragsstaaten, sondern fühlten sich auch als die „besseren Deutschen“ in einer „klassenlosen Gesellschaft“ mit Arbeits- und Entfaltungsmöglichkeiten für jedermann.

Erst die Wiedervereinigung führte bei einigen dieser Gruppierungen zu stärker nationalistisch gefärbten Einstellungen, die in der Woge der Begeisterung über die nationale Einheit nicht besonders auffielen und plötzlich mehrheitsfähig waren („Wir sind ein Volk“).

⁴³ In der Literatur wird auch von einer „Wende“- oder „89er“-Generation gesprochen (vgl. LEGGEWIE 1995; BOEHNKE et al. 1991).

⁴⁴ Diese Sonderstellung wird durch hier nicht dargestellte statistische Analysen ebenfalls bestätigt. Es handelt sich um multivariate logistische Regressionen, die verschiedene Determinanten (Bedingungsfaktoren) der „Ethnozentrismus“-Potenziale in der Bevölkerung von 16 bis 70 Jahren getrennt nach Ost- und Westdeutschland für 1998 überprüfen. Da sich die vorliegende Expertise vorrangig mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen befasst, wird auf die Darstellung der Analyse für die Gesamtbevölkerung verzichtet.

⁴⁵ Es wird von etwa 1000 Skinheads und einer weiteren, etwa 15000 mehr oder weniger gewaltbereite Individuen umfassenden „Szene“ ausgegangen (vgl. SÜß 1993, WAGNER 2000 und persönliche Mitteilung).

⁴⁶ Diese Befunde gehen auf eine Studie in zwei Großstädten (Mannheim und Leipzig) zurück. Aufgrund ihrer geringen Fallzahl lassen sich diese Ergebnisse nicht ohne weiteres generalisieren.

Wir gehen angesichts der Befunde davon aus, dass fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungen unter Jugendlichen schon in der ehemaligen DDR vorhanden waren und durch den Umbruch verstärkt und offen bekundet werden konnten. Der Zugewinn an persönlicher Freiheit bedeutete gleichzeitig das Aufweichen der rigiden staatlichen Kontrolle, was dem Ausbrechen fremdenfeindlicher Gewalttaten nach der Wende Vorschub leistete.

Zudem dürfte von einer kohortentypischen Prägung hinsichtlich ethnozentrischer und rechtsextremer Einstellungen zumindest bei den heute 21- bis 25-Jährigen auszugehen sein. Die noch größeren Potenziale bei den heute 16- bis 20-Jährigen deuten auf eine kulturelle Verfestigung in bestimmten Regionen der neuen Bundesländer hin, die sich unter ähnlichen strukturellen Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und fehlender gesellschaftlicher Orientierung vollzieht, wie sie auch für die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung typisch waren, so dass die jetzt heranwachsende Generation möglicherweise ebenfalls kohortentypisch geprägt sein wird. Extreme Einstellungen könnten in diesen Altersgruppen über viele Jahre selbst unter verbesserten strukturellen Bedingungen erhalten bleiben und die bundesrepublikanische Gesellschaft auf lange Dauer herausfordern.

4.2 Der generationale Transfer extremer Einstellungen

Im vorigen Abschnitt standen die Auswirkungen gesellschaftlicher Umwälzungen auf politische Orientierungen im Vordergrund, sofern sie durch veränderte Beziehungskonstellationen und Rollenzuschreibungen im Familienkontext bzw. im Haushalt ausgeprägt wurden. Die *direkte* Vermittlung (Transmission) ethnozentrischer und politisch extremer Einstellungen zwischen den Generationen und innerhalb der Familien bzw. Haushalte ist ebenfalls denkbar. Gespräche über Politik, Kommunikationshäufigkeit und elterliche Vorbilder scheinen die politische Meinungsbildung der Kinder zu beeinflussen.

Für die Gültigkeit der Transmissionsthese gibt es Belege, die in Abhängigkeit von der wahrgenommenen intrafamilialen Verbundenheit (auf gegenseitigem Respekt und Reziprozität beruhenden Eltern-Kind-Beziehungen) Übereinstimmungen zwischen den politischen Orientierungen der Eltern und ihren jugendlichen Kindern feststellen. Bei hoher Verbundenheit sind diese Zusammenhänge zwischen ostdeutschen Müttern bzw. westdeutschen Vätern und ihren Kindern im Alter von 15 Jahren nachgewiesen. Ein Klima der gegenseitigen Verbundenheit in den Familien scheint dabei ausländerfeindlichen und national-autoritären Einstellungen der Jugendlichen entgegenzuwirken (KRACKE et al. 1993, S. 985)⁴⁶. Aber auch bei ausländerfeindlich eingestellten westdeutschen Berufsschülerinnen und Berufsschülern wurde der starke Einfluss des familiären Klimas belegt (BACHER 1999). Somit scheint die intrafamiliale Beziehungsqualität den Transfer politischer Orientierungen zu begünstigen. Noch im Dunkeln liegt, ob das Geschlecht der jugendlichen Kinder dabei eine Rolle spielt, wie das Bildungsniveau und der berufliche Status der Eltern den Mechanismus der Weitergabe zwischen den Generationen beeinflussen und ob biographische Einschnitte wie Arbeitslosigkeit oder Scheidung auf diesen Transfer einwirken.

In Westdeutschland treten ethnozentrische Einstellungen in der Generation der heute 40- bis 55-Jährigen, den Eltern der heute 16 bis 25 Jahre alten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, vergleichsweise weniger häufig auf als bei Älteren (vgl. Abbildungen 9 und 10). Insofern lässt sich für ethnozentrisch eingestellte und rechtsorientierte Jugendliche der generationale Transfer eher von ihren Großeltern erwarten, die aufgrund ihrer Prägung in der Zeit des Nationalsozialismus chauvinistische Ressentiments erworben haben.

Hierzu gibt es in der Tat empirische Belege. Eine Untersuchung bei westdeutschen Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren aus dem Jahre 1984 kommt zu dem Ergebnis, dass „aktiv rechtsextreme“ Jugendliche wesentlich häufiger als der Durchschnitt der Befragten angaben, dass „ehemalige Nationalsozialisten“ bzw. hoch dekorierte Kriegsveteranen im persönlichen Bekanntenkreis verkehren oder verkehrten (NOELLE-NEUMANN/RING 1984, S. 158). Die Annahme

einer „personelle(n) Kontinuität eines Teils der nationalsozialistischen und rechtsextremen Subkultur in der Bundesrepublik“ (HOPF/HOPF 1997, S. 144) wird durch neuere Daten ebenfalls gestützt. 14- bis 19-jährige Jugendliche aus vier Bundesländern (Brandenburg, Thüringen, Schleswig-Holstein und Bayern), die sich selbst als „rechts“ einstufen, gaben doppelt so häufig als der Durchschnitt der Befragten an, dass ihre Großeltern in der Zeit des Nationalsozialismus Mitglied der NSDAP bzw. der SS waren (FRINDTE 1999, S. 151).

Auch für die DDR wurde hohe Übereinstimmung politischer Einstellungen zwischen den Generationen nachgewiesen. Hinsichtlich der DDR-Identifikation waren die Jugendlichen um so kritischer, je kritischer auch die Eltern waren. Dies war ebenfalls von der Qualität der Eltern-Kind-Beziehungen, insbesondere der Kommunikationshäufigkeit, abhängig (vgl. KRACKE et al. 1993, S. 976).

Insbesondere bei ostdeutschen Jugendlichen im Alter von heute 16 bis 20 Jahren könnte ein direkter generationaler Transfer bei der Ausbildung ausländerfeindlicher und nationalistischer Einstellungen eine Rolle spielen, denn sie haben die DDR ja nur in ihrer frühen Kindheit erlebt. Für diese Altersgruppe greifen Annahmen zu kurz, die die Ursachen für das Entstehen ethnozentrischer und extremistischer Einstellungen in den Sozialisationsbedingungen der ehemaligen DDR verorten⁴⁷.

Wie aus den Analysen in den Kapiteln 2 und 3 hervorgeht, sind ethnozentrische Einstellungen bei der Eltern-Generation der heute 16- bis 25-jährigen ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwar häufig nachweisbar, scheinen jedoch instabiler als in der Generation der Großeltern ausgeprägt zu sein. Dies spricht für eine gewisse Orientierungslosigkeit bei den Eltern, die jedoch zunehmend durch eindeutige ethnozentrische Orientierungen bei den Jüngeren abgelöst wird. Somit sind auch Generationenkonflikte nicht auszuschließen, denn die Eltern-Generation in Ostdeutschland repräsentiert in den Augen der Jugendlichen den untergegangenen DDR-Sozialismus und dessen Wertmaßstäbe, die nicht mehr als Vorbild herangezogen werden⁴⁸.

Neben dem Erwerb politisch extremer Einstellungen in einer Kultur „national befreiter Zonen“ in manchen Regionen Ostdeutschlands, die zudem infolge der Wiedervereinigung von struktureller Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind (vgl. WAGNER 2000), neben den Vorbildern der älteren Geschwister und Freundescliquen und neben dem politischen Diskurs um Nationalstolz und Leitkultur sollte man folglich im Auge behalten, dass politisch extremes Gedankengut nach wie vor auch über Generationen weitergegeben werden kann.

4.3 Die Autoritarismus-These

Neben die direkte generationale Weitergabe politischer Orientierungen sowie durch den Einfluss veränderter Rollenkonstellationen in Familien (vgl. Abschnitte 4.1 und 4.2) kann die indirekte, über Erziehungsstil oder Beziehungsqualität vermittelte Sozialisation entsprechender Einstellungen treten. Denn die Transmission politischer Einstellungen hängt, wie im letzten Abschnitt ausgeführt wurde, auch von der gegenseitigen Verbundenheit zwischen den Generationen ab. Wie lässt sich die Genese fremdenfeindlicher und nationalistischer Einstellungen durch familiäre Sozialisationsbedingungen erklären?

Autoritarismus gilt seit den wegweisenden Studien von ADORNO und seinen Mitarbeitern („Die Autoritäre Persönlichkeit“, 1950) als ein konstitutives Element bei rechtsextrem eingestellten Personen. Verantwortlich für die Herausbildung autoritärer Aggression und autoritärer Unterwürfigkeit ist der intrapsychische Prozess der Eltern-Idealisierung. Zu einer autoritären Idealisierung gehört die Verdrängung konflikthafter Erfahrungen mit dem Vater. Dieser Typus der Idealisierung kann je nach Entwicklungsbedingungen zu autoritärer Unterwürfigkeit oder zu autoritärer Dominanz führen.

In Weiterentwicklung der Theorie der Autoritären Persönlichkeit schlägt C. HOPF (1995) vor, das Konzept der Bindungsrepräsentation (BOWLBY 1969) heranzuziehen, wonach in der frühen

⁴⁷ Jedoch besuchten diese Jugendlichen als Kleinkinder größtenteils Kinderhorte und -krippen der DDR, die nach Meinung mancher Autoren für deformierende Persönlichkeitsentwicklungen verantwortlich waren und auf die lebensgeschichtlich sehr frühe Entstehung aufgestauter Aggressionen hinweisen (vgl. MAAZ 1990, HOPF et al. 1999).

⁴⁸ Eine Regionalstudie in Sachsen bei über 3000 Jugendlichen der 9. bis 12. Klassen weist auf signifikant häufigere „Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Politik“ zwischen Eltern und deren rechtsextrem eingestellten Kindern im Vergleich zu rechts-extreme Orientierungen ablehnenden Jugendlichen hin (vgl. POLLMER 1997).

Kindheit geprägte „working models“ der subjektiven Repräsentation von Beziehungserfahrungen mit Eltern und bedeutsamen Anderen „auch noch für die Erwachsenen von Bedeutung sind“ (HOPF et al. 1995, S. 109). Insbesondere hinsichtlich der subjektiven Verarbeitung von Konflikten mit dem Vater unterscheidet C. HOPF zunächst die als *abwehrend-bagatellisierend* beschriebene Repräsentation früher Bindungserfahrungen. Die abwehrend-bagatellisierende Repräsentation unterscheidet sich vom Typus der sicheren Bindungsrepräsentation durch Erinnerungsarmut an kindliche Erfahrungen mit den Eltern, durch eine unbewusste „Normalisierung“ oder Beschönigung beeinträchtigender Kindheitserfahrungen oder aber durch Abwertung der emotionalen Erfahrungen mit den Eltern oder der Eltern selbst. Ferner unterscheidet C. HOPF die „*verstrickte* Bindungsrepräsentation“, bei der die Kinder geringe Distanz zu noch bestehenden, nicht gelösten Konflikten haben. Diese Kinder werden übermäßig von den ungelösten Konflikten in Anspruch genommen, wobei sie mit der schwelenden Auseinandersetzung entweder kämpferisch und von Wut und Ärger angetrieben oder aber weitgehend passiv umgehen (HOPF 1995, S. 119).

Im Kontext abwehrend-bagatellisierender Bindungserfahrungen (HOPF 1995) kann sich bei Jugendlichen mangelnde Unterstützung und Gefühllosigkeit des Vaters in aggressiv-unterwürdigem Verhalten ausdrücken, das sich in Gewalt gegen Schwächere entladen kann. Dieser Typus „entspricht dem klassischen Bild des Radfahrers“, wobei es um eine „spezifische Form der Verschiebung“ (HOPF 1995, S. 134) von Gefühlen von dem übermächtigen, jedoch als Bindungsfigur abgewerteten Vater auf Unterlegene, insbesondere Angehörige von Minderheiten und Randgruppen, als Aggressionsobjekte handelt.

Der Typus der verstrickten Bindungsrepräsentation lässt sich als „Radfahrer ohne Unterwerfung“ charakterisieren, wobei die „rechtsextreme Aggressionsbereitschaft“ eher als Fortsetzung denn als Ersatz der Auseinandersetzung mit den Eltern verstanden werden kann (HOPF 1995, S. 149). In der Forschungsliteratur wird die Entstehung aggressiv-autoritärer bzw. unterwürdig-autoritärer Charakterzüge im Kontext eines kalten und emotionslosen Binnenklimas in den Familien angenommen. Ob emotionale „Kälte“ oder fehlende Unterstützung und Anteilnahme für das Entstehen des autoritären Charakters ausschlaggebend sind, darüber gehen die Auffassungen auseinander (vgl. OESTERREICH 2000).

Autoritär-unterwürfige Einstellungen stehen häufig mit ethnozentrischen Haltungen und fremdenfeindlichen Ressentiments in Zusammenhang (vgl. SCHMIDT/HEYDER 2000). Besonders an der Frage, ob Ostdeutsche häufiger autoritär bzw. autoritär-aggressiv sind als Westdeutsche, entzündet sich die Kontroverse um die Ursachen des aufflammenden gewalttätigen Extremismus in den neuen Bundesländern. Ist dies ein Erbe der ehemaligen DDR? Oder spielen der Umbruch und der Systemwechsel zu einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft die ausschlaggebende Rolle?

Nach der These der „Psychologie des realen Sozialismus“ hat der paternalistische Versorgungsstaat in der DDR die Entmündigung der Subjekte betrieben und autoritär-unterwürfige Persönlichkeiten hervorgebracht (SCHMITZ 1995). Da diese repressiven und autoritären staatlichen Strukturen nach der Wende weggebrochen sind, müssten entsprechende Einstellungen bei Jugendlichen über Generationen sozial vererbt worden oder durch den gesellschaftlichen Umbruch bedingt sein.

Denn zum direkten Transfer autoritärer Einstellungen, die im Einklang mit der „Psychologie des realen Sozialismus“ in der ehemaligen DDR bei der Elterngeneration ausgeprägt und dann an ihre Kinder sozial vererbt wurden, kommt die Veränderung der familiären Beziehungskonstellation im Zuge der Wiedervereinigung, die Folgen für das Binnenklima in den Familien haben dürfte, hinzu. Beim Übergang zur sozialen Marktwirtschaft 1989/1990 geht denn auch die elterliche Unterstützung in Situationen mit kindlichen Handlungsschwierigkeiten deutlich zurück. So nehmen Verhaltensweisen wie Trösten, Loben oder Optimierungsvorschläge für kindliches Problemlösen bei Müttern und Vätern unter den Belastungen der Nachwendezeit ab, wie empirische Untersuchungen zu den Sozialisationsverhältnissen in Ostdeutschland zeigen (STURZBECHER 1991).

Somit wäre anzunehmen, dass in ostdeutschen Familien autoritär-unterwürfige Eltern ebenfalls autoritäre Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen befördern. Konflikthafte Bindungserfahrungen dürften bei der Herausbildung autoritärer und fremdenfeindlicher Einstellungen zwar in Ost- und Westdeutschland eine Rolle spielen, jedoch müssten sich diese unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern häufiger finden lassen.

Einerseits lässt sich die DDR-Erbchaftsthese und die soziale Vererbung von autoritären Einstellungen der im Sozialismus geprägten Eltern auf ihre Kinder belegen, da der „disziplinierte Gehorsam der Autorität gegenüber“ unter ostdeutschen Jugendlichen weitaus häufiger als unter westdeutschen Jugendlichen Zustimmung erhält (29,8 % zu 19 %, vgl. LEDERER/KINDERVATER 1995, S. 176)⁴⁹.

Andererseits scheinen Effekte der Wiedervereinigung, die Unsicherheiten und Zukunftssängste besonders bei Ostdeutschen entstehen ließ, ebenfalls belegbar. Das wird durch die doppelt so große Zustimmung unter ostdeutschen Jugendlichen zur Frage, ob „wir wieder einen starken Führer haben sollten, der Deutschland mit einer starken Hand regiert“ (WATTS 1997, S. 95), deutlich. Die Differenz beträgt dabei neun Prozentpunkte (17 % Ost zu 8 % West). Auch die Daten des DJI-Jugendsurvey 1997 (vgl. GILLE/KRÜGER 2000, S. 221) bestätigen dies bei ostdeutschen Jugendlichen. Sie stimmten zu 42 Prozent gegenüber 27 Prozent ihrer westdeutschen Altersgenossen der Aussage zu: „Ich bin gegen eine Diktatur, aber eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen.“ Diese Daten lassen die empfundene Unsicherheit und Unordnung erkennen, die wohl zu einem Teil der Enttäuschung über die Ausgestaltung der Wiedervereinigung geschuldet sein dürfte.

4.4 Sozialpsychologische Erklärungsmodelle: Individualisierung und Modernisierung als Prozesse psychologischer Destabilisierung

In den vorausgehenden Abschnitten haben wir Plausibilitätsannahmen über die Entstehung und Weitergabe fremdenfeindlicher und ethnozentrischer Einstellungen innerhalb des Familien- bzw. Generationenzusammenhangs dargestellt. Dabei wurde auf die Verarbeitung gesellschaftlicher Umbrüche in der Familie, die direkte Weitergabe extremer Einstellungen und problematische Eltern-Kind-Beziehungen abgestellt. Die sogenannte Kohorten-These ausgeprägt ethnozentrischer Orientierungen der „90er“-Kohorte (der zur Zeit der Wende 10- bis 14-Jährigen) spielte eine besondere Rolle.

Eine weitere, sozialpsychologische These macht den gesellschaftlichen Prozess der Individualisierung für das Entstehen rechtsextremer und autoritärer Einstellungen unter Jugendlichen verantwortlich. Diese Auffassung stellt keine alternative Theorie zu dem in Weiterentwicklung der Theorie der „Autoritären Persönlichkeit“ von Adorno und anderen entwickelten oben beschriebenen Konzept der Bindungsrepräsentation (HOPF 1995) dar. Vielmehr ist von verschiedenen, gleichzeitig ablaufenden Prozessen auszugehen.

Die Individualisierungsthese (BECK 1986) versteht sich als soziale Theorie mittlerer Reichweite und bezieht sich auf gesellschaftliche Entwicklungen, die in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen stattfinden. Sie behauptet, dass als „Kennzeichen der Moderne“ die Bindungsfähigkeit der Kernfamilie selbst geschwächt und damit der Werte-Transfer unterbunden wird. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die große Zahl von Scheidungen, die Zunahme unvollständiger Kernfamilien (alleinerziehende Mütter), durch den zunehmenden Anteil der Ein-Kind-Familien und vor allem durch die Präferenz von Selbstverwirklichung gegenüber Solidarität der familiale Verbund nicht mehr stark und intensiv genug sei, um Erziehungsaufgaben der Wertesozialisation und Charakterbildung hinreichend zu erfüllen. Diese werden seitens der Eltern nicht mehr als befriedigende und verpflichtende Aufgaben wahrgenommen.

⁴⁹ Eine andere, 1991 bzw. 1993 unter West- und Ostberliner Jugendlichen durchgeführte Untersuchung, die den Vorteil aufweist, autoritäre Einstellungen wesentlich differenzierter zu erheben, kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass es zwischen Ost- und Westberlin keine Unterschiede gibt (OESTERREICH 1993, S. 186). Ein Vergleich zwischen den beiden Teilen Berlins im Jahre 1990 zeigt dagegen: „Mehr als doppelt so viele Ost-Berliner als West-Berliner sind hoch autoritär“ (SCHÖBEL 1997, S. 113).

Die Gründe dafür liegen in der Auflösung traditionaler „Milieus“, dem Zerfall sozialer Bindungen und dem Aufweichen von Solidarität im Übergang zur Moderne. Auslösendes Moment ist die zunehmende Differenzierung in modernen Gesellschaften, das heißt die zunehmende Arbeitsteilung. Die Ablösung der traditionellen Gemeinschaften („mechanische Solidarität“ in Clans, Ständen oder Milieus) durch die fortschreitende Arbeitsteilung als Integrationsmodus („organische Solidarität“) war noch für DURKHEIM (1977, S. 444) der Garant für gesellschaftliche „Bändigung“, der den „Egoismus mäßigt und ihn moralisch macht“, weil durch die Teilung der Arbeit sich „der Mensch seiner Abhängigkeit gegenüber der Gesellschaft bewusst (wird)“.

In der Moderne dagegen wird das Tempo des Wandels, die zu „weit getriebene“ Arbeitsteilung, dafür haftbar gemacht, dass „die Gesellschaft nicht ... soviel inneren Zusammenhalt aufweist, um alle ihre Mitglieder in Abhängigkeit zu erhalten ..., dass die gestörte und geschwächte Gesellschaft es zulassen muss, dass eine große Zahl ihrer Mitglieder weitgehend ihrem Einfluss entgeht“ (ebd., S. 294). Dies bezeichnet Durkheim als Anomie. Wenn in ökonomischen Krisen größere Teile der Bevölkerung aus diesem Abhängigkeitsverhältnis durch längerfristige, strukturelle Arbeitslosigkeit herausfallen, bedeutet das Desintegration durch Nicht-Teilhabe an der Gesellschaft, die sich zudem vorwiegend über „Erfolg“ definiert. Nun werden die aus traditionellen Abhängigkeitsverhältnissen (auch religiöser Natur) freigesetzten Individuen nicht nur über ihre Position im Beschäftigungssystem wieder gesellschaftlich „eingefangen“, sondern im Zuge der (einfachen) Moderne durch die „Standardisierung des Lebenslaufs“ integriert. Nach dem Zerfall überkommener Bindungen übernehmen institutionelle Regelungen die vormals religiösen, ständischen oder milieuhaften Orientierungsleistungen und „setzen am Individuum“ (Kohli 1985) an. Vor allem staatliche Anreizstrukturen wirken auf die individuelle Gestaltungsmacht und binden die Individuen wieder in verlässliche und berechenbare Lebensverläufe ein und sorgen dadurch für soziale Integration. Jedoch, und das stellt eine der aktuellen Gegenwartsprognosen dar, im Verlauf der sogenannten „zweiten“ oder „reflexiven“ Moderne kommt es zu einer „De-Standardisierung“ der Lebensverläufe. Die institutionellen Steuerungsmechanismen greifen aufgrund der ökonomischen Verwerfungen nur mehr eingeschränkt. Aber auch durch den „Aufforderungscharakter“, den „Zwang zur Freiheit“, durch das „Sichselbst-Herausheben-Müssen“ als Individuum, wenn „das verbale Lob der Freiheit sich in Taten und Alltag (verwandelt) und damit die Grundlagen des bisherigen Zusammenlebens in Frage (stellt)“ (BECK 1997, S. 11), kann Freiheit „ein hässliches Gesicht“ annehmen: „Die Geburtsstunde des hässlichen Citizen“ (ebd., S. 25).

Infolge zunehmender individueller Freiheit, durch sich abschwächende institutionelle Regulierungen, die mit der Aufforderung verbunden sind, die Lebensplanung selbst in die Hand zu nehmen, kommt es nach der Individualisierungsthese zu einem sich verschärfenden *Werte-Konflikt* und nicht – wie kulturkritisch oft behauptet wird – zum Werte-Verfall. Die zunehmende „Unübersichtlichkeit“ (HABERMAS), der „Verlust der Eindeutigkeit“ (BECK) in einer pluralen Welt begründen – so die Diagnose – fehlende Orientierung und zunehmende soziale Unsicherheit, die in dem Versuch, neue Sicherheit zu gewinnen, unter Umständen bei (rechts)-extremen Ideologien Halt suchen, die eine „starke Hand“ propagieren, die Ordnung und Sicherheit zu bringen vorgeben und programmatisch mit der kulturellen Vielfalt „aufräumen“ wollen. Aufgrund der Diskreditierung kommunistischer bzw. sozialistischer Ordnungsvorstellungen bleibt dann *scheinbar* nur die „rechte“ Alternative übrig.

Soziale Desintegration gilt auch als wichtige Erklärung fremdenfeindlicher Gewaltakte. Gewalt wird als Übersprungshandlung bei „überwältigender Verunsicherung“ (vgl. HEITMEYER et al. 1995) vor allem infolge *familiärer Desintegration* erklärt, die sich im Fehlen gemeinsam geteilter Zeit zwischen Eltern und Kindern oder in fehlender emotionaler Zuwendung sowie lediglich leistungsabhängiger oder willkürlicher Unterstützung äußert. Insbesondere die zunehmenden und sich in den zwischenmenschlichen Bereich ausdehnenden Konkurrenzverhältnisse,

das „Säurebad der Konkurrenz“ (BECK), zerstören oder erschweren den stabilen und verlässlichen Aufbau solidarischer Beziehungen, auch in den Gruppen von Gleichaltrigen. Behauptet wird somit eine Ausdehnung der Funktionslogik des wirtschaftlichen Systems auf andere gesellschaftliche Bereiche bis in die Familien hinein. Die Beziehungsqualität in den Familien wird verstärkt der „kapitalistischen Verwertungslogik“ unterworfen, die instrumentell ausgerichtete, flexible und labile „Bündnisse“ zwischen Individuen erzeugt und eine bedingungslose und fundamentale Akzeptanz des Gegenübers ablöst (vgl. EISENBERG/GRONEMEYER 1993). Zusätzlich können der dauerhafte Ausschluss aus dem beruflichen Leben und die vergebliche Suche nach einem Ausbildungsplatz, oder aber schulische Überforderung und der Sinnverlust schulischen Lernens den Jugendlichen den Boden unter den Füßen entziehen, ihnen ihre „Basis-sicherheit“ nehmen (berufliche und bildungsspezifische Desintegration).

Dieser Erklärungsansatz ist weit verbreitet, jedoch sind die empirischen Belege für die Gültigkeit des Ansatzes nicht eindeutig: Zwar finden Heitmeyer und andere tatsächlich *erhöhte Verunsicherung* bei auffällig gewordenen Gewalttätern (bei „Gewalt gegen Menschen“, vgl. COLLMANN 1995), die unter ost- und westdeutschen Jugendlichen gleichermaßen ausgeprägt ist, besonders bei männlichen Personen. Erhöhte Verunsicherung kann aus der fehlenden Unterstützung durch Familie und Freunde, dem Abbruch der Schulausbildung oder den Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, resultieren (vgl. CONRADS 1995). Analysen der Gerichtsakten von Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund zeigen indes, dass nur ein Teil der Täter aus zerrütteten Familien kommt oder schulische bzw. berufliche Probleme hatte: „Es bestätigt sich also keineswegs das Bild der Öffentlichkeit vom Prototyp eines fremdenfeindlichen Gewalttäters, der weder schulisch noch beruflich integriert ist“ (WILLEMS/ECKERT/WÜRTZ/STEINMETZ 1993, S. 171). In einer Tätertypologie (Mitläufer, Schläger, Ethnozentristen, Rechtsextreme) finden sich lediglich bei dem Typus der (kriminellen) „Schläger“ häufiger berufliche Probleme. Hinsichtlich der formalen Vollständigkeit der Herkunftsfamilien rechtsextremistischer motivierter Gewalttäter gibt es wenig Hinweise auf vorwiegend unvollständige Familien, wobei ostdeutsche jugendliche Täter sogar überproportional aus (formal) vollständigen Familien stammten (vgl. Müller 1997). Im Übrigen sind vielfältige Familien-Konstellationen auch in der damaligen DDR keineswegs die Ausnahme gewesen: 20 Prozent unvollständige Familien und 31 Prozent geschiedene Ehen verweisen auf gleichartige Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands schon vor der Wiedervereinigung (vgl. KRAUSE 1991, S. 90).

Die Bedingung der „formalen“ Integration ist also nicht hinreichend. Das wird auch von HEITMEYER (1992, S. 10) selbst bestätigt: Es „zeigte sich nun, dass die Jugendlichen, die (scheinbar) sozial und beruflich über den Einstieg in einen Ausbildungsplatz integriert waren, überraschenderweise z. T. ausgeprägtere fremdenfeindliche Positionen vertraten ...“⁵⁰.

Behauptet wird zusätzlich die „Korrespondenz“ instrumenteller Arbeitsorientierungen (nur auf materielle Ziele gerichtete Erwerbsarbeit) und politischer Orientierungen. Erst die Kombination aus sicherer Erwerbsbiographie *und* sinnvoller, ausfüllender Tätigkeit unterbricht eine Kette der „analogisierenden“ Übertragung bzw. Umformung rein instrumenteller Arbeitsorientierungen und entsprechender Erfahrungen: So wird mangelnde Mitbestimmung in der Arbeitsgestaltung in Ablehnung der Demokratie auf Gesellschaftsebene übertragen⁵¹. Harte Konkurrenz und hohe Leistungsanforderungen am Arbeitsplatz werden in die Ablehnung von Ausländern oder Asylbewerbern „ideologisch“ übersetzt (vgl. HEITMEYER 1992, S. 474ff.).

Auch bei arbeitslosen Jugendlichen herrschen vorwiegend instrumentelle Arbeitsorientierungen vor (Roth 1989). Jugendarbeitslosigkeit geht zudem häufig mit dogmatisch-autoritären Einstellungen einher (die Forderung nach einer „einzigen starken Partei“), die sich mit dem Ausmaß empfundener *Unübersichtlichkeit* („man weiß angesichts der verbreiteten Unordnung nicht mehr, wo man eigentlich steht“) und *Haltlosigkeit* („man findet bei der Schnelllebigkeit kaum noch einen Orientierungspunkt, an den man sich halten kann“) verstärken und als Prädiktor für die Entstehung von Ethnozentrismus gelten (vgl. SCHMIDT/HEYDER 2000).

⁵⁰ Zu ähnlichen Ergebnissen kommen HELD/HORN (1990).

⁵¹ Dieser Gedanke ist nicht neu: Ursprünglich schon bei Marx angelegt, erfährt die sogenannte *Generalisierungsthese* bei KOHN/SCHOOLER (1983) ihre empirische Bestätigung. Auch für Ostdeutschland wurde deren Gültigkeit nachgewiesen (vgl. BROMBA 1999).

Orientierungslosigkeit als individuelles Korrelat sozialer Verwerfungen im Sinne von DURKHEIMS Konzept der Anomie scheint unter den anhaltenden Bedingungen struktureller Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit besonders die ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu belasten. Jedoch gilt für die Jugendlichen in Deutschland insgesamt, dass sie sich im Zeichen verschärfender weltweiter Konkurrenz um Kapital und Ideen bewähren müssen. Sichere Erwartungen an ihre berufliche Zukunft können sie nur noch schwer ausbilden, wenn Qualifikationen im rapiden technologischen Wandel schnell veralten oder überhaupt nicht mehr nachgefragt werden.

Wenn instabile gesellschaftliche Bedingungen in einer Phase der jugendlichen Identitätsfindung, die nach Erwartungssicherheit und Orientierungspunkten verlangt, das Aufwachsen behindern, werden dauerhafte Orientierungen an Werten wie Prosozialität und Reziprozität unwahrscheinlicher. Instrumentell und kurzfristig angelegtes Handeln wird dagegen wahrscheinlicher, das sich des „Ellenbogens“ bedient und individuelle Durchsetzungsfähigkeit auf Kosten anderer verlangt. Der zusätzliche Verlust familialer Verbundenheit und Geborgenheit bei vielen Jugendlichen führt dazu, dass Normen des gewaltlosen Zusammenlebens nicht mehr erlernt und letztlich ausgehöhlt werden.

4.5 Relative Deprivation als Entstehungsbedingung extremer Einstellungen

Im vorherigen Abschnitt wurden die sozialpsychologischen Auswirkungen von Individualisierungsprozessen dargestellt. Im Kontext der Individualisierungsthese kommt es bei den „Kindern der Freiheit“ (BECK 1997) häufig zu Orientierungslosigkeit und unsicheren Zukunftserwartungen. Wenn allgemeine Normen zunehmend an Akzeptanz und Eindeutigkeit einbüßen, werden Normen der Prosozialität und Toleranz ebenfalls weniger verbindlich. Wenn der Übergang zwischen Ausbildungssystem und dem Berufsleben für Teile der Jugendlichen zusätzlich erschwert wird und erworbene Qualifikationen durch den sozialen und technologischen Wandel ihren Wert schnell verlieren, ersetzen Konkurrenzdenken und individuelle Durchsetzungsfähigkeit die Orientierung an solidarischem Handeln.

Benachteiligungen (Deprivationen) durch niedrige Bildung und Berufsstatus werden daher zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen herangezogen: „Je benachteiligter und beschränkter die soziale Lage ... von Jugendlichen ist, desto eher tendieren sie zu rechtsextremen Einstellungen, zu Ausländerfeindlichkeit und zu Gewaltbereitschaft“ (HOPF 1994, S. 195).

Denn niedrige Ausbildungsabschlüsse und unterbrochene oder dequalifizierende Erwerbsverläufe führen zu wenig sinnhaft-erfüllenden, lediglich instrumentellen Arbeitsorientierungen und Erfahrungen in unterprivilegierten Arbeitsverhältnissen. Dem gegenüber scheint „längere und bessere Ausbildung zu einer stärkeren normativen Sozialisierung, das heißt zur Übernahme der zentralen Werte der demokratischen Kultur, zu denen Toleranz gegenüber ethnischen Gruppen gehört, (zu führen), andererseits zum Aufbau größerer kognitiver Fähigkeiten, was wiederum die Zuflucht zu vereinfachten, inflexiblen Wahrnehmungsschemata ... vermindern dürfte“ (BERGMANN/ERB 2000, S. 415).

Auch der Herkunftsstatus der Eltern steht – möglicherweise vermittelt durch mangelnde Bildungsaspirationen – in Zusammenhang mit ausländerfeindlichen Einstellungen bei Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland (HOPF 1994) und verweist auf schichtspezifische Benachteiligungen, die sozial weitergegeben werden.

Benachteiligungen können auch im Vergleich zu anderen Gruppen und Schichten wahrgenommen werden. Dabei verdeutlicht sich die eigene Lage erst durch den Vergleich mit anderen, vermeintlich besser gestellten Gruppen (*relative Deprivation*). Oft werden diese für die wahrgenommene Ungleichheit sogar verantwortlich gemacht. Dazu gehört die Vorstellung, dass Zuwanderer und Asylbewerber bei der Verteilung materieller Ressourcen bevorzugt werden

(vgl. ECKERT 1998). Für das Vorhandensein entsprechender Wahrnehmungen sprechen Daten des DJI-Jugendsurvey 1997, wonach 44 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ostdeutschland der Aussage zustimmen, dass „viele Ausländer hier zu Unrecht staatliche Unterstützung beziehen“. In Westdeutschland beträgt die Zustimmung zu diesem Statement immerhin noch 33 Prozent.

In Ostdeutschland kommt nach der Wiedervereinigung häufig das Gefühl hinzu, Bürger „zweiter Klasse“ zu sein, das heißt im Vergleich mit westdeutschen Verhältnissen kollektiver Deprivation ausgesetzt zu sein, nicht nur bei der Angleichung der Lebensbedingungen („ungleicher Lohn für gleiche Arbeit“). Die Tatsache, dass die Ostdeutschen nach der Wende einen höheren Lebensstandard als zu DDR-Zeiten genießen, fällt dagegen in der subjektiven Wahrnehmung weniger ins Gewicht. So geben Jugendliche und junge Erwachsene zu 70 Prozent der Aussage ihre Zustimmung, dass „Westdeutsche die Ostdeutschen als Menschen 2. Klasse behandeln“ (KLEINERT/KRÜGER 2000, S. 139).

Gegen die Annahme individueller oder kollektiver Deprivation wird eingewandt, dass Deprivationserfahrungen unterschiedlich verarbeitet werden können und nicht zwangsläufig in extremen Einstellungen bzw. Gewaltakten münden. Überhaupt erscheinen Erklärungsmodelle, die Radikalisierung oder Gewaltausübung als „Ventil“ für wahrgenommene Ungerechtigkeit, Benachteiligung oder Unzufriedenheit begreifen („Dampfkessel“- bzw. Frustrations-Aggressions-Modelle), als zu einfach (vgl. POLLMER 1997), denn sie vernachlässigen die situationsspezifischen und lokalen Bedingungen bei der Entstehung von Gewalt (vgl. WILLEMS/WÜRTZ/ECKERT 1998) und blenden Unterschiede der kognitiven Kompetenzen bei der Bewältigung selbstwertbelastender Probleme aus.

Gegen die Annahme relativer (ökonomischer) Deprivation als dem hauptsächlichen Faktor bei der Entstehung ausländerfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen sprechen auch empirische Befunde bei rechtsextremen Jugendlichen in Ostdeutschland, die heute über ein „verbessertes Leben“ im Vergleich zur Zeit vor der „Wende“ berichten (vgl. POLLMER 1997, S. 302). Auch ökonomische Abstiegsprozesse in den Elternhäusern können überwiegend nicht für die Hinwendung zu rechtsextremen Einstellungen verantwortlich gemacht werden, wie Regionalstudien in Brandenburg belegen: Es „ist zu konstatieren, dass es ihnen (den Eltern rechtsextremer und ausländerfeindlicher Jugendlicher, d. Verf.) ... aber trotzdem finanziell besser geht als anderen“ (HINSCH/LANGNER 1997, S. 160). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Langzeit-Untersuchung in einem thüringischen Landkreis, die festhält, dass „nicht Benachteiligte, insbesondere in materieller Hinsicht, anfälliger waren für Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern die finanziell und sozial eher Bevorzugten“ (URBAN et al. 1997, S. 20).

Ökonomische Abstiegsprozesse scheinen daher nicht die entscheidende Rolle bei der Entstehung von ethnozentrischen und rechtsextremen Einstellungen zu spielen. Jedoch sind durch den erhöhten Druck auf Jugendliche und junge Erwachsene, lebenslang zu lernen, umzulernen und ihre Fähigkeiten erneut unter Beweis zu stellen, in Zukunft zunehmende soziale Ungleichheiten zu erwarten. Bildungsabhängige relative Benachteiligungen können die Folge sein.

4.6 Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus

Im vorangegangenen Abschnitt wurde dem Zusammenhang zwischen politischen Orientierungen und absoluter bzw. relativer Deprivation nachgegangen. Dabei stellt relative Deprivation die Wahrnehmung eines Statusverlusts im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen dar. Häufig verbindet sich Angst vor Statusverlust oder befürchtetem „sozialen Abseits“ im Verlauf der Modernisierung („Zwei-Drittel-Gesellschaft“) mit zunehmender *Entfremdung vom politischen System*. Den etablierten Parteien und Politikern wird immer weniger Problemlösungskompetenz zugeschrieben und das „Misstrauen ausgesprochen“ (vgl. HENNIG 1994). Denn Unzufriedenheit und empfundene Benachteiligungen werden im normalen Vollzug der Demokratie zuerst durch

⁵² *Neuere Erhebungen geben den Anteil an rechtsextrem eingestellten (wahlberechtigten) Befragten innerhalb des Wählerpotenzials rechtsextremer Parteien mit jeweils 35 Prozent in Ost- und Westdeutschland an (sogenannte „Gesinnungswähler“), der Anteil der „Politikverdrossenen“ (aber nicht rechts-extremen „Protestwähler“) an diesem Wählerpotenzial wird mit 43 Prozent im Osten und 32 Prozent im Westen angegeben (vgl. STÖSS/NIEDERMAYER 1998).*

⁵³ *Immaterielle Unzufriedenheit (zum Beispiel mit gesellschaftlichen Partizipationschancen) und höherer Bildungsgrad charakterisieren dagegen das eher linke Spektrum („GRÜNEN“-Wähler) bei ansonsten vergleichbar ausgeprägter Kritik am politischen System insgesamt (vgl. HENNIG 1994).*

⁵⁴ *Eine Untersuchung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 29 Jahren auf der Basis des DJI-Jugendsurveys 1997 stellt ohne Differenzierung nach Bildung und Berufsstatus keinen Zusammenhang zwischen der Befürwortung „einer starken Hand, die mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen müsste“ und Demokratie-Performanz bzw. Systemzufriedenheit, also der aktuellen Bewertung des politischen Systems, fest (vgl. GILLE/KRÜGER/DE RIJKE 2000, S. 227).*

die politischen Entscheidungsträger als Steuerungsinstanz artikuliert und verhandelt. Unter der Bedingung einer vorrangig an Leistungsangeboten orientierten Erwartungshaltung gegenüber der Demokratie („Die Demokratie erfreut sich einer Wertschätzung – mit ausgestreckter Hand“, WILDENMANN 1989, S. 57) gerät das politische System mit seinen Repräsentanten dann in Gefahr des Legitimationsverlustes, wenn ökonomische Krisen auf das Versagen der etablierten Politik, zum Beispiel bei der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, zurückgeführt werden. Dem Autoritätsverlust des politischen Establishments wird die Forderung nach einer „starken Partei“ entgegengesetzt und gesellschaftliche Macht verstärkt emotionalisiert. OESTERREICH (1997, S. 261) bezeichnet dies als „autoritäre Reaktion“: „In Situationen, die als beängstigend erlebt werden, ... orientiert sich (das Individuum) an Menschen oder Institutionen, die in der Lage zu sein scheinen, Schutz, Sicherheit und Orientierungshilfe zu bieten“.

Das wird durch Analysen der Wählerstruktur am Beispiel der REPublikaner deutlich: Während nur ein Fünftel der Wählerschaft der REPublikaner explizit dem rechtsextremen Lager⁵² zuzuordnen ist (vgl. HENNIG 1994, S. 343), artikuliert sich mehrheitlich „rebellischer Protest“ in einer „wenig differenzierten ... Totalablehnung“ (HENNIG) politischer Institutionen aufgrund vorwiegend materieller Unzufriedenheit bzw. der Sorge um die „öffentliche Ordnung“⁵³.

Fraglich ist, ob dieser „Protest ... nationale, autoritäre und ethnisch eingefärbte Einstellungen verschmilzt“ (HENNIG 1994, S. 345), also rechtsextreme Dispositionen voraussetzt, oder ob politische Unzufriedenheit selbst den „Nährboden für Rechtsextremismus“ bildet (ähnlich: ROMMELSPACHER 1993, BUTTERWEGGE 1995). Da sich „Rechts“-Wähler und Nicht-Wähler im Niveau der Unzufriedenheit mit dem demokratischen System ähnlich sind, müssen offenbar zusätzliche Bedingungen erfüllt werden, die eine Wahl der extremen Rechten motivieren.

Kausalanalysen legen nahe, dass sich die Wahlentscheidung für die REPublikaner nur indirekt durch rechtsextreme Einstellungen beschreiben lässt, diese wirken zwar „strukturierend“, geben die Asylthematik vor, jedoch erst die „wahrgenommene Kompetenz“ der REPublikaner in der Asylpolitik wirkt dann auf die tatsächliche Wahlentscheidung ein. Auch Politikverdrossenheit selbst als generalisierte Unzufriedenheit erklärt nicht unmittelbar das Wahlverhalten (vgl. KLEIN/FALTER 1996).

Eine neue Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Arbeitslosigkeit indirekt auf rechtsextreme Einstellungen einwirkt: „Sie kann dazu führen, dass die eigene Wirtschaftslage schlechter eingeschätzt wird, dass in Folge die Unzufriedenheit mit der Politik steigt und in weiterer Folge ausländerfeindliche und antisemitische Einstellungen verstärkt werden, die ihrerseits die Wahlabsicht für die REPublikaner erhöhen“ (BACHER 1999, S. 21).

Vorgeschlagen wurde, die „Koinzidenz von Rechtsextremismus, subjektiver Deprivation und Politikverdrossenheit ... durch den engen Zusammenhang von sozialem Status und Bildung“ zu erklären (KLEIN/FALTER 1996, S. 291). Arbeitslose Jugendliche mit niedrigerer Bildung geben in der Tat niedrigere Demokratiezufriedenheit an als vergleichbare arbeitslose Jugendliche mit höherem Bildungsstatus (vgl. ROTH 1989, S. 33). Denn politische „Entfremdung“, etwa als politische Einflusslosigkeit empfunden, hängt auch von politischem Desinteresse ab, das von niedriger Bildung beeinflusst wird (vgl. BECKMANN 1988). Untere Bildungsschichten mit Deprivationserfahrungen verbinden ihre politische Unzufriedenheit mit der Forderung nach einer „starken Hand“ und sind eher geneigt, „die Außerkraftsetzung demokratischer Entscheidungsstrukturen in Kauf zu nehmen“, wenn es beispielsweise um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit geht (ebd., S. 591)⁵⁴.

Der Zusammenhang zwischen mangelnden politischen Einflusschancen und Ausländerfeindlichkeit wurde jüngst bei ostdeutschen Jugendlichen bestätigt, aber „ideologische“ Begründungen, niedrigere Ausbildungsabschlüsse, eine politisch „rechte“ Einstellung und „Mitgliedschaft in einer Clique“ tragen mehr zur Erklärung von Ausländerfeindlichkeit bei (vgl. FRINDTE 1999).

Fraglich ist auch, ob sich diese brisante Mischung bei Jugendlichen vorwiegend „rebellisch“ äußert (als gegen das politische System gerichtete Aktivitäten, die die Demokratie selbst in Frage stellen, wie Gewaltakte gegenüber Ausländern, die per se antidemokratisch sind) oder

sich eher als Apathie niederschlägt (zum Beispiel durch Nicht-Wählen oder als „verdruckster Protest an der Wahlurne“, vgl. MÜHLBERG 2000). Empirische Untersuchungen weisen auf steigende Bereitschaft zu „außerparlamentarischen“ Formen der politischen Aktivität in den neunziger Jahren nicht nur bei dezidiert rechtsgerichteten Jugendlichen hin (vgl. HOFFMANN-LANGE 1996; Watts 1996), welche mit einer „rechtspopulistischen“ Gewaltbilligung („Asylanten handgreiflich klarmachen, dass sie in ihre Heimat zurückkehren sollen“) einhergehen können, die deutliche Züge von Selbstjustiz aufweist. Besonders unter ostdeutschen (männlichen) Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 bis 29 Jahren ist diese Form der Gewaltbilligung verbreitet (vgl. GAISER/DE RIJKE 2000, S. 296). Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die es in Ordnung finden oder es unter Umständen in Ordnung finden, „wenn man Asylanten handgreiflich klarmacht, dass sie in ihre Heimat zurückkehren sollen“, beträgt in Ostdeutschland 28 Prozent, in Westdeutschland dagegen 14 Prozent. Das Ausmaß der Zustimmung zu der Aussage, dass „man selbst für Ruhe und Ordnung sorgt, auch wenn dabei Gewalt notwendig sein könnte“, beträgt sogar 48 Prozent (Ost) bzw. 32 Prozent (West). Beide Dimensionen hängen eng zusammen (vgl. GAISER/DE RIJKE 2000, S. 299).

Wo die staatliche Ordnung scheinbar versagt und der Einfluß auf politische Entscheidungen als gering wahrgenommen wird, gilt Gewaltausübung im Dienste des eigenen Interesses als berechtigt. Dies entspricht der von Willems et al. so bezeichneten „illegitimen“ Erklärung der Ausländerfeindlichkeit, die besagt, dass Ausländer, insbesondere Asylanten, ein „wirkliches“ Problem darstellten, weil die aufnehmenden Gemeinden nicht ausreichend vorbereitet wurden bzw. weil mit Ausländern „schlechte“ Erfahrungen gemacht wurden (vgl. WILLEMS/WÜRTZ/ECKERT 1998). So äußert in einer repräsentativen Befragung der deutschsprachigen Wohnbevölkerung „die Hälfte der Befragten die Meinung, Ausländer provozierten durch ihr Verhalten selbst die Ausländerfeindlichkeit“ (FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG/POLIS 2000). Nimmt man Befunde hinzu, die bei einem Drittel der jüngeren Befragten von 13 bis 17 Jahren politische Entfremdung (kaum politisches Interesse, wenig Vertrauen in Parteien oder auch in Verfassungsorgane, kein politisches Engagement, vgl. PICKEL 1996) diagnostizieren⁵⁵, und die bei 40 Prozent (Ost) bzw. 25 Prozent (West) der 16- bis 29-Jährigen die Auffassung registrieren: „Ich bin gegen eine Diktatur, aber eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“, lässt sich vermuten, dass die wahrgenommene „Gefährdung der inneren Sicherheit“ und die Unzufriedenheit mit der etablierten Politik zum Beispiel in der Frage der Zuwanderung, insbesondere des Asylrechts, zunehmend auf die Straße getragen wird.

Politische Entfremdung wird dabei kaum eingeschränkt durch ein demokratisches Bewusstsein, das grundlegende Menschenrechte und Normen anerkennen würde. Unter „Demokratie“ wird lediglich eine Verfahrensregelung zur staatlich zu gewährleistenden materiellen Wohlfahrt verstanden⁵⁶.

4.7 Rechtsextreme Gewalt als Gruppenphänomen

Aus Analysen von Täterprofilen geht hervor, dass die zumeist jugendlichen Gewalttäter in der überwiegenden Anzahl männlich sind, zumeist niedrige Bildungsabschlüsse besitzen und – besonders in Ostdeutschland – aus eher kleinen Gemeinden und Orten stammen, in denen sie lokal integriert sind. Die überwiegende Anzahl der als fremdenfeindlich eingestuften Gewalttaten wird im Gruppen-Kontext verübt (94 %). Diese Befunde gehören zu den am besten abgesicherten Erkenntnissen der Forschung zum Rechtsextremismus (vgl. WILLEMS/WÜRTZ/ECKERT 1998).

Es wurde zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass Gewalt gegen Fremde „moralische Verwahrlosung“ und Missachtung von Grundrechten (wie dem Recht auf körperliche Unversehrtheit) bedeutet, dass jedoch aus der Sicht der an fremdenfeindlichen Gewalttaten beteiligten Jugendcliquen die Gewaltäußerung „vom Standpunkt der Gruppennorm folgerichtig ist“ und „ein beträchtlicher Zuwachs an Selbstachtung und Gruppenidentität auf der abschätzigen

⁵⁵ Zu weitgehend übereinstimmenden Ergebnissen kommt auch HOFFMANN-LANGE (1999). Sie gibt den Anteil an „politisch Entfremdeten“ bei den 16- bis 29-Jährigen in Ost- und Westdeutschland mit jeweils rund 40 Prozent an (Bevölkerung insgesamt: jeweils rund 36 %, Datenbasis von 1994). Dem politischen System, so wie es sich insgesamt darstellt, wird aber dennoch weitgehend vertraut bzw. dessen „Funktionieren“ wird nicht in Frage gestellt. Eine positivere Bewertung der aktuellen Demokratieperformanz geht vor allem von den 13- bis 17-Jährigen (Daten von 1996) aus, denn sie haben noch kein politisches Gewicht (zum Beispiel durch Wahlen auf Bundesebene). Die 18- bis 24-Jährigen bewerten das gesamte politische System eindeutig negativer, wohl aufgrund der Erfahrung mit den Möglichkeiten zur Partizipation („Erst- und Zweitwähler“-Defizit). Daher kann ein Alters- bzw. Lebenszykluseffekt in der Bewertung der Demokratieperformanz nicht ausgeschlossen werden.

⁵⁶ Daten des DJI-Jugendsurveys 1997 belegen den materialistisch bzw. „gemischt-materialistischen“ Charakter der sogenannten „rechtspopulistischen Gewaltbilligung“ unter 16- bis 29-Jährigen (vgl. GAISER/DE RIJKE 2000, S. 304).

⁵⁷ *Fast drei Viertel der gewaltbereiten und gewalttätigen Jugendlichen „fühlen sich wohl in gut organisierten Gruppen“ (gegenüber etwa 50 % der Jugendlichen insgesamt, vgl. Müller 1997). Auch in der Kultur der „Jugendgangs“, vorwiegend in Ballungsräumen, sind Belege zu finden, die auf Gegenstrategien zur wachsenden Isolation hindeuten.*

⁵⁸ *Daten des DJI-Jugendsurveys weisen einen Anstieg der Zustimmung zur „Idee des Sozialismus“ von 24 Prozent auf 52 Prozent zwischen 1992 und 1997 auf (16- bis 29-Jährige, vgl. GILLE/KRÜGER/DE RIJKE, 2000, S. 231), und zwar nicht „auf Kosten“ der Zustimmung zur „Idee der Demokratie“, sondern damit vereinbar, was auf den empfundenen Mangel an „Idealen“ oder Entwicklungsvorstellungen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft verweist.*

⁵⁹ *Vgl. die Ausführungen des Verfassungsschutzberichtes 2000 zur Programmatik der NPD.*

⁶⁰ *ROMMELSPACHER nennt das „Hinweisreize“, also die Bedingung, damit „Frustrationen“ (Unzufriedenheit, Deprivation) in gelenkte „Aggression“ gegen die gesellschaftlich definierten Fremdgruppen umschlagen: „Die Jugendlichen haben diese Botschaft verstanden und setzen sie mit ihren Mitteln um“ (1993, S. 54).*

⁶¹ *Die Zeitreihen von Gewalttaten gegen Ausländer, der Asylbewerberzahlen und veröffentlichter Artikel einer Tageszeitung zur Asylproblematik zwischen 1990 und 1994 entwickeln sich auf Monatsbasis nahezu parallel.*

Erniedrigung der Fremden beruht“ (ERB 1994, S. 123), das heißt für die Gruppenkohäsion funktional ist.

Der nicht nur bei Jugendlichen, die an fremdenfeindlichen Gewalttaten beteiligt sind, vorhandene Wunsch nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe⁵⁷ verweist auf den empfundenen Mangel an Zusammengehörigkeit, der besonders in Ostdeutschland nach dem Wegfall intermediärer Institutionen und Jugendorganisationen (Junge Pioniere, FDJ) bei jungen Menschen spürbar wird. Dem DDR-typischen „Kollektivgeist“ wird angesichts fehlender öffentlicher Artikulation der Verletzung des Gefühls eigener Würde und Stolzes häufig nachgetrauert, wie man die zunehmende Akzeptanz der „Idee des Sozialismus“ interpretieren könnte⁵⁸. Diesem Bedürfnis scheint besonders die NPD nachzukommen, wenn sie das Solidarprinzip, Volkssozialismus und die „Ablösung des kapitalistischen Systems“⁵⁹ auf ihre Fahnen schreibt. Nicht vergessen werden sollte, dass die Parolen der „neuen Rechten“ den Ostdeutschen vertraut klingen dürften. Sie sind den programmatischen Zielen des Staatssozialismus der ehemaligen DDR bis auf den Wortlaut ähnlich und fallen daher auf gut vorbereiteten Boden.

Adoleszenztypische Sinnsuche und Geborgenheitsverlust in marginalisierten Gemeinden in Ostdeutschland wenden sich mangels Alternativen (lokale Initiativen, Vereine) zu einer rechtsgerichteten Kultur, die durch Abwehr des Fremden und Überbewertung des Deutschseins zusammengehalten wird. Noch scheint „eine überwölbende Idee unerlässlich zu sein, ein von allen (mehr oder weniger) geteilter Gemeinschaftsmythos“ (MÜHLBERG 2000, S. 48), die Idee der Nation oder ein nationales Projekt. Dies kann einer der Gründe dafür sein, dass der jugendlichen Aggression, sofern sie sich gegen Fremdgruppen richtet, so wenig Widerstand seitens der Erwachsenen entgegengesetzt wird: Fremdenfeindliche Ressentiments und Nationalismus werden weithin geteilt, die bundesweiten Reaktionen auf jugendliche Gewalt kompensieren die eigene Sprachlosigkeit.

Diese Entwicklung wird offenbar angefeuert durch die Diskurse der aktuellen Politik über Leitkultur und Nationalstolz. Belegt ist die Wirkung der politischen Agenda im Falle der Asyldebatte, wobei Teile der öffentlichen Meinung die Asylbewerber als Gruppe erst „konstruieren“⁶⁰ und entsprechende Ressentiments wecken oder legitimieren: „Eine Analyse ... ergibt, dass die Asyldebatte einen deutlichen Effekt auf die Entwicklung rechtsradikaler Gewalt hatte, während der umgekehrte Effekt nicht signifikant war“ (vgl. KOOPMANS/RUCHT 1996, S. 282)⁶¹. Rechtsradikale Gewalt scheint daher auch durch die politisch instrumentalisierte und angeheizte Diskussion um das Asylrecht ausgelöst und verstärkt zu werden, während entsprechende Gewalttaten nicht zu einer zunehmenden Behandlung der Asylproblematik in den Medien führten.

Bei der Behandlung politisch sensibler Themen in der Öffentlichkeit und in den Medien muss daher wesentlich intensiver der Blick auf die Konsequenzen dieser Diskurse für Menschen, die für politischen Extremismus anfällig sind, gelenkt werden. Denn diese „leihen“ sich die Legitimation für ihr Handeln oft aus den öffentlich vorgedachten Themen und nutzen sie für ihre Zwecke aus.

Aber auch die politische Entscheidung, Asylbewerbern die Arbeitserlaubnis und die Teilnahme am politischen Leben zu verwehren, die Unterbringung in Heimen, ihre sozialstaatliche Alimentierung, die häufig als „Almosen“ verstanden wird, lässt „die extreme gesellschaftliche Schwäche, die der Status als Asylsuchender seinen Inhabern auferlegt“ (LENHARDT 1994, S. 38), öffentlich sichtbar werden. Eine Schwäche, die den auf Stärke und Durchsetzungskraft fixierten rechtsnationalen Jugendbanden auf der Suche nach Betätigung und Opfern nur recht ist, während die „Andersartigkeit“ der ghettoisierten Asylbewerber ihnen „ein Dorn im Auge“ ist, weil sie die rigide Ordnungsvorstellung der Einheit und Reinheit (der „nationalen Kultur“) durchbricht.

Kennzeichnend für diese Art der „Dominanzkultur“ ist, dass „ideologisch“ verfestigte, als „rechtsextrem“ zu kennzeichnende Gewalttäter nur einen kleineren Teil ausmachen, während gerade die Heterogenität des gewaltbereiten und gewalttätigen Personenkreises ihre Gefährlichkeit ausmacht, da sie offenbar wichtige Funktionen für Gruppenbildungen mit verschieden-

artigen Persönlichkeiten besetzen können, die sich unter dem gemeinsamen Dach der Ausländerfeindlichkeit und des Nationalismus sammeln und daher Anzeichen einer (neuartigen) „Bewegung“ zeigen (vgl. WILLEMS/ECKERT/WÜRTZ/STEINMETZ 1993, S. 236).

Nicht zufällig vergleicht sich ein Teil der „neuen Rechten“ mit der „Außerparlamentarischen Opposition“ der 68er-Bewegung in Westdeutschland. So bezeichnet der Begriff „Nationale Außerparlamentarische Opposition“ (NAPO), der von dem Bundesvorsitzenden der NPD, Voigt, geprägt wurde und laut VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2000 „Ausdruck einer aggressiven Strategie der NPD“ ist, eine nicht nur oberflächliche Analogie. Es gibt Anzeichen, dass sich ausgehend von Initialzündungen in Form fremdenfeindlicher Gewalttaten Anfang der neunziger Jahre, die in die schwierigste Zeit der Transformation Ostdeutschlands in ein marktwirtschaftliches System mit hoher, vorher unbekannter Arbeitslosigkeit fielen, Einstellungen gegen Ausländer und für das Bekenntnis zur Nation ausbreiteten (vgl. Kapitel 2) und nunmehr im Begriff sind, sich kulturell zu verfestigen. Ein ähnlicher Diffusionsprozess kennzeichnete auch den Wertewandel und veränderte politische Einstellungen im Kontext der sogenannten 68er-Generation.

5 Die multifaktorielle Darstellung der Einflussfaktoren der Entstehung von Ethnozentrismus

Die Vielzahl der bislang betrachteten Erklärungsversuche verweist auf die komplexe Genese fremdenfeindlicher, ethnozentrischer und rechtsextremer Einstellungen. Es wird deutlich, dass weder soziostrukturelle noch individualpsychologische Erklärungen für sich allein ausreichen. Um der Notwendigkeit einer multifaktoriellen Erklärung des Ethnozentrismus bei Jugendlichen zu entsprechen, werden im Folgenden multivariate statistische Analysen vorgestellt, die eine simultane Schätzung der Erklärungskraft einiger der bisher vorgestellten Erklärungsansätze erlauben. Unsere eigenen Analysen beziehen sich dabei auf den für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 29 Jahren repräsentativen Jugendsurvey 1997 des Deutschen Jugendinstituts. Schon aufgrund der hohen Fallzahl von rund 7.000 Befragten (davon 4.426 in den alten Bundesländern und 2.493 in Ostdeutschland) stellt der DJI-Jugendsurvey 1997 die zur Zeit hochwertigste Datenbasis dar. Zusätzlich sind seine konzeptionelle Dichte und die Vielfalt der erhobenen Informationen aus mündlichen Interviews bemerkenswert und erlauben die empirische Überprüfung wichtiger Erklärungsansätze.

Im Folgenden soll als abhängige Variable der Indikator „Ethnozentrismus“ analysiert werden. Dieser wurde wie bisher definiert als die Kombination von Nationalstolz (die Zusammenfassung der Antwortkategorien „stolz/sehr stolz“) und Ablehnung der Aussage: „Ich bin für die Anwesenheit von Ausländern, weil sie unsere Kultur bereichern“⁶². Die kulturelle Dimension der Ausländerfeindlichkeit wurde gewählt, um Operationalisierungen durch konjunkturabhängige und situativ bedingte Zustimmungen zu Items wie „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ oder „Die hier lebenden Ausländer nehmen den Deutschen preiswerte Wohnungen weg“ zu vermeiden. Gemessen wird folglich eine weitreichendere Ablehnung von Ausländern. Somit bildet der von uns verwendete Extremismus-Indikator die Überbewertung der eigenen Nation bei gleichzeitiger Abwertung fremder Kulturen ab und ist anderen Extremismus-Definitionen ähnlich (vgl. HEITMEYER 1992, S. 13). Die weite Definition hat den Vorteil, dass sie nicht von vorneherein auf ausgeprägt rechtsextreme Einstellungen, wie sie durch die politische Selbsteinstufung als „rechts“ oder durch Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie indiziert werden, beschränkt ist, sondern auch den „Extremismus der politischen Mitte“ berücksichtigen kann.

⁶² Die beiden extremen Antwortvorgaben (1,2) auf einer sechsstufigen Skala von „stimme überhaupt nicht zu“ (1) bis „stimme voll und ganz zu“ (6) wurden zusammengefasst.

⁶³ Wir verwenden im Folgenden die weiche Vertrauensgrenze von 10 Prozent statt der in den Sozialwissenschaften konventionellen 5 %-Grenze (Signifikanzniveau). Einmal geht es hier nicht um die Prüfung empirischer Hypothesen gegen den Zufall. Vielmehr geht es um die Struktur der durch eine Anzahl Variablen bestimmten Kontexte, die den Zusammenhang „extremer“ politischer Orientierungen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Ost- und Westdeutschland zu beschreiben erlauben. Die in diese Beschreibung eingeschlossenen Variablen sollten folglich eher einen sinnvollen, aber auch quantitativ bestätigten Sinnzusammenhang bilden als einem bloß statistischen Signifikanzkriterium zu genügen, zumal es sich bei letzterem ohnehin um ein rein konventionelles Kriterium handelt, dessen Bedeutung vor allem als Entscheidungskriterium aus der experimentellen Forschung stammt.

In dem statistischen Verfahren der schrittweisen Logistischen Regressionsanalyse werden die einzelnen Indikatoren sukzessive eingeführt. Dieses Vorgehen entspricht zunehmender Feingliederung, ausgehend von askriptiven Merkmalen wie Geschlecht und Alter über Kontextbedingungen wie dem Erwerbsstatus der Eltern bis hin zu den politischen Einstellungen der befragten Jugendlichen. Jeder Schritt gibt dabei für die jeweiligen Indikatoren die Nettoeffekte an, das heißt statistisch kontrolliert bzw. bereinigt um Wechselwirkungen mit anderen Variablen in der Analyse.

Damit wird beispielsweise der in einer Vielzahl von Studien berichtete Befund, dass Ethnozentrismus eher bei männlichen und jüngeren Personen in Ostdeutschland auftritt, den unsere eigenen Analysen bestätigen können, auf tiefer liegende Zusammenhänge und Merkmale statistisch geprüft. Die Tabellen 9 und 11 für Ost- und Westdeutschland zeigen die Ergebnisse nach Einführung der strukturellen Variablen: Ortsgrößenklasse (BIK), Alter der Befragten, Kohortenzugehörigkeit (95er- bzw. 90er-Kohorte), Geschlecht, Partner, Kinder, Einkommenssituation und deren subjektive Bewertung, Erwerbsstatus und Bildungsniveau der Eltern, Erwerbsstatus, berufliche Stellung und höchster Schulabschluss der befragten Person und schließlich befürchtete Arbeitslosigkeit. Zusätzlich wird im ersten Schritt das Alter und das Geschlecht des Interviewers kontrolliert, um Effekte der Interviewsituation auszuschließen.

Die Tabellen 10 und 12 geben die statistisch signifikanten Variablen nach Einbezug aller Variablen in die Logistischen Regressionsanalysen wieder. Unter statistischer Signifikanz verstehen wir Zusammenhänge zwischen Variablen in der Stichprobe des DJI-Jugendsurvey 1997, die in der Grundgesamtheit, das heißt bei Jugendlichen in Ost- bzw. Westdeutschland im Alter von 16 bis 21 Jahren, mit einer Vertrauenswahrscheinlichkeit von mindestens 90 Prozent überzufällig auftreten und in den Tabellen an einem Signifikanz-Niveau von 0,10 oder niedriger abzulesen sind⁶³.

Im Einzelnen werden (a) Arbeitslosigkeitsrisiken, die Einkommenssituation, der Erwerbsstatus, der höchste Ausbildungsstatus, die berufliche Stellung, Partnerinformationen, das Geschlecht und das Alter in die multivariaten Analysen eingeführt. Dazu werden (b) Informationen über den Bildungs- und Erwerbsstatus der Eltern und die Einschätzung der Qualität der Beziehung zu den Eltern, die im Rahmen der Individualisierungstheorie zur Erklärung der Ursachen extremer Orientierungen beitragen können, mit einbezogen. Zusätzlich gehen (c) Erfahrungen relativer Deprivation im Zuge der Wiedervereinigung und aufgrund der sozialen Herkunft, Einschätzungen der eigenen Unsicherheit und Orientierungslosigkeit als Indikatoren für sozialpsychologische Ansätze der Ursachen des Ethnozentrismus bei Jugendlichen in die Analysen mit ein. (d) Mitgliedschaften und ehrenamtliches Engagement in Parteien, Gewerkschaften und Verbänden sowie Einschätzungen der Verbundenheit mit der Gemeinde bzw. der Stadt und dem Landesteil sowie die Gemeindegröße beziehen sich auf die soziale Umwelt und liefern Hinweise auf gesellschaftliche Desintegration als Ursache ethnozentrischer Einstellungen bei den befragten Jugendlichen. (f) Aussagen zu Gewaltbereitschaft gegen Asylbewerber und Forderungen nach „einer starken Hand“ sowie Aussagen zu Wertorientierungen beziehen sich auf aggressionsfördernde, autoritäre und materialistische psychische Dispositionen. (e) Bewertungen des politischen Systems und politischer Ideologien, die politische Verortung und verschiedene Formen politischer Partizipation sowie Interesse für Politik indizieren die Konsequenzen von Politikverdrossenheit und Demokratie-Unzufriedenheit im Hinblick auf Ethnozentrismus.

5.1 Die Ergebnisse für ostdeutsche Jugendliche

In den Tabellen 9 und 10 werden zum einen nur die strukturellen Einflussfaktoren, zum anderen die statistisch bedeutsamen Faktoren des Gesamtmodells ausgewiesen, die mit Ethnozentrismus bei ostdeutschen Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren zusammenhängen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit bisher dargestellten Befunden unserer Analysen begrenzen

Tabelle 9: Ergebnisse der Logistischen Regression auf Ethnozentrismus, 16- bis 21-Jährige Ostdeutsche, strukturelle Einflußfaktoren

Variable	beta	Standard- fehler	Sign.	Exp(B)
Interviewer-Alter	,004	,011	,717	1,004
Interviewer: Männlich	-,128	,282	,650	,880
Ortsgröße (BIK)	,007	,062	,905	1,007
Alter	-,098	,145	,500	,907
Kohorten: die 95er/Referenz: die 90er	,610	,454	,179	1,840
Geschlecht: männlich	,471	,291	,105	1,602
Befragte(r) hat Partner	,758	,284	,008	2,134
Befragte(r) hat Kinder	-6,280	1,717	,715	,002
Eigenes Einkommen	,103	,044	,019	1,109
Einschätzung finanzielle Situation	-,092	,054	,084	,912
Mutter ist erwerbstätig/Referenz: NEW	-,764	,462	,098	,466
Mutter ist arbeitslos/Referenz: NEW	-,007	,526	,989	,993
Vater ist erwerbstätig/Referenz: NEW	-,236	,638	,711	,790
Vater ist arbeitslos/Referenz: NEW	-,197	,765	,797	,821
Mutter: Hauptschulabschluss/Referenz: FHS/FS	,465	,627	,458	1,592
Mutter: Realschulabschluss, 10. Klasse/Referenz: FHS/FS	,565	,393	,151	1,760
Vater: Hauptschulabschluss/Referenz: FHS/FS	-,590	,616	,338	,554
Vater: Realschulabschluss, 10. Klasse/Referenz: FHS/FS	,520	,376	,167	1,682
Befragte(r): erwerbstätig/Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	-,348	1,806	,847	,706
Befragte(r): nicht erwerbstätig (NEW)/Referenz: Schüler/ Auszubildende(r)	-1,346	1,181	,255	,260
Befragte(r): arbeitslos/Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	-,147	,600	,807	,864
berufliche Stellung Befragter: angelernter Arbeiter/FA/Meister/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	-,922	1,887	,625	,398
berufliche Stellung Befragter: einfache(r) Angestellte(r)/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	-,223	1,942	,909	,800
berufliche Stellung Befragte(r): leitende(r) Angestellte(r)/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	1,221	2,253	,588	3,389
berufliche Stellung Befragte(r): Beamter /Referenz: Schüler/ Auszubildende(r)	-7,064	3,537	,842	,001
berufliche Stellung Befragte(r): Landwirt, Selbständig/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	-6,540	3,947	,868	,001
höchster Schulabschluss Befragte(r): ohne Abschluss/Hauptschule/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	,638	,559	,254	1,893
höchster Schulabschluss Befragte(r): Realschulabschluss/10. Klasse/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	,355	,469	,450	1,426
höchster Schulabschluss Befragter: FHS/FS/Referenz: Schüler/ Auszubildende(r)	-,736	,604	,223	,479
befürchtete Arbeitslosigkeit Befragte(r)? Ja/Referenz: Nein	-,289	,424	,496	,749
befürchtete Arbeitslosigkeit Befragte(r)? Weiss nicht/Referenz: Nein	-,896	,482	,063	,408
Konstante	-,360	2,814	,898	,697

Quelle: DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtet

wir das Alter der Befragten auf 16 bis 21 Jahre, weil die 16-Jährigen von 1997 der bereits mehrfach behandelten sogenannten „95er“-Kohorte angehören. Analog bilden die 17- bis 21-Jähri-

gen unsere „90er“-Kohorte ab. Diese Unterscheidung wird durch statistische Analysen bestätigt, denn die Erklärungskraft vergleichbarer Modelle, die den gesamten Altersbereich des DJI-Jugendsurveys von 16 bis 29 Jahren abdecken, ist wesentlich schlechter und verweist erneut auf die herausgehobene Stellung der beiden jüngeren Kohorten.

Zunächst wird aus Tabelle 9 ersichtlich, dass befragte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 21 Jahren mit Partner oder höherem eigenen Einkommen, bzw. die ihre finanzielle Situation eher als zufriedenstellend einstufen, häufiger ethnozentrisch eingestellt sind als Jugendliche ohne diese Merkmale. Befragte, die sich über ihr eigenes Arbeitslosigkeitsrisiko nach Beendigung der Ausbildung oder in ihrem Beschäftigungsverhältnis eher im Unklaren sind oder diesbezüglich keine konkreten Angaben machen können, sind weniger ethnozentrisch eingestellt als Jugendliche, die keine Arbeitslosigkeitsrisiken in der Zukunft antizipieren. Es gibt auch Anzeichen, die auf Effekte der Erwerbssituation der Mutter hindeuten: Die Erwerbstätigkeit der Mutter reduziert die Wahrscheinlichkeit ethnozentrischer Einstellungen bei ihren Kindern im Vergleich zu nicht erwerbstätigen Müttern. Das steht in Einklang mit der besonders schwierigen Arbeitsmarktsituation für Frauen im Verlauf der Transformation der ehemaligen DDR in die soziale Marktwirtschaft.

Andere strukturelle Merkmale wie der Erwerbsstatus der befragten Jugendlichen, die berufliche Stellung oder auch ihr höchster erreichter Schulabschluss hängen in der Stichprobe des DJI-Jugendsurveys von 1997 nicht mit Ethnozentrismus bei ostdeutschen Jugendlichen zusammen. Auch das Geschlecht der Jugendlichen macht nach Kontrolle von strukturellen Merkmalen diesbezüglich keinen statistisch signifikanten Unterschied.

Wie die Aufstellung nur der statistisch bedeutsamen (signifikanten) Variablen nach Einbeziehung aller Variablen in Tabelle 10 zeigt, hängt Ethnozentrismus unter ostdeutschen Jugendlichen stark mit Benachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft zusammen. Dieser Befund stützt die Annahme, dass Erfahrungen *relativer Deprivation* bei der Entstehung extremer Einstellungen beteiligt sind.

Ebenso spielen Wende-Erfahrungen noch immer eine große Rolle. Unsere Ergebnisse deuten dabei auf einen Doppel-Prozess hin. Zum einen sind Befragte, die nach eigenen Angaben durch die Wiedervereinigung persönliche Nachteile hatten, in Verbindung mit höherer Zustimmung zur „Idee des Sozialismus“ häufiger ethnozentrisch eingestellt. Diese Jugendlichen stam-

Tabelle 10: Die Einflussfaktoren des Ethnozentrismus (Ostdeutschland), Gesamtmodell, nur signifikante Einflussfaktoren

Variable	beta	Standardfehler	Sign.	Exp(B)
„handgreiflich gegen Asylanten“ vorgehen	-,891	,245	,000	,410
„rechtsgerichtet“	,444	,094	,000	1,559
Mittlere Schulbildung des Vaters (10. Klasse POS/Realschule)	1,223	,522	,019	3,397
„gegen die Idee des Sozialismus“	1,219	,582	,036	3,382
„gegen Opposition in der Demokratie“	-,266	,131	,042	,766
„hat Partner“	,622	,308	,043	1,863
„durch soziale Herkunft benachteiligt“	2,235	1,174	,057	9,343
„Wendeverlierer, für die Sozialismus-Idee“	-,297	,158	,060	,743
„Vorteile durch die Wende, für die Idee der Demokratie“	-,354	,201	,078	,702
„nicht durch soziale Herkunft benachteiligt, eher zufrieden mit der Demokratie“	-,504	,300	,093	,604
„früher war alles besser“	,301	,184	,102	1,352
Höhere Schulbildung des Vaters (FHS/FS)	1,022	,635	,108	2,777

Quelle: DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtet

men wahrscheinlich aus familiären Verhältnissen, in denen die Eltern überzeugte Anhänger der Idee des Sozialismus waren oder noch sind und die Wende als persönliche Niederlage deuten. Auch der Effekt höherer Schulbildung des Vaters (Fach- bzw. Hochschulreife, Referenz: ohne Abschluß/HS) gibt einen Hinweis auf Wende-Verlierer aus ehemaligen Kader-Familien in privilegierten Milieus im „real existierenden“ Sozialismus, deren Enttäuschung über den Umbruch in der ehemaligen DDR in ihren Kindern nachwirkt. Wer angibt, dass die „Leute früher besser dran waren, weil jeder wusste, was er zu tun hatte“, ist daher auch häufiger ethnozentrisch eingestellt. Ethnozentrische Vorbehalte treten indessen überraschenderweise in den mittleren Bildungsschichten intensiver auf als bei niedriger Gebildeten. Darauf weist der signifikante Effekt der Schulbildung des Vaters (10. Klasse Realschule/POS, Referenz: ohne Abschluß/HS) hin.

Umgekehrt finden wir Effekte für jugendliche Befragte, die angaben, aus der Wiedervereinigung persönlichen Nutzen gezogen und sich mit der „Idee der Demokratie“ angefreundet zu haben. Auch diese Gruppe ist häufiger ethnozentrisch eingestellt. Darauf weisen die signifikanten Effekte für die Wechselwirkung zwischen Demokratie-Zufriedenheit (der diffusen und emotionalen Unterstützung des gesamten politischen Systems) und Nicht-Benachteiligung durch die soziale Herkunft hin. Dass auch Wende-Gewinner häufiger ethnozentrisch eingestellt sind, korrespondiert mit der Ablehnung der „Idee des Sozialismus“, die ebenfalls mit ethnozentrischen Orientierungen einhergeht.

Bemerkenswert ist, dass sich Politikverdrossenheit, wie sie durch Items repräsentiert wird, die „Misstrauen gegenüber Parteien“ oder „empfundene politische Einflusslosigkeit“ messen, nicht auf das Vorhandensein von Ethnozentrismus auswirkt. Dafür spricht auch, dass Ethnozentrismus in den verwendeten Daten des DJI nicht mit politischem Interesse zusammenhängt. Schon die Notwendigkeit einer demokratischen Opposition wird bei nationalistisch und ausländerfeindlich Gesinnten häufig bestritten. Ob dies dahingehend interpretiert werden kann, dass dabei eine ideologische Begründung Pate steht, die Geschlossenheit und Führung betont und dem Rechtsextremismus nahe steht, oder ob es sich um die Relikte von Erfahrungen mit dem SED-Einheitsstaat handelt (Erbschaftsthese), kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.

Die Selbsteinstufung als politisch rechts steht in statistisch hoch signifikantem Zusammenhang mit ethnozentrischen Orientierungen. Es überrascht nicht, dass es die nationalistisch und ausländerfeindlich eingestellten Jugendlichen häufig in Ordnung finden, „Asylanten handgreiflich klar zu machen, dass sie in ihre Heimat zurückkehren sollen“. Die Asylthematik spielt bei diesen Jugendlichen eine große Rolle und hängt eng mit der Bereitschaft zur Wahl einer extremen Partei zusammen⁶⁴.

Jugendliche mit ablehnender Haltung zur Idee des Sozialismus in Verbindung mit erhöhter Unzufriedenheit mit der existierenden Demokratie, die mit Benachteiligungen aufgrund der Wiedervereinigung zusammenhängt, sind zudem eher bereit, ihre Totalablehnung von Politik über die Bereitschaft zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration auf die Straße zu tragen und „selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen, auch wenn dabei Gewalt notwendig sein könnte“⁶⁵. Wir finden daher eine Bestätigung für die These von E. Hennig, nach der relative Deprivation (Wende-Benachteiligungen) und ausgeprägte Politikverdrossenheit mit nationalistischen und ausländerfeindlichen Orientierungen in Zusammenhang stehen.

Bei einem Teil der ostdeutschen Jugendlichen scheint der Transfer politischer Einstellungen zwischen den Generationen zumindest teilweise unterbrochen zu sein: Ethnozentrismus tritt häufig bei Jugendlichen auf, die mit ihren Eltern wenig oder gar nicht über Politik sprechen. Das steht in Zusammenhang mit der Ablehnung der Idee des Sozialismus und nicht mit der Beziehungsqualität zwischen Eltern und Kindern⁶⁶. Das deutet entweder auf grundsätzlich unterschiedliche politische Einstellungen zwischen den Generationen hin oder auf eine Art politisches „Vakuum“, weil Eltern, die dem Sozialismus weiterhin anhängen oder nachtrauern, nach der Diskreditierung sozialistischer Ideen im Zuge der Wende nun schweigen und ihren Kindern keine politische Orientierung mehr vorgeben.

⁶⁴ Die Effekte für die Bereitschaft, eine extreme Partei zu wählen, sind nach Einführung des Asylanten-Items statistisch nicht mehr bedeutsam.

⁶⁵ Das geht aus der schrittweisen Regressionsanalyse hervor, bei der die Effekte für die Bereitschaft der Teilnahme an einer ungenehmigten Demonstration unter Einbeziehung der Wechselwirkung zwischen der Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Ablehnung des Sozialismus verschwinden. Durch diesen Schritt werden die Netto-Effekte für die Unzufriedenheit mit der Demokratie und Wende-Benachteiligungen nicht mehr signifikant. Die Gewaltbereitschaft hängt stark mit der Ablehnung von Asylanten zusammen: Wenn für letztere statistisch kontrolliert wird, verschwindet auch der Effekt für die Gewaltbereitschaft.

⁶⁶ Diesen Schluss legen die Analyse dreidimensionaler Kreuztabellen, die Berechnung von Partialkorrelations-Koeffizienten und der Verlauf der schrittweisen Regressionsanalyse nahe.

5.2 Die Ergebnisse für westdeutsche Jugendliche

In Tabelle 11 werden die strukturellen Einflußfaktoren für Westdeutschland analog den Analysen für ostdeutsche Jugendliche aufgeführt. Ethnozentrismus ist in der Stichprobe des DJI-Jugendsurveys überzufällig häufig bei männlichen Befragten ausgeprägt. Bis auf diesen statis-

Tabelle 11: Ergebnisse der Logistischen Regression auf Ethnozentrismus, 16- bis 21-Jährige Westdeutsche, strukturelle Einflußfaktoren

Variable	beta	Standardfehler	Sign.	Exp(B)
Interviewer-Alter	,006	,011	,619	1,006
Interviewer: Männlich	,272	,326	,404	1,312
Ortsgröße (BIK)	,062	,087	,476	1,064
Alter	-,145	,160	,364	,865
Kohorten: die 95er/Referenz: die 90er	,104	,531	,845	1,110
Geschlecht: männlich	1,133	,381	,003	3,105
Befragte(r) hat Partner	,186	,349	,595	1,204
Eigenes Einkommen	,050	,043	,251	1,051
Befragte(r) hat Kinder	1,675	1,448	,247	5,341
Einschätzung finanzielle Situation	-,085	,064	,183	,918
Mutter ist arbeitslos/Referenz: NEW	-,209	323	517	,811
Vater ist erwerbstätig/Referenz: NEW	,481	,942	,610	1,618
Mutter: Hauptschulabschluss/Referenz: FHS/FS	,526	,878	,549	2,338
Mutter: Realschulabschluss, 10. Klasse/Referenz FHS/FS	,849	1,186	,474	2,338
Vater: Hauptschulabschluss/Referenz: FHS/FS	-,011	,549	,984	,989
Vater: Realschulabschluss, 10. Klasse/Referenz FHS/FS	,377	,480	,432	1,458
Befragter: erwerbstätig/Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	,459	,471	,330	1,582
Befragter: nicht erwerbstätig (NEW)/Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	,161	,447	,718	1,175
Befragter: erwerbstätig/Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	-4,471	28,249	,874	,011
Befragter: nicht erwerbstätig (NEW)/Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	,469	,634	,460	1,598
Befragter: arbeitslos/Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	-,645	1,243	604	,525
berufliche Stellung Befragte(r): angelernter Arbeiter/FA/Meister/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	4,142	28,264	,883	62,933
berufliche Stellung Befragte(r): einfacher Angestellte(r)/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	3,627	28,275	,898	37,605
berufliche Stellung Befragte(r): leitender Angestellte(r)/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	5,266	28,274	,852	193,7
berufliche Stellung Befragte(r): Landwirt, Selbständige(r)/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	1,082	37,842	977	2,949
höchster Schulabschluss Befragte(r): ohne Abschluss/Hauptschule/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	3,256	27,169	,905	25,933
höchster Schulabschluss Befragte(r): Realschulabschluss/10. Klasse/ Referenz: Schüler/Auszubildende(r)	3,830	27,170	,888	46,059
höchster Schulabschluss Befragte(r): FHS/FS/Referenz: Schüler/ Auszubildende(r)	3,751	27,171	,890	42,548
befürchtete Arbeitslosigkeit Befragte(r)? Ja/Referenz: Nein	-,730	,773	,345	,482
befürchtete Arbeitslosigkeit Befragte(r)? Weiss nicht/Referenz: Nein	,407	,578	,482	1,502
Konstante	-5,561	27,380	,839	0,004

Quelle: DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtet

tisch signifikanten Zusammenhang von Ethnozentrismus und Geschlecht zeigen unsere Analysen keine weiteren Zusammenhänge mit sozio-strukturellen Indikatoren wie der beruflichen Stellung oder der Erwerbstätigkeit der Eltern. Auch der höchste erreichte Schulabschluss oder die finanzielle Situation der befragten Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren hat nach statistischer Kontrolle für alle anderen strukturellen Merkmale offenbar keinen Einfluss auf ethnozentrische Einstellungen.

Im nächsten Schritt werden sukzessive die weiteren Einstellungsvariablen in die Logistische Regression eingeführt. Das betrifft die politischen Einstellungen, unter anderem die Beurteilung der Idee der Demokratie, das Vertrauen in die politischen Parteien, die Bereitschaft zur Wahl einer extremen Partei, die Forderung nach „einer starken Hand“ oder die Selbsteinstufung nach „links“ oder „rechts“. Aber auch prosoziale oder materialistische Wertorientierungen gehen in die Analysen mit ein, ebenso wie Anomie-Indikatoren, die nach empfundener Unübersichtlichkeit oder Zukunftspessimismus fragen. Soziale Integration wird in unseren Analysen u.a. durch den Einbezug ehemaliger und aktueller Mitgliedschaften in Parteien, Vereinen oder Verbänden gemessen. Tabelle 12 gibt dabei nur die statistisch signifikanten Einflussfaktoren wieder, die nach Abschluss der schrittweisen Logistischen Regression in Zusammenhang mit ethnozentrischen Einstellungen bei Jugendlichen in Westdeutschland stehen.

Tabelle 12: Die Einflussfaktoren des Ethnozentrismus (Westdeutschland), Gesamtmodell, nur signifikante Einflussfaktoren

Fördernde Wirkung auf Ethnozentrismus	beta	Standardfehler	Sign.	Exp(B)
„handgreiflich gegen Asylanten“	-1,325	,384	,001	,266
„Inglehart: für Ruhe und Ordnung“	-,593	,191	,002	,553
„rechtsgerichtet“	,310	,118	,009	1,363
„derzeitige Mitgliedschaft: Heimatverein“	1,234	,554	,026	3,433
„ehemalige Mitgliedschaft: Sportverein“	1,135	,518	,028	3,111
„ehemalige Mitgliedschaft: Jugendverband“ (wirkt Ethnozentrismus entgegen)	-2,202	1,088	,043	,111
„Misstrauen gegenüber politischen Parteien“	-,706	,359	,049	,493
„befürchtete Arbeitslosigkeit: weiß nicht“ (wirkt Ethnozentrismus entgegen)	-1,607	,845	,057	,201
„politisch interessiert“	-,440	,231	,057	,644
„Evangelische Konfessionszugehörigkeit“ (wirkt Ethnozentrismus entgegen)	-1,063	,561	,058	,345
„Bereitschaft zur Wahl einer extremen Partei“	1,007	,536	,060	2,737
„nicht mit Gemeinde/Stadt verbunden“	,421	,242	,082	1,524
„Katholische Konfessionszugehörigkeit“ (wirkt Ethnozentrismus entgegen)	-,938	,562	,095	,392
„Evangelische Freikirchen“ (wirken Ethnozentrismus entgegen)	-2,624	1,578	,096	,073

Quelle: DJI-JUGENDSURVEY 1997, eigene Berechnungen, gewichtet

Die Ergebnisse nach Abschluss der schrittweisen Logistischen Regressionsanalyse zeigen deutlich, dass Ethnozentrismus bei westdeutschen Jugendlichen im Alter von 16 bis 21 Jahren – anders als bei den ostdeutschen Jugendlichen – stark mit politischen Orientierungen zusammenhängt (Tabelle 12). Dafür sprechen das politische Interesse und das Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien, das sich bei nationalistisch und ausländerfeindlich eingestellten Personen in der höheren Bereitschaft zur Wahl einer extremen Partei niederschlägt. Als politische Zielvorstellung ist ethnozentrisch eingestellten Jugendlichen die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wichtiger als der größere Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung. Wir finden Hinweise darauf, dass Ethnozentrismus bei westdeutschen

⁶⁷ *Das wird durch eine Partial-korrelations-Analyse sichtbar und im Verlauf der schrittweisen Logistischen Regressionsanalyse bestätigt. Es sei indessen daran erinnert, dass die Analysen keine Kausalanalysen im statistischen Sinne darstellen, da sie nur Zusammenhänge, nicht aber die Richtung der Einflüsse zeigen.*

Jugendlichen mit Herkunftsbenachteiligungen in Verbindung mit ausgeprägt antidemokratischen Orientierungen einhergeht. Das gilt vor allem für Rechtsorientierte. Über die These E. HENNIGS (1994) hinausgehend, nach der „Unzufriedene Demokraten“ unter Bedingungen relativer Deprivation zu rechtsextremen Einstellungen neigen, wird bei diesen Jugendlichen bereits die Idee der Demokratie abgelehnt⁶⁷.

Ethnozentrisch eingestellte westdeutsche Jugendliche sind in der Tendenz konfessionell ungebunden und – nach ihrer eigenen Einschätzung – mit ihren Herkunftsgemeinden wenig verbunden, sofern sie nicht in Heimatverbänden aktiv sind. Sie scheinen folglich eher aus sozial desintegrierten Milieus zu stammen. Vergleichbar mit den ostdeutschen Jugendlichen werden starke Vorbehalte bis hin zur Befürwortung eines „handgreiflichen“ Vorgehens gegenüber Asylbewerbern geäußert.

6 Zusammenfassung

In den oben aufgeführten Analysen wurden unter Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Survey-Daten ausländerfeindliche, nationalistische und demokratiekritische sowie politisch rechtsgerichtete Orientierungen im Generationenzusammenhang dargestellt. Dieses Vorgehen erlaubt eine Einschätzung, ob sich in den Einstellungsprofilen über die Generationen Perioden-, Kohorten- und Alterseffekte zeigen. Diese Unterscheidung ist zur Beantwortung der Frage notwendig, ob es sich bei der Ausbreitung extremer Einstellungen um ein jugendspezifisches Phänomen handelt. Ferner wurde geprüft, ob sich ein Syndrom geschlossen rechtsextremer Orientierungen bei jungen Menschen zwischen 16 und 29 Jahren ausgebildet hat, das sich unter anderem durch antidemokratische Einstellungen hervorhebt.

Zur Bestimmung des extremen Potenzials wird ein Indikator „Ethnozentrismus“ gebildet, der durch die Verbindung von überhöhtem Nationalstolz und ablehnender Haltung gegenüber Ausländern charakterisiert ist. Zusätzlich wird der „harte“ Kern innerhalb des größeren Ethnozentrismus-Potenzials bestimmt, der mit dem politischen System der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland unzufrieden und politikverdrossen ist.

Schließlich wird der aktuelle Stand der Forschung zu Ursachen und Bedingungen des Entstehens ethnozentrischer und rechtsextremer Einstellungen referiert und durch multivariate statistische Analysen auf der Grundlage des neuesten DJI-Jugendsurveys 1997 ergänzt.

Die vorliegende Expertise zum antidemokratischen und rechtsextremen Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland kommt aufgrund sekundär-statistischer Auswertungen einer Anzahl von repräsentativen Bevölkerungsumfragen, aufgrund multivariater statistischer Analysen und nach Auswertung umfangreicher Forschungsliteratur sowie der Sichtung der internetbasierten Archive verschiedener großer Tageszeitungen und Periodika zu folgenden Ergebnissen:

1. Im Vergleich mit anderen Altersgruppen kommt den heute 21- bis 25-Jährigen in Ostdeutschland im Hinblick auf ihr Ethnozentrismus-Potenzial eine Sonderstellung zu. Aber auch Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren sind bereits in hohem Maße ausländerfeindlich, nationalistisch und demokratiekritisch eingestellt. Schon Schüler im Alter von 12 bis 14 Jahren sind bereits häufig gegen Ausländer eingestellt, wie Regionalstudien in Brandenburg zeigen (STURZBECHER 2001). Zunehmende Gewaltakte gegen Fremde, die vor allem von jugendlichen Tätern verübt werden, müssen folglich vor dem Hintergrund einer erheblichen Zunahme extremistischer Einstellungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesehen werden und gehen über rein situative Bedingungen der Gewalteskalation weit hinaus.

2. Ethnozentrische Einstellungen, das heißt die Kombination von überhöhtem Nationalstolz und Ablehnung von Ausländern, treten im Durchschnitt der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland etwa in gleichem Umfang auf. Deutliche regionale Unterschiede zeigen sich dagegen, wenn nur die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 25 Jahren betrachtet werden. In dieser Altersgruppe beträgt der Anteil ethnozentrischer Einstellungen 30 Prozent im Osten und 15 Prozent im Westen. Der Anteil der gewaltbereiten, autoritären und ethnozentrisch eingestellten Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren, die wir als „rechtsextrem“ bezeichnen und die am ehesten ein kohärentes Einstellungssyndrom aufweisen, liegt bei 9 Prozent in Ostdeutschland und 4 Prozent in Westdeutschland. Das Verhältnis von zwei zu eins kennzeichnet auch autoritäre Einstellungen im Ost-West-Vergleich und bleibt über die Zeit zumindest seit der Vereinigung Deutschlands bemerkenswert konstant. Der Anstieg extremer Einstellungen für die Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen fällt im Kohortenvergleich indessen in beiden Teilen Deutschlands ähnlich aus. Das erhöhte Potenzial von Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und Demokratieunzufriedenheit in der 90er-Kohorte (bei den heute 21- bis 25-Jährigen) lässt sich vermutlich als eine Kombination von Perioden- und Kohorteneinflüssen beschreiben. Durch den Vergleich im Generationenzusammenhang wird für die 90er-Kohorte erkennbar, dass sie dem generellen Trend folgt, aber zusätzliche und besondere Entwicklungen aufweist.
3. Es gibt Hinweise darauf, dass politisch extreme Positionen von gesellschaftlichen Entwicklungen wie der allgemeinen Wirtschaftslage oder Arbeitslosigkeit beeinflusst werden (Periodeneffekt). Der genaue Wirkungsmechanismus ist noch unklar. Im Osten scheint eine stabile Prägung in der „Wende-Generation“ der heute 21- bis 25-Jährigen (Kohorteneffekt) eine Rolle zu spielen. Dass ausländerfeindliche, nationalistische und demokratiekritische Einstellungen unter ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen etwa doppelt so häufig auftreten wie bei ihren westdeutschen Altersgenossen, verweist auf die spezifischen Bedingungen in Ostdeutschland. Dazu zählt der Transformationschock der Wiedervereinigung mit der Übernahme der Demokratie nach westlichem Muster, der in der schwierigen Phase der Identitätsfindung in der (Vor-)Pubertät besondere Orientierungsleistungen verlangte. Dazu kommt das autoritäre Erbe der DDR, das durch familiäre Sozialisation auch intergenerational weitergegeben wird und noch immer dem Staat mehr Verantwortung bei der individuellen Lebensplanung zuschreibt als in der übernommenen Parteien-Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild üblich ist, die an der Eigeninitiative des Individuums ansetzen. Der Verlust der kollektiven Identität, die in der ehemaligen DDR gefördert und abverlangt wurde, hinterlässt ein Vakuum an gemeinsam geteilten Vorstellungen, welches von der „neuen Rechten“ erkannt wird, die ihre Kampf-begriffe in Forderungen nach dem Solidarprinzip, der (Volks)Gemeinschaft und der Abschaffung des kapitalistischen Systems übersetzt, die den Bürgern der Ex-DDR vertraut klingen dürften. In Verbindung mit weitverbreiteter Unzufriedenheit mit der Demokratie, auch aufgrund weiterhin relativ schlechter Arbeitsmarktchancen für viele Jugendliche, finden diese Forderungen, die der NPD zugeschrieben werden (VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2000), ihre besondere Resonanz in Ostdeutschland.
4. Der ähnlich verlaufende Anstieg ethnozentrischer Einstellungen unter Jugendlichen in beiden Teilen Deutschlands im Vergleich mit anderen Alterskohorten deutet auch auf gemeinsame Prozesse hin. Soziale Desintegration im Zuge der Modernisierung und verschärfter Anpassungsdruck durch die ökonomische und kulturelle Globalisierung liegen den im Verlaufe der neunziger Jahre schwieriger werdenden Bedingungen des Aufwachsens der jungen Generation in Gesamtdeutschland zugrunde. Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel gibt vielen Jugendlichen das Gefühl, in dieser Gesellschaft nicht gebraucht zu werden. Selbst wenn junge Menschen nicht unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffen sind, breitet sich der Eindruck einer unsicheren Zukunft aus. Damit löst sich die Bindung an die

Gesellschaft und an die Verfassung auf. Zunehmender Konkurrenzdruck verstärkt den Zwang zur Selbststilisierung, der unter Umständen in aggressive Selbstbehauptung mündet. In das Vakuum, welches das Fehlen verlässlicher Instanzen jugendlicher Sozialisation hinterlässt, die Halt geben und gesellschaftlich akzeptierte Leistung fördern und fordern, stößt das Aufwertungsangebot der Rechtsnationalen, die ein „cooles“ Lebensgefühl der Stärke und der Einheit vermitteln und den Heranwachsenden ihren Raum in einem größeren Ganzen zu verschaffen vorgeben. Der Rekurs auf Nation und Abstammung zielt dabei auf die Wahrung der persönlichen Identität. Das kann vor allem in den durch hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit geprägten marginalisierten Gemeinden in Ostdeutschland funktional sein, wenn ein Wegzug („Exit“) unter anderem aufgrund von Bildungsbarrieren und des überfüllten Arbeitsmarktes nicht möglich ist und die dann zwangsläufige Immobilität in scharfer Abgrenzung zu den Migranten national gestimmt („Voice“) und begründet wird.

5. Schwankungen zwischen Umfeld und „hartem Kern“ sowie zwischen den Generationen deuten auf weniger festgelegte Orientierungen besonders in Ostdeutschland. Die größeren Schwankungen in der Zustimmung zu extremen Positionen bei den über 30-jährigen Ostdeutschen zeigen, dass diese auf extreme Haltungen weniger festgelegt sind. Die hohe Bindungskraft der „politischen Mitte“, in der sich immer noch der größte Teil der Menschen mit ethnozentrischen Vorbehalten und Vorurteilen konzentriert, wirkt offenbar zunächst einer weiteren politischen Radikalisierung entgegen. Besonders unter den Älteren in Ostdeutschland scheint einer politisch wirksamen Hinwendung zu Positionen der extremen Rechten aufgrund der DDR-Prägung noch eine relativ stabile ideologische Barriere entgegen zu stehen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die den „real existierenden Sozialismus“ in der DDR kaum oder nicht mehr kennengelernt haben, über den Transfer zwischen den Generationen noch entsprechende Werte der sozialen Gleichheit und des Antifaschismus vermittelt werden, wie sie für die ehemalige DDR typisch waren. Da sich Jugendliche und junge Erwachsene zunehmend eindeutiger extrem orientieren, liegt hier ein dringendes Erfordernis politischer Bildung, Orientierungsdefizite junger Menschen in beiden Teilen Deutschlands beschleunigt zu beheben.
6. Ethnozentrische Einstellungen sind insbesondere bei Jugendlichen im Osten Deutschlands häufig mit einer Totalabweisung von Politik verbunden. Dagegen sind ihre westdeutschen Altersgenossen tendenziell politisch interessierter. Ethnozentrische Einstellungen bei westdeutschen Jugendlichen gehen mit Politikverdrossenheit und Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien einher. Politische Desintegration ist die Folge. Die Bereitschaft zur Wahl einer extremen Partei hängt unter ethnozentrisch eingestellten Jugendlichen in Westdeutschland stark mit der Ablehnung von Asylbewerbern zusammen. Jugendliche in Ost und West können sich, wenn sie ethnozentrisch eingestellt sind, jedoch gleichermaßen vorstellen, „Asylanten handgreiflich klar zu machen, dass sie in ihr Land zurück sollen“. Asylbewerber werden dabei als „Kostgänger“ des Staates zu Lasten der deutschen Steuerzahler wahrgenommen, ausländische Bürger vor allem als Konkurrenten um Arbeit und Wohnraum betrachtet.
7. In Ost und West wurden Erfahrungen relativer Deprivation in Zusammenhang mit Ethnozentrismus nachgewiesen. Bei ostdeutschen Jugendlichen spielen dabei Wende-Erfahrungen noch immer eine große Rolle. Aber nicht nur Wende-Verlierer sind eher ethnozentrisch eingestellt, wenn sie oder ihre Herkunftsfamilien noch sozialistischen Vorstellungen nachhängen und „früher alles besser fanden“, sondern auch unter Jugendlichen, die persönliche Vorteile durch die Wende erfahren haben und nicht anti-demokratisch eingestellt sind, lässt sich ein Hang zu Ethnozentrismus feststellen. Für ost- und westdeutsche Jugendliche im Alter von 16 und 21 Jahren gilt gleichermaßen, dass ethnozentrische Einstellungen stark mit der Selbsteinstufung als „rechtsorientiert“ zusammenhängen und somit bereits ideolo-

gisch fundiert sind. Daher sind die Ursachen für das Entstehen des Ethnozentrismus in West und Ost zwar verschieden, die Auswirkungen auf die Akzeptanz rechter Gewalt sind jedoch vergleichbar.

Wie unsere Ergebnisse zeigen, scheint die jüngere Generation in ihrer Orientierungslosigkeit nach allen Seiten hin offen zu sein, wobei der politische Extremismus von rechts zunehmend Anziehungskraft entwickelt. Fraglich ist, ob der intergenerationale (familiäre) Transfer von Werten, die gegen extremistische Positionen immunisieren könnten, noch ausreichend funktioniert. Es gibt eine Anzahl sozialer, psychosozialer und psychologischer Gründe für familienspezifische Transferstörungen. Aber auch umgekehrt können familienspezifische Dynamiken zur Ausbildung autoritärer und rechtsextremer Orientierungen disponieren. Schließlich gibt es Hinweise auf die direkte Weitergabe politisch extremer Überzeugungen von der Eltern- bzw. Großeltern-Generation zu ihren Kindern bzw. Enkeln.

Gerade im Hinblick auf den Extremismus in den neuen Bundesländern gilt, dass in verstärktem Maß politische Bildung der nachwachsenden Generation erforderlich ist, die den Kindern und Jugendlichen die Chancen und Vorzüge der Demokratie nahe bringen muss. Erst Aufklärung und Vermittlung der Möglichkeiten politischer Teilhabe kann die für die Demokratie zentralen Werte der Gleichberechtigung, Menschenwürde und Achtung des Fremden aufzeigen. Die im DDR-Sozialismus proklamierten Ideale der Gleichheit, des Antifaschismus und der sozialen Absicherung sollten in diesen Prozess mit einbezogen und aktualisiert werden.

Denn offensichtlich wird der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft bzw. die heutige Demokratie unter Ostdeutschen nur mehr als eine im Vergleich zum DDR-Sozialismus „abgespeckte“, weniger wert- und ideenhaltige Version des ökonomischen Handelns verstanden. „Demokratie“ scheint jedoch auch bei vielen Westdeutschen lediglich als Verfahrenslogik in abstrakten gesellschaftlichen Bereichen wahrgenommen zu werden, während ihr substantieller Gehalt der reziproken Anerkennung von Individuen als gleichberechtigte und freie politische Akteure verloren geht.

7 Nachtrag: Stellungnahmen zur Expertise von externen Sachverständigen und Ausblick

Die Expertise zum antidemokratischen und rechtsextremen Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde in Absprache mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einer Reihe von Sachverständigen vorgelegt. Dazu zählten in alphabetischer Reihenfolge: PD Dr. FELIX BÜCHEL (Berlin), PD Dr. MICHAEL CORSTEN (Berlin), Prof. Dr. ROLAND ECKERT (Trier), Prof. Dr. JÜRGEN FALTER (Mainz), Dr. STEFFEN HILMERT (Berlin) und Prof. Dr. URSULA HOFFMANN-LANGE (Bamberg). Sie kommen aus der volkswirtschaftlichen, soziologischen, pädagogischen und politischen Wissenschaft und decken somit ein umfassendes Spektrum der in dieser Expertise berührten Einzeldisziplinen ab. Die Sachverständigen wurden gebeten, zu Konsistenz der Argumentation, inhaltlicher Vollständigkeit und der Angemessenheit der methodischen Herangehensweise der Expertise Stellung zu nehmen.

Von U. HOFFMANN-LANGE wurde darauf aufmerksam gemacht, dass generationstypische Prägnanzen, wie sie die Kurvenverläufe besonders für demokratiekritische Einstellungen für die 68er-Generation nahe legen, aufgrund von Umfragedaten nicht hinreichend begründet werden. Die statistische Überprüfung auf signifikante Unterschiede bestimmter Anteilswerte wurde von S. HILMERT für notwendig befunden. R. ECKERT wies anhand von Zeitreihen darauf hin, dass die

Herausbildung extremer Einstellungen fremdenfeindlichen Gewaltakten möglicherweise nachfolgt und im Begriff ist, sich kulturell zu verfestigen. Den Ergänzungen und Interpretationen schließen wir uns an. Inhaltliche Verbesserungsvorschläge der Sachverständigen wurden zum größten Teil in den vorliegenden Endbericht eingearbeitet. Weitere Anregungen betreffen den Stand der Forschung zum Rechtsextremismus. Einmütig wird darauf hingewiesen, dass die derzeitige Forschungslage als ungenügend zu bezeichnen ist.

Das betrifft zum einen die Datenlage, aber auch die nicht befriedigende theoretische Behandlung des Themas. Die weiterführenden Anmerkungen der Sachverständigen betrafen unter anderem:

- Die Forderung eines sozialen Monitoring (Entwicklungsbus) durch Längsschnittanalysen, wie sie etwa im Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP) nach dem Prinzip der individuellen Weiterverfolgung realisiert wird. Denn nur replikative Studien in kürzeren Intervallen, in denen dieselben Personen über Jahre gleichzeitig zu ihren politischen Einstellungen und ihrer Biographie befragt werden, erlauben tieferegehende Analysen im Lebensverlauf, wie den Einfluss von Arbeitslosigkeitserfahrungen, Bildungsabschlüssen, Eheschließungen oder Scheidungen auf politisch extreme Einstellungen.
- Größere Stichproben sind notwendig, wenn regionale Analysen bis auf das Niveau von Gemeinden durchgeführt werden sollen. Die bisherigen Stichproben sind aufgrund ihrer niedrigen Fallzahlen in dieser Hinsicht nicht repräsentativ und daher nicht aussagekräftig.
- Kulturellen Verfestigungen extremer Einstellungen, die ihre Genese möglicherweise in lokalen Konflikten haben und dann durch Diffusionsprozesse weiter in die Gesellschaft ausstrahlen, müsste durch Analysen der Wechselwirkung von Handlungs- und Einstellungsebene in der komplexen Lagerung über die Zeit, also prozessual, begegnet werden.
- Die theoretischen Ansätze zur Erklärung des Phänomens Rechtsextremismus sind bislang wenig aufeinander bezogen worden und können nur in wenigen Aspekten kausale Hypothesen begründen oder aber überprüfen. Im Dunkeln bleibt zum Beispiel, wie gesellschaftliche Einschnitte in bestimmte Entwicklungsphasen des Individuums so eingreifen, dass Jugendliche in ein temporäres, möglicherweise jedoch in ein langfristiges Ungleichgewicht geraten, das sie für extreme Handlungen und Einstellungsveränderungen anfällig macht. Bei dem gegenwärtigen Kenntnisstand sind Prognosen mittlerer oder sogar kürzerer Reichweite über die dauerhafte Prägung jüngerer Kohorten in besonderen biographischen Abschnitten nicht möglich.
- Wenig ist schließlich über die Mechanismen des intergenerationalen Transfers politischer Einstellungen bekannt. Wie werden fremdenfeindliche Einstellungen oder aber Parteipräferenzen über mehrere Generationen weitergegeben? Welche Rolle spielen dabei biographische Einschnitte? Bleiben intergenerationale Transfers zu allen Zeitpunkten gleichermaßen wirksam, oder könnte unter Bedingungen sozialen Wandels eine Elterngeneration übersprungen werden und die Beziehung zwischen Großeltern und Enkeln mehr Bedeutung erlangen?

Literaturverzeichnis

- ADLER, F.: Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus. *Berliner Journal für Soziologie* 1(1991), H. 2, S. 157-175.
- AHLHEIM, K./HEGER, B.: Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – empirische Befunde. Schwalbach/Ts. 2000.
- BACHER, J.: Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus (Arbeits- und Diskussionspapier 99-6). Erlangen-Nürnberg: Friedrich-Alexander-Universität 1991.
- BECK, U.: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main 1986.
- BECK, U.: Kinder der Freiheit: Wider das Lamento über den Werteverfall. In: BECK, U. (Hrsg.): *Kinder der Freiheit*. Frankfurt/Main 1997.
- BECKMANN, M.: Radikalisierung oder Apathie? Zu den politischen Verarbeitungsformen der Arbeitslosigkeit. In: *Politische Vierteljahresschrift* 29(1988), H. 4, S. 591-609
- BERGMANN, W./ERB, R.: Antisemitismus in der Bundesrepublik 1996. In: ALBA, R./SCHMIDT, P./WASMER, M. (Hrsg.): *Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde?* Wiesbaden 2000.
- BOEHNKE, K./MERKENS, H./STEINER, I./WENZKE, G.: Gibt es eine Generation der 89er? Versuch einer empirischen Antwort anhand von Studien zu Werthaltungen und psychosozialer Befindlichkeit ostdeutscher Jugendlicher 1977 bis 1995. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 18(1998), Beiheft 2, S. 103-120.
- BOHNSACK, R./LOOS, P./SCHÄFFER, B./STÄDTLER, K./WILD, B.: Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt der Gruppe. Opladen 1995.
- BRIE, M.: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 38(1990), H. 3, S. 218-229.
- BROMBA, M.: Sozialer Wandel und Kontrollüberzeugungen - Eine empirische Untersuchung mit der Lebensverlaufsstudie Ost (unveröffentlichte Diplomarbeit im Fachbereich Soziologie der Freien Universität Berlin). Berlin 1999.
- BUNDESKRIMINALAMT: Periodischer Sicherheitsbericht. Wiesbaden 2000, 2001.
- BUTTERWEGGE, C.: Armut, Rechtsextremismus und Sozialpolitik. In: *Neue Praxis* 25(1995), H. 2, S. 107-118.
- COLLMANN, B.: Verunsicherung und Gewalt. In: HEITMEYER, W. et. al.: *Gewalt*. Weinheim 1995.
- CONRADS, J.: Desintegration und Verunsicherung. In: HEITMEYER, W. et. al.: *Gewalt*. Weinheim 1995.
- DIEWALD, M.: „Kollektiv“, „Vitamin B“ oder „Nische“? In: HUININK, J./MAYER, K.-U. et al.: *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*. Berlin 1995.
- DIEWALD, M./SOLGA, H.: Ordnung im Umbruch? Strukturwandel und deutsch-deutsche Tradition bei der Kanalisierung beruflicher Mobilität im Transformationsprozess (Arbeitsbericht des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung, Nr. 14). Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1994.
- DURKHEIM, E.: *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt/Main 1977.
- EDELSTEIN, W.: Zur Genese des rechtsextremen Potenzials in Deutschland und mögliche Antworten seitens der Schule. (Gutachten und Empfehlungen, Band III). Weinheim: Freudenberg Stiftung 2001.
- EISENBERG, G./GRONEMEYER, R.: *Jugend und Gewalt*. Reinbek bei Hamburg 1993.
- ELDER, G.: *Children of the Great Depression*. Chicago 1974.
- ELDER, G./CASPI, A.: Persönliche Entwicklung und sozialer Wandel. Die Entstehung der Lebensverlaufsforschung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (1990), Sonderband 31.

- ERB, R.: Gruppengewalt, ideologische Lernprozesse und Antisemitismus. In: Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus, Gewalt. Herausgegeben vom Gesamtbetriebsrat der Max-Planck-Gesellschaft. München 1994.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG/POLIS: Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, Bonn 2000.
- FRINDTE, W. (Hrsg.): Fremde, Freunde, Feindlichkeiten. Opladen 1999.
- GAISER, W./DE RIJKE, J.: Partizipation und politisches Engagement. In: GILLE, M./KRÜGER, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten - Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen 2000.
- GIESEN, B./LEGGEWIE, C. (Hrsg.): Experiment Vereinigung: Ein sozialer Großversuch. Berlin 1991.
- GILLE, M./KRÜGER, W./DE RIJKE, J.: Politische Orientierungen. In: GILLE, M./KRÜGER, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten - Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen 2000.
- HEITMEYER, W. et al.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim 1992.
- HEITMEYER, W. et al.: Gewalt. Weinheim 1995.
- HELD, J./HORN, H.-W.: Jugend '90. Jugendliche Arbeitnehmer im Kontext der europäischen Entwicklung (Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen). Tübingen 1990.
- HENNIG, E.: Politische Unzufriedenheit - ein Resonanzboden für Rechtsextremismus? In: KOWALSKY, W./SCHRÖDER, W. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen 1994.
- HINSCH, R./LANGNER, W.: Null Bock auf Politik! - Politische Einstellungen und Ausländerfeindlichkeit in Brandenburg. In: STURZBECHER, D. (Hrsg.): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Göttingen 1997.
- HOFFMANN-LANGE, U.: Das rechte Einstellungspotenzial in der deutschen Jugend. In: FALTER, J.W./JASCHKE, H.-G./WINKLER, J.R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996.
- HOFFMANN-LANGE, U.: Trends in der politischen Kultur Deutschlands: Sind Organisationsmüdigkeit, Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus typisch für die deutsche Jugend? In: Gegenwartskunde 48(1999), H. 3, S. 365-390.
- HOPF, CH./RIEKER, P./SANDEN-MARCUS, M./SCHMIDT, CH.: Familie und Rechtsextremismus. Weinheim 1995.
- HOPF, CH./SILZER, M./WERNICH, J. M.: Ethnozentrismus und Sozialisation in der DDR – Überlegungen und Hypothesen zu den Bedingungen der Ausländerfeindlichkeit von Jugendlichen in den neuen Bundesländern. In: KALB, P./SITTE, K./PETRY, C. (Hrsg.): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? 5. Weinheimer Gespräch. Weinheim 1999, S. 80-120.
- HOPF, CH./HOPF, W.: Familie, Persönlichkeit, Politik. Weinheim 1997.
- HOPF, W.: Rechtsextremismus von Jugendlichen: Kein Deprivationsproblem? In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 14(1994), H. 3, S. 194-211.
- HÜBNER, P.: Soziale und mentale Trends in der Industriearbeiterschaft. In: KÄLBLE, H./KOCKA, J./ZWAHR, H. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994.
- KLEIN, M./FALTER, J.W.: Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland. In: FALTER, J.W./JASCHKE, H.-G./WINKLER, J.R. (Hrsg.): Rechtsextremismus – Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. In: Politische Vierteljahresschrift (1996), Sonderheft 27.
- KLEINERT, C./KRÜGER, W.: Deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten, Ressentiments und die subjektive Bilanz des Vereinigungsprozesses. In: GILLE, M./KRÜGER, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten – Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen 2000.

- KOHLI, M.: Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: KAEUBLE, H./KOCKA, J./ZWAHR, H. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994.
- KOHN, M./SCHOOLER, C.: Work and Personality - An Inquiry into the Impact of Social Stratification. Norwood 1983.
- KOLLMORGEN, R.: Auf der Suche nach Theorien der Transformation. In: Berliner Journal für Soziologie (1994), H. 3, S. 381-399.
- KOOPMANS, R./RUCHT, D.: Rechtsradikalismus als soziale Bewegung? In: FALTER, J.W./JASCHKE, H.-G./WINKLER, J.R. (Hrsg.): Rechtsextremismus - Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. In: Politische Vierteljahresschrift (1996), Sonderheft 27.
- KRACKE, B./NOACK, P./HOFER, M./KLEIN-ALLERMANN, E.: Die rechte Gesinnung: Familiäre Bedingungen autoritärer Orientierungen ost- und westdeutscher Jugendlicher. In: Zeitschrift für Pädagogik 39(1993), H. 6, S. 971-988.
- KRAUSE, C.: Familiäre Sozialisation von Jungen und Mädchen in Ostdeutschland. In: BÜCHNER, P./KRÜGER, H.-H. (Hrsg.): Aufwachsen hüben und drüben: Deutsch-deutsche Kindheit und Jugend vor und nach der Vereinigung. Opladen 1991.
- KUPFERBERG, F.: Nationale Identität als existentielle Entscheidung. In: HOERNING, E. M. (Hrsg.): Biographische Sozialisation. Stuttgart 2000.
- LEDERER, G./KINDERVATER, A.: Internationale Vergleiche. In: LEDERER, G./SCHMIDT, P.: Autoritarismus und Gesellschaft. Opladen 1995.
- LEGGEWIE, C.: Die 89er. Portrait einer Generation. Hamburg 1995.
- LENHARDT, G.: Der verwahrloste Nationalismus. In: Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus, Gewalt. Herausgegeben vom Gesamtbetriebsrat der Max-Planck-Gesellschaft. München 1994.
- MAAZ, H.-J.: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin 1990.
- MÜHLBERG, D.: Kulturelle Differenz als Voraussetzung innerer Stabilität der deutschen Gesellschaft. In: Berliner Debatte INITIAL 11(2000), H. 2, S. 47-58.
- NOELLE-NEUMANN, E./RING, E.: Das Extremismus-Potenzial unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland. Allensbach: Institut für Demoskopie 1984.
- OESTERREICH, D.: Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Weinheim 1993.
- OESTERREICH, D.: Krise und autoritäre Reaktion. In: Gruppendynamik, 28(1997), H. 3, S. 259-272.
- OESTERREICH, D.: Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. In: RIPPL, S./SEIPEL, C./KINDERVATER, A. (Hrsg.): Autoritarismus – Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen 2000.
- PAWELKA, P.: Politische Sozialisation. Wiesbaden 1977.
- PICKEL, G.: Politisch verdrossen oder nur nicht richtig aktiviert? In: SILBEREISEN, R.K./VASKOVICS, L.A./ZINNECKER, J. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Opladen 1996.
- POLLMER, K.: Rechtsextremismus ostdeutscher Jugendlicher - Ein Bewältigungsversuch von Deprivation? In: Gegenwartskunde (1997), H. 3, S. 297-308.
- REIßIG, R.: Transformation - Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche. In: Berliner Journal für Soziologie (1994), H. 3, S. 323-343.
- ROMMELSPACHER, B.: Ursachen von Rassismus - eine kritische Bilanz der Diskussion, In: FRITZSCHE, K./PETER, M. (Hrsg.): Orientierungskrisen: politische Tendenzen und Perspektiven der Gegenwart. (Gießener Diskurse, Band 9). Gießen 1993.
- ROTH, R.A.: Jugendarbeitslosigkeit und politische Kultur. Passau 1989.
- SCHERR, A.: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus. In: FALTER, J.W./JASCHKE, H.-G./WINKLER, J.R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996.
- SCHMIDT, P./HEYDER, A.: Wer neigt eher zu autoritären Einstellungen und Ethnozentrismus, die Ost- oder die Westdeutschen? In: ALBA, R./SCHMIDT, P./WASMER, M. (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Wiesbaden 2000.

- SCHMITZ, M.: Wendestress - Die psychosozialen Kosten der deutschen Einheit. Berlin 1995.
- SCHÖBEL, C.: Macht Persönlichkeit einen Unterschied? Berlin 1997.
- SCHUBARTH, W./FRIEDRICH, W.: Einstellung ostdeutscher Jugendlicher zu Rechts- und Linksextremismus. Leipzig: Freudenberg-Stiftung 1991.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Datenreport 1999. Bonn 2000.
- STÖSS, R./NIEDERMAYER, O.: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998 (Arbeitspapier des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 1). Berlin: Freie Universität 1998.
- STURZBECHER, D.: Situation und Perspektiven der vorschulischen Erziehung in Ostdeutschland. In: BÜCHNER, P./KRÜGER, H.-H. (Hrsg.): Aufwachsen hüben und drüben: deutsch-deutsche Kindheit und Jugend vor und nach der Vereinigung. Opladen 1991.
- STURZBECHER, D. (Hrsg.): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Göttingen 1997.
- STURZBECHER, D./FREYTAG, R. (Hrsg.): Antisemitismus unter Jugendlichen. Göttingen 2000.
- STURZBECHER, D.: Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituation und Delinquenz. Opladen 2001.
- SÜß, W.: Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Berlin: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abt. Bildung und Forschung 1993 (Analysen und Berichte, Reihe B, Nr. 1).
- URBAN, D./SINGELMANN, J./SCHMIDT, B.: Indikatoren und Trends des Wandels politischer Orientierungen von Jugendlichen und deren Eltern. Universität Stuttgart, Institut für Sozialforschung. Stuttgart 1997.
- WAGNER, B.: Rechtsextremismus und völkische Orientierung - Zur gegenwärtigen Lage in den neuen Bundesländern. In BENZ, W. (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Band 9. Frankfurt/M. 2000.
- VERFASSUNGSSCHUTZ-ZWISCHENBERICHT FÜR DAS JAHR 2000. Bonn: BMI 2001.
- WATTS, M.W.: Politische Beteiligung außerhalb der Institutionen. In: SILBEREISEN, R.K./VASKOVICS, L.A./ZINNECKER, J. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Opladen 1996.
- WATTS, M.W.: Xenophobia in united Germany. New York 1997.
- WEISS, R.H.: Gewalt, Medien und Aggressivität bei Schülern. Göttingen 2000.
- WILDENMANN, R.: Volksparteien: Ratlose Riesen? Baden-Baden 1989.
- WILLEMS, H./ECKERT, R./WÜRTZ, ST./STEINMETZ, L.: Fremdenfeindliche Gewalt. Opladen 1993.
- WILLEMS, H./WÜRTZ, ST./ECKERT, R.: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: ECKERT, R. (Hrsg.): Wiederkehr des „Volksgestes“? Opladen 1998.
- ZAPF, W.: Modernisierung, Wohlfahrtentwicklung und Transformation: Soziologische Aufsätze von 1987 bis 1994. Berlin 1994.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

bmb+f

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

BMBF PUBLIK